



Rosa Luxemburg

ante portas

Vom Leben Rosa Luxemburgs nach ihrem Tod

Herausgegeben von Klaus Kinner

Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen
2012

Rosa Luxemburg ante portas

Rosa Luxemburg ante portas
Vom Leben Rosa-Luxemburgs
nach ihrem Tod

(Die Luxemburg-Rezeption nach 1945)

Herausgegeben von
Klaus Kinner

ROSA-LUXEMBURG-FORSCHUNGSBERICHTE
HEFT 9

ISBN 978-3-89819-375-7

© Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. 2012
Harkortstraße 10
D-04107 Leipzig
Telefon (0341) 9 60 85 31 / Fax (0341) 2 12 58 77
www.rosa-luxemburg-stiftung-sachsen.de

Umschlaggestaltung: Jutta Damm-Fiedler
unter Verwendung der Bronzestatue Rosa Luxemburgs von Hanna Studnizka der
Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. (Foto: Gerhard Märker)
Redaktion & Satz: Lutz Höll
Herstellung: GNN Verlag Sachsen/Berlin GmbH,
Badeweg 1, D-04435 Schkeuditz

Inhalt

Vorwort	7
<i>Michel Brie</i> : Rosa Luxemburgs Symphonie zur Russischen Revolution	9
<i>Frigga Haug</i> : Tolerante Friedenstaube? Rosas Zumutungen an eine moderate Linke	31
<i>Elke Reuter</i> : Zum Umgang der SED mit dem Erbe Rosa Luxemburgs	51
<i>Jürgen Hofmann</i> : Rosa Luxemburg und der Bruch der SED/PDS mit dem Stalinismus	75
<i>Edelbert Richter</i> : Die DDR-Bürgerbewegung und Rosa Luxemburg	89
<i>Holger Politt</i> : Zurückgelegt. Zu einigen Aspekten der Rosa-Luxemburg-Rezeption in Polen nach 1945	95
<i>Wolfgang Geier</i> : Arme Rosa – biografische Notizen	117
Autorenverzeichnis	123

Vorwort

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen fand sich mit ihren Mitgliedern und vielen Sympathisanten und Gästen am 4. und 5. März zu ihrer XI. Rosa-Luxemburg-Konferenz zusammen.

2011 jährte das Geburtsjubiläum von Rosa Luxemburg zum 140. Mal. Zeitnah beging die Stiftung ihren 20. Jahrestag.

Die Diskussion ging der Frage nach der Aktualität des Luxemburgschen Theorieansatzes nach. Es galt zu prüfen, inwieweit dieser für heutige strategische und programmatische Überlegungen der Linken tragfähig ist. Das theoretische Erbe Rosa Luxemburgs war in der Linken seit ihrem Tod umstritten. Der Stalinismus verbannte es in seiner Hochzeit unter dem Begriff des Luxemburgismus in die Ecke der Abweichungen vom Leninismus. Es blieb die Ikone der Märtyrerin der Revolution. Mit der schrittweisen und widerspruchsvollen Überwindung des Stalinismus gewann die Linke Rosa Luxemburg nicht nur zurück, sondern fand in ihrem Erbe einen Teil ihrer Identität. Diesem Prozess ging die Konferenz genauer nach. Sie konzentrierte sich auf die Zeit nach 1945.

Programm und Plakat waren mit einer Briefmarke mit dem Antlitz Rosa Luxemburgs gestaltet. Die Deutsche Bundespost hatte diese Marke 1974 herausgegeben und damit eine Kampagne der Reaktion ausgelöst, die deutlich machte, dass trotz 1968 und wichtiger Schritte in der Luxemburg-Rezeption Antisemitismus und Antikommunismus noch virulent waren. »Jetzt kommen die roten Flintenweiber auf deutsche Postwertzeichen«, tobte die manipulierte »Volksseele«. Aber die Briefmarke war da und setzte ein Signal.

In der DDR waren nach schweren Jahren der stalinistischen Entstellung des Bildes von Rosa Luxemburg gerade 1974 wichtige Schritte

gegangen worden, ein realistischeres Bild Rosa Luxemburgs zu gewinnen. Ihr Manuskript zur russischen Revolution war soeben im Band 4 der Werkausgabe erschienen.

Briefmarke und Werkausgabe waren Wegzeichen der Luxemburg-Rezeption in Ost und West.

Die Konferenz thematisierte diesen Weg und verdeutlichte, dass das Wissen um die Wiedergewinnung Rosa Luxemburgs unter völlig verschiedenen Voraussetzungen untrennbarer Bestandteil unseres heutigen Bildes von Rosa Luxemburg ist.

Der Herausgeber

MICHAEL BRIE

Rosa Luxemburgs Symphonie zur Russischen Revolution

Die ungelöste Aufgabe: »Keine Demokratie ohne Sozialismus, kein Sozialismus ohne Demokratie«

Rosa Luxemburg war eine begeisterte Botanikerin. Nicht nur hat sie in Zürich neben Sozial- und Geisteswissenschaften auch Biologie belegt, nein, ihr ganzes Leben ist geprägt durch die Anziehungskraft, die die freie Natur auf sie ausübte. Ihr Werk ist durchzogen von Metaphern wilder Landschaften und der Kraft des Lebens, ihre Briefe aus der Haft sprechen von der Sehnsucht nach freier Natur. Und auch sie selbst, ihr Denken und Wirken, entzieht sich über neunzig Jahre nach ihrem Tod der kalten Klassifikation und erstarrenden Zuordnung. Weder in den geometrisch geordneten Gärten der Ideengeschichte des Marxismus-Leninismus noch in den hübschen Landschaftsgärten eines verflachten Liberalismus hat sie Platz. Rosa Luxemburgs Erbe ist wie wilde Natur. Es stört, weil es lebendig sich allen Regeln widersetzt. Alle Unterdrückung dieses Erbes war vergeblich.¹ Es wuchert immer von Neuem und zerbricht auch die härtesten Sarkophage mit jedem neuen Aufbruch von Menschen aus den Gehäusen ihrer Hörigkeit.² Diese Frau hat uns

- 1 Zur Auseinandersetzung um ihr Erbe siehe: Jörn Schütrumpf: Rosa Luxemburg oder: Die Freiheit der Andersdenkenden. Standpunkte der Rosa-Luxemburg-Stiftung 1/2011.
- 2 Im Zeitalter des Guttenbergismus sei vermerkt, dass dieser Satz auf eine Formulierung von Max Weber anspielt. Max Weber hatte 1917 vor einer durch-

etwas hinterlassen, was uns nicht ruhen lässt. Jeder Ismus wird durch sie gesprengt und von »Luxemburgismus« konnte nur der sprechen, der das Wesen ihre Denkens und Handelns verfehlen wollte. Worin aber eigentlich liegt die Sprengkraft ihres Werks?

Ich will dies am Beispiel ihrer Schrift »Zur russischen Revolution« aus dem Frühherbst 1918 verdeutlichen³. Dabei werde ich nicht versuchen, dieses Werk in Beziehung zu setzen zu der realen historischen Situation, in der sich die Bolschewiki zu dieser Zeit sahen; ich werde auch nicht fragen, welche konkreten Kenntnisse Rosa Luxemburg über die einzelnen Schritte der Sowjetregierung hatte⁴. Für mich steht der Sinn im Mittelpunkt, der durch Rosa Luxemburg persönlich mit dieser Schrift verfolgt wurde, und nicht die Bedeutung, die sie spätestens mit ihrer Veröffentlichung durch Paul Levi 1922 gewann.⁵ Ich werde fragen, welche Auffassungen sie dabei zum Ausdruck brachte und wieso diese

bürokratisierten Gesellschaft gewarnt, in dem die »lebende Maschine« der bürokratischen Organisation im »Verein mit der toten Maschine« »das Gehäuse jener Hörigkeit der Zukunft« herstellt, »in welche vielleicht dereinst die Menschen sich, wie die Fellachen im altägyptischen Staat, ohnmächtig zu fügen gezwungen sein werden«. Max Weber: *Parlament und Regierung im neugeordneten Deutschland. Zur politischen Kritik des Beamtentums und Parteiwesens*. In: Max Weber: *Gesammelte Politische Schriften*. Tübingen 1988. S. 332.

- 3 Annelies Laschitza datiert die Entstehung der Schrift auf die Zeit zwischen September und Oktober 1918. Auch in meinen Augen ist das Werk in sehr kurzer Zeit in einem Guss entstanden.
- 4 Siehe dazu Annelies Laschitza: *Im Lebensrausch, trotz alledem. Rosa Luxemburg*. Berlin 2000. S. 567-579. Für den hier gewählten Ansatz ist es aber irrelevant, wie objektiv ihre Informationen waren, sondern es ist ausschließlich von Bedeutung, wie sie die ihr zugänglichen Informationen interpretiert. Mir geht es nicht darum zu bewerten, inwieweit sie den Bolschewiki gerecht wird, sondern welche Wertungen sie auf der Grundlage jener Nachrichten, über die sie verfügt, trifft und warum sie dies auf eine solche Weise tut.
- 5 Zu dieser Unterscheidung zwischen Sinn, den ein Autor oder eine Autorin dem Werk selbst gibt, und der Bedeutung, die es im Kontext gewinnt vgl. Quentin Skinner: *Meaning and Understanding in the History of Ideas*, 1969. In: James Tully: *Meaning and Context. Quentin Skinner and his Critics*. Cambridge 1988. S. 44ff.

so provozierend sind. Dies ist zweifelsohne eine sehr eingeschränkte, aber eben doch legitime Sicht.

Man versetze sich zurück in den Sommer 1918. Rosa Luxemburg ist vor einem Jahr in das Gefängnis in Breslau verlegt. Neue Schikanen erschweren ihr das Leben. Ihre Gesundheit ist untergraben. Einer ihrer engsten Freunde, Hans Diefenbach, fällt an der Front. Die Welt ist in Bewegung, vor allem im Osten, sie aber bleibt eingesperrt. In Deutschland regt sich Widerstand gegen den Krieg, aber noch wird er nicht zur massenhaften Befehlsverweigerung, nicht zur Bildung von Räten, nicht zur Revolution. In Russland haben ihre engsten politischen Verbündeten, die Bolschewiki, die Macht ergriffen und kämpfen um den Aufbau des Sozialismus. Aber folgt man den Artikeln, die Rosa Luxemburg in dieser Zeit schreibt, dann wird ihr dieser Sozialismus, den sie doch so sehr herbeiwünscht, zu einem Zerrbild jener Ideale, denen sie sich verpflichtet hat. Angst vor erneuter Enttäuschung packt sie.

In dieser Situation macht sie etwas völlig Unmögliches. Sie entzieht sich der Logik »Wir oder sie«, sie ergreift zugleich Partei *für* die Bolschewiki und *gegen* sie. Sie sind ihr nicht konsequent genug bei der Beseitigung der Ursachen von Kapitalismus, Völkerhass und Krieg, weil sie den Bauern das Land geben, die unterdrückten Völker in die nationale Unabhängigkeit entlassen und in Brest-Litowsk Frieden mit den Deutschen schließen und damit, so Rosa Luxemburg, Wege wählen, die nicht *direkt* zum Sozialismus hinführen und ihn zudem diskreditieren können. Und sie kritisiert die Bolschewiki in größter Schärfe wegen des Übergangs zur Diktatur. Wie ein wilder Trieb schießt eine Notiz an den Rand ihres Manuskripts, deren Worte bis heute nachhallen: »Freiheit nur für die Anhänger der Regierung, nur für die Mitglieder einer Partei – und mögen sie noch so zahlreich sein – ist keine Freiheit. Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden. Nicht wegen des Fanatismus der ›Gerechtigkeit‹, sondern weil all das Belebende, Heilsame, Reinigende der politischen Freiheit an diesem Wesen hängt und seine Wirkung versagt, wenn die ›Freiheit‹ zum Privilegium wird.«⁶

6 Rosa Luxemburg: Zur russischen Revolution. In: Werke. Bd. 4. S. 359.

Manchmal wird gesagt, man dürfe Rosa Luxemburg nicht auf den zitierten Satz »Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden« reduzieren. Damit ist entweder eine Banalität ausgesprochen bei einer Denkerin und Politikerin wie Rosa Luxemburg, die ein großes und komplexes Werk hinterlassen hat, oder aber es soll dieser eine Satz entwertet werden, als sei er ein bloßes Ornament, Rosa Luxemburg nur beiläufig herausgerutscht in der Hitze der Polemik. Sie aber sieht in der Beseitigung der Demokratie ein verhängnisvolles Mittel bolschewistischer Politik und schreibt: »Es verschüttet nämlich den lebendigen Quell selbst, aus dem heraus alle angeborenen Unzulänglichkeiten der sozialen Institutionen allein korrigiert werden können: das aktive, ungehemmte, energische politische Leben der breitesten Volksmassen.«⁷ Wieder ist es eine Metapher aus der freien Natur, die sie bemüht.

Vergessen wird bei der Diskussion der zitierten Randnotiz ihrer Schrift oft von »Freund wie Feind«, dass Rosa Luxemburg die Bolschewiki nicht etwa nur als antidemokratisch kritisiert, sondern zugleich als unsozialistisch. Für sie ist beides aus Gründen, die ich noch ausführen werde, untrennbar. Es ist für sie völlig unmöglich, dass Demokratie auf Zeit ausgesetzt wird, um zunächst das Haus des Sozialismus zu errichten und dann später seinen Bewohnerinnen und Bewohnern das Recht einzuräumen, über die Hausordnung mitzubestimmen. Ihr Sozialismus- und ihr Demokratieverständnis hängen im Innersten zusammen.

Warum stört und verstört das Erbe Rosa Luxemburgs bis heute? Warum bricht es wie das »ungehemmte« Leben immer wieder hervor, wo man es nicht haben will? Warum fügt es sich nicht ein in die scheinbar klaren Frontlinien des 20. Jahrhunderts, und warum ist es gerade deshalb eine Inspiration für die Erneuerung des Sozialismus im 21. Jahrhundert? Warum können die einen wie die anderen versuchen, Rosa Luxemburg zu vereinnahmen, und warum ist es für alle so schwer, ihren Geist auf einen einfachen Nenner zu bringen? Die Ursache dafür sehe ich darin, dass Rosa Luxemburg zwei in der Geschichte des 20. Jahrhunderts völlig unvereinbar scheinende Gegensätze zu vereinen sucht

7 Ebenda. S. 355f.

– Sozialismus und Demokratie. Und dieser Versuch, so meine These, zwingt dazu, beide, Sozialismus wie Demokratie, radikal zu überdenken. Nur einige wenige, aber bedeutungsschwere Sätze seien zitiert aus Ernst Blochs Werk »Naturrecht und menschliche Würde«, Sätze, die er mit Verweis auf Rosa Luxemburg schrieb: »Als letzte Quintessenz des klassischen Naturrechts, ohne das andere Beiwerk, bleibt allemal das Postulat menschlicher Würde; auch der Mensch, nicht nur seine Klasse hat, wie Brecht sagt, nicht gern den Stiefel im Gesicht ... [...] Daher als eigenes Erbe am revolutionär gewesenen Naturrecht: Aufhebung aller Verhältnisse, in denen der Mensch mit den Dingen zur Ware entfremdet ist und nicht nur zur Ware, sondern zur Nullität an Eigenwert [so Ernst Bloch offensichtlich unter dem Eindruck der Erfahrungen nationalsozialistischer Menschenvernichtung wie aber auch des Stalinismus – M. B.]. Keine Demokratie ohne Sozialismus, kein Sozialismus ohne Demokratie, das ist die Formel einer Wechselwirkung, die über die Zukunft entscheidet.«⁸

Die Schrift »Zur russischen Revolution« –
eine Symphonie des demokratischen Sozialismus

Zurück damit zur lebendigen Quelle dieser »Formel«, zurück zu Rosa Luxemburgs Schrift »Zur russischen Revolution«. Auslöser dieser Schrift war eine Fußnote, die Ernst Meyer verantwortete, nach der Verhaftung von Leo Jogiches, Redakteur der »Spartacus-Briefe«. Diese Fußnote distanzierte sich vorsichtig, aber hinreichend deutlich von Luxemburgs Kritik an den Bolschewiki. Rosa Luxemburg ist empört. Vor allem aber will sie ihren Genossinnen und Genossen ihre Position verdeutlichen. Die daraufhin im Frühherbst 1918 entstandene Schrift »Zur russischen Revolution« ist ein zwar unvollendetes, aber eben doch fast vollendetes Manuskript und klar komponiert. Nur mit Mühe konnten ihre Freunde sie von der Publikation abhalten.

8 Ernst Bloch: Naturrecht und menschliche Würde. Frankfurt a. M. 1999. S. 232.

Ich möchte mich dieser Schrift nicht dadurch nähern, dass ich mir dieses oder jenes Argument einzeln herausgreife und ins Verhältnis zu Positionen von Lenin bzw. Trotzki einerseits oder Kautsky andererseits als den immer wieder zitierten Antipoden setze. Mir geht es darum, den Sinnzusammenhang selbst, den Rosa Luxemburg in ihrem Text stiftet, zu rekonstruieren. Dazu will ich dieses kleine, ungeheuer nachwirkende Werk als Ganzes nehmen. Ich werde es deshalb wie eine Symphonie fassen, die mit genauso großer Strenge und Bedachtsamkeit wie Leidenschaft komponiert wurde und ganz klassisch aus vier Sätzen besteht. Es geht mir nicht um den historischen oder aktuellen Wahrheitsgehalt ihrer Aussagen, sondern um deren beabsichtigte Zielrichtung; es geht mir um das von Rosa Luxemburg Gemeinte, nicht um das von ihr Bewirkte.

Die Schrift »Zur russischen Revolution« beginnt und endet mit einer Würdigung der russischen Revolution und der Bolschewiki. Es sind dies vor allem die Abschnitte I und II sowie der Schlussteil – man kann erstere als den langen ersten Satz und den letzteren als den kürzeren vierten Satz ihrer »Symphonie« ansehen. Der erste wuchtige Satz des Werkes gibt wie ein Paukenschlag das Motiv vor: »Die russische Revolution ist das gewaltigste Faktum des Weltkrieges.«⁹ Immer und immer wieder wird dieses Motiv wiederholt. Die Würdigung der Rolle der Bolschewiki in dieser Revolution verweist auf das Hauptthema, das entwickelt wird. Die Bolschewiki seien es gewesen, die begriffen hätten, dass in Russland selbst wie in Europa der Sozialismus auf der Tagesordnung stehe, die Diktatur des Proletariats. Mit der Forderung danach, dass alle Macht den Sowjets gehören müsse, hätten sie die »vorwärtstreibende Parole« ausgegeben und »alle Konsequenzen« daraus gezogen¹⁰. Sie hätten bewiesen, dass gelte: »Nicht durch Mehrheit zur revolutionären Taktik, sondern durch revolutionäre Taktik zur Mehrheit geht der Weg.«¹¹ Die Bolschewiki, so Rosa Luxemburg, »haben sich damit das

9 Rosa Luxemburg: Zur russischen Revolution. S. 332.

10 Ebenda. S. 340.

11 Ebenda. S. 341. Dies war die Erkenntnis, die Rosa Luxemburg spätestens aus der russischen Revolution von 1905/6 gezogen hatte. Vgl. dazu: Rosa Luxemburg: Massenstreik, Partei und Gewerkschaften. In: Werke. Bd. 2. S. 91-170.

unvergängliche geschichtliche Verdienst erworben, zum erstenmal die Endziele des Sozialismus als unmittelbares Programm der praktischen Politik zu proklamieren«¹².

Und die Schrift endet mit einer Würdigung der Bolschewiki, dass sie jenseits von »Detailfrage(n) der Taktik« das »wichtigste Problem des Sozialismus« ins Zentrum gerückt hätten: »die Aktionsfähigkeit des Proletariats, die revolutionäre Tatkraft der Massen, der Wille zur Macht des Sozialismus überhaupt«.¹³ Luxemburg schließt ihr Manuskript mit dem Satz: »Und *in diesem Sinne* gehört die Zukunft überall dem ›Bolschewismus‹.«¹⁴ Man könnte den Satz aber auch so lesen: »*Nur* in diesem Sinne gehört die Zukunft überall dem ›Bolschewismus‹.« Aus dem Paukenschlag ist eine fortepiano geworden – erst laut, dann leise. Dies gilt es zu verstehen.

Nachdenklich sollte stimmen, dass Rosa Luxemburg nicht etwa die Machtergreifung der Bolschewiki in Russland ins Zentrum von Beginn und Schluss ihres Werkes stellt, nicht die Einsetzung einer sozialistischen Regierung und die Gestaltung sozialistischer Institutionen zum Leitmotiv macht, sondern vor allem die Leistung der Bolschewiki bei der Entwicklung der revolutionären Handlungsfähigkeit der Arbeiterklasse und der Massen Russlands betont. Darin und eigentlich auch nur darin sieht sie das bleibende Verdienst der Leninschen Partei. Nicht in der Roten Fahne auf dem Kreml, sondern die rote Fahne in den Händen von Millionen Arbeitern, Bauern, Soldaten liegt ihr eigentliches Interesse. Und hier klingt auch das »Nebenthema« der Symphonie auf. Wie schon in anderen, vorhergehenden Artikeln¹⁵ ist das Ziel ihrer Er-

12 Ebenda.

13 Ebenda. S. 365.

14 Ebenda.

15 Jeder ihrer Artikel zur russischen Revolution zwischen Frühjahr 1917 bis Herbst 1918 stellt mit immer größerer Entschiedenheit und wachsender Verzweiflung die Frage danach, wann endlich das deutsche Proletariat seiner geschichtlichen Pflicht zur sozialistischen Revolution gerecht werden wird. Vgl. dazu »Die Revolution in Russland«, »Der alte Maulwurf«, »Zwei Osterbotschaften«, »Brennende Zeitfragen«, »Die geschichtliche Verantwortung«, »Der Katastrophe entgegen« und schließlich »Die russische Tragödie« (mit

örterung der Politik der Bolschewiki – in Zustimmung wie Kritik gleichermaßen – die Überwindung der »fatale(n) Trägheit der deutschen Massen«¹⁶.

Nicht die russischen Bolschewiki, sondern die »trägen« deutschen Arbeiter sind die Adressaten ihrer Schrift. Ihre Kritik an der Politik der sowjetrussischen Regierung hat das Ziel, genau das in Deutschland zu befördern, was sie als die wirkliche Leistung der Bolschewiki für Russland ansieht: revolutionäres sozialistisches Handeln der Massen. Dies aber, so ihre Auffassung, könne nicht »im Geiste der Bevormundungsmethoden der deutschen Sozialdemokratie seligen Angedenkens durch irgendeine Massensuggestion, durch den blinden Glauben an irgendeine fleckenlose Autorität, sei es der eigenen ›Instanzen‹, oder die des ›russischen Beispiels‹, hervorgezaubert werden«¹⁷. Sie ist davon überzeugt: »Nicht durch Erzeugung einer revolutionären Hurrastimmung, sondern umgekehrt: nur durch Einsicht in den ganzen furchtbaren Ernst, die ganze Kompliziertheit der Aufgaben, aus politischer Reife und geistiger Selbständigkeit, aus kritischer Urteilsfähigkeit der Massen, die von der deutschen Sozialdemokratie unter verschiedensten Vorwänden jahrzehntelang systematisch ertötet wurde, kann die geschichtliche Aktionsfähigkeit des deutschen Proletariats geboren werden. Sich kritisch mit der russischen Revolution in allen historischen Zusammenhängen auseinanderzusetzen, ist die beste Schulung

der schon erwähnten redaktionellen Anmerkung von Ernst Meyer), ein Artikel, der mit den Worten endet: »Es gibt nur eine Lösung der Tragödie, in die Russland verstrickt ist: den Aufstand im Rücken des deutschen Imperialismus, die deutsche Massenerhebung als Signal zur internationalen revolutionären Beendigung des Völkermordes. Die Rettung der Ehre der russischen Revolution [in den Augen von Rosa Luxemburg durch den Sonderfrieden zwischen Sowjetrussland und dem deutschen Kaiserreich in Brest-Litowsk gefährdet – M. B.] ist in dieser Schicksalsstunde identisch mit der Ehrenrettung des deutschen Proletariats und des internationalen Sozialismus.« Rosa Luxemburg: Die russische Tragödie. In: Werke. Bd. 4. S. 392.

16 Rosa Luxemburg: Zur russischen Revolution. S. 335.

17 Ebenda.

der deutschen wie der internationalen Arbeiter für die Aufgaben, die ihnen aus der gegenwärtigen Situation erwachsen.«¹⁸

Fassen wir also zusammen: Während das Hauptmotiv von Luxemburgs Schrift »Zur russischen Revolution« die Propagierung der Leistung der Bolschewiki ist, durch die richtigen Losungen das eigenständige revolutionäre Handeln der Massen anzustacheln und auszurichten, ist es das zweite Motiv ihres Werks, die Bolschewiki genau dort zu kritisieren, wo deren Politik nach Auffassung von Rosa Luxemburg diesem Ziel entgegensteht. Höchste Bewunderung für die historische Leistung der Bolschewiki wie härteste Kritik an ihnen haben ein und denselben Maßstab. Beim Sozialismus geht es für Rosa Luxemburg immer vor allem um das Eine: »Die ganze Volksmasse muss daran teilnehmen.«¹⁹ Dieser Maßstab bildet den gemeinsamen Grundton des gesamten Werkes, umfasst beide Motive – das der Würdigung der Bolschewiki wie das der Kritik an ihnen.

Während der erste lange Teil der Luxemburgschen Schrift sich der Würdigung der Bolschewiki widmet, konzentrieren sich die Abschnitte III und IV auf die Kritik. Drei zentrale Punkte der Kritik an den Bolschewiki stehen im Mittelpunkt: (1) die Art der Agrarreform, (2) die Proklamation des Selbstbestimmungsrechts von Nationen einschließlich des Sonderfriedens mit Deutschland²⁰ sowie (3) die »Erdrückung der Demokratie«²¹. Die ersten zwei Punkte sind zusammengefasst im Abschnitt III, der dritte Punkt im Abschnitt IV; und beide haben fast genau den gleichen Umfang. Es sind die Sätze zwei und drei der Luxemburgschen Symphonie »Zur russischen Revolution«.

18 Ebenda.

19 Ebenda. S. 360.

20 Siehe zu diesem Friedensschluss vor allem die Artikel »Die geschichtliche Verantwortung« und »Die russische Tragödie«, die in der Werkeausgabe aus unbekanntenen Gründen nach der Schrift »Zur russischen Revolution« abgedruckt sind.

21 Rosa Luxemburg: Zur russischen Revolution. S. 352.

Ihre Kritik an den Bolschewiki: Zu wenig Sozialismus, zu wenig Demokratie

Ohne hier die Möglichkeit zu haben, auf die konkrete Kritik von Rosa Luxemburg an der Politik der Bolschewiki einzugehen²², möchte ich ausschließlich auf eine Merkwürdigkeit dieser Kritik aufmerksam machen: Die beiden Abschnitte stehen in einem, so scheint es, unveröhnlichen logischen Widerspruch. Zunächst werden die Bolschewiki für eine Politik kritisiert, mit der diese die Spannungen zwischen ihrer Regierung und möglichen Gegnern reduzieren wollen, und es werden Vorschläge gemacht, die – so muss man annehmen – den Widerstand breiter Teile der Bevölkerung im Russischen Reich gegen die Bolschewiki verstärkt hätten. Und dann wird den Bolschewiki eine radikale politische Demokratisierung empfohlen, die der Bevölkerung größere Möglichkeiten gegeben hätte, ihren Widerstand zum Ausdruck zu bringen. Betrachten wir diesen Widerspruch näher.

Im Abschnitt III werden die Bolschewiki für ihre Agrar- und Nationalitätenpolitik kritisiert. Rosa Luxemburg wendet sich dagegen, dass das Land den Bauern zur privaten Nutzung zugeteilt wird und die unterdrückten Völker des Russischen Reiches das Recht auf nationale Selbständigkeit erhalten. Weder will sie privates Eigentum stärken noch nationalstaatliche Abgrenzung. Rosa Luxemburg weiß, dass die von ihr kritisierte Politik der Bolschewiki eine ganz »vorzügliche Taktik zur Befestigung der proletarisch-sozialistischen Regierung«²³ war bzw. darauf zielte, »die vielen fremden Nationalitäten ... an die Sache der Revolution«²⁴ zu fesseln. In beiden Fällen wurde dem Drängen gro-

22 Siehe dazu neben der Schrift von Rosa Luxemburg selbst auch die Einleitung zum Band 4 der Werkeausgabe von 1974 sowie das Vorwort von Annelies Laschitza in: Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung (Hrsg.): Rosa Luxemburg und die Freiheit der Andersdenkenden. Extraausgabe des unvollendeten Manuskripts »Zur russischen Revolution« und anderer Quellen zur Polemik mit Lenin. Zusammengestellt und eingeleitet von Annelies Laschitza. Berlin 1990. S. 7-32.

23 Ebenda. S. 342.

24 Ebenda. S. 348.

ßer Teile der Bevölkerung, sei es der Bauernschaft, sei es der Finnen, Esten, Letten, Georgier usw. nachgegeben. Und auch der »Frieden« von Brest-Litowsk erwuchs, Rosa Luxemburg wusste dies, vor allem aus der Unfähigkeit der Bolschewiki, die Soldaten weiter für den Krieg zu mobilisieren. Jede andere Politik hätte – so zumindest Lenins Sicht – entweder die Machtergreifung der Bolschewiki unmöglich gemacht oder ihr schnelles Ende befördert. Warum aber übt Rosa Luxemburg dann eine so entschiedene Kritik an einer solchen Politik?

Man kann mit einer bestimmten Berechtigung sagen, dass für Rosa Luxemburg der Machterhalt der Bolschewiki weniger wichtig war als die Ehrenrettung der Linken. Besser sei, so meines Erachtens ihre in dieser Schärfe unausgesprochene Auffassung, den Untergang des bolschewistischen Russlands hinzunehmen als erneut Verrat an den sozialistischen Idealen zu üben, wie er 1914 durch die rechte Sozialdemokratie geübt worden sei, besser vor allem für die Aussichten der in ihren Augen alles entscheidenden sozialistischen Revolution in Deutschland und Westeuropa. Angesichts der Möglichkeit, dass die Leninsche Regierung in ihrer im Herbst 1918 fast hoffnungslosen Lage zu einem Bündnis mit dem deutschen Kaiserreich bereit sein könnte, um ihre Macht zu sichern, schreibt sie: »Russland war der einzige, letzte Winkel, wo revolutionärer Sozialismus, Reinheit der Grundsätze, ideale Güter noch einen Kurs hatten, wohin sich die Blicke aller ehrlichen sozialistischen Elemente in Deutschland wie in ganz Europa richteten, um sich von dem Ekel zu erholen, den die Praxis der westeuropäischen Arbeiterbewegung hervorruft, um sich mit Mut zum Ausharren, mit Glauben an ideelle Werke, an heilige Worte zu wappnen. Mit der grotesken ›Paarung‹ zwischen Lenin und Hindenburg wäre die moralische Lichtquelle im Osten verlöscht.«²⁵ Wer so schreibt, wer derart an das Absolute appelliert, dem geht es um alles oder nichts.

Obwohl sie um den politischen Sinn der Leninschen Politik weiß, empfiehlt Rosa Luxemburg den Bolschewiki eine Strategie, die sie in einen noch tieferen Gegensatz zur Bevölkerung, insbesondere zu den Bauern, Soldaten und der Peripherie des früheren Zarenreichs hätte

25 Rosa Luxemburg: Die russische Tragödie. S. 390.

bringen müssen. Sie geht davon aus, dass jeder reale Schritt realer sozialistischer Politik zumindest nicht den Weg »verrammeln« bzw. »abschneiden« dürfe, der zum Sozialismus führt²⁶. Und dieser Sozialismus besteht für sie eindeutig in der Vorherrschaft des gesellschaftlichen Eigentums und der unmittelbaren internationalen Solidarität der Völker im Rahmen eines einheitlichen Sowjetstaates. »Umwege« zu diesem Ziel über die Stärkung des bäuerlichen Privateigentums oder den der nationalen Selbständigkeit von Völkern, die schon lange Teil der von Russland beherrschten Wirtschaftsräume und Märkte waren, akzeptierte sie nicht. In den Kleineigentümern und den neuen kleinen »Nationalstaaten« sah sie die geborenen Bündnispartner von Imperialismus und Konterrevolution.²⁷

Im zweiten Satz ihrer Symphonie, wenn man bei der Metapher bleibt, empfiehlt Rosa Luxemburg den Bolschewiki eine prinzipienfeste kommunistische Politik der Zentralisation und Konzentration der ökonomischen wie politischen Macht und zwar im Gegensatz zu der – wie sie es selbst nennt – »spontanen Bewegung der Bauernschaft«²⁸ und der »bürgerlichen und kleinbürgerlichen Klassen«²⁹ der unterdrückten Nationen. Sie sieht die Gründe der Bolschewiki für eine Politik, die nach ihrer Auffassung im Gegensatz zu den sozialistischen Prinzipien steht, im taktischen Interesse des Machterhalts und geht davon aus, dass diese »Berechnung leider gänzlich fehlgeschlagen«³⁰ sei. Dies hat sich historisch so nicht bestätigt, auch wenn im Frühherbst 1918 durchaus vieles dafür sprach, dass die Leninsche Regierung sich nicht halten könne. Die Bolschewiki vermochten sich, begünstigt durch die Novemberrevolution in Deutschland und Österreich, im Gefolge eines Bürgerkriegs, zeitweise größter Konzessionen nach innen wie außen (die Neue Ökonomische Politik) und einer mit größter Gewalt vorangehenden Industrialisierung und Enteignung der Bauernschaft (»Kollektivierung« genannt) für siebzig Jahre zu behaupten.

26 Siehe dazu ihre Termini in: Zur russischen Revolution. S. 343.

27 Siehe dazu ebenda. S. 344f. und S. 350.

28 Ebenda. S. 344.

29 Ebenda. S. 348.

30 Ebenda.

Interessanter aber als diese Tatsachen ist es für den hier zu erörternden Zusammenhang, dass Rosa Luxemburg zwar im zweiten Satz ihrer Symphonie Schritte vorschlägt, die zumindest aus Sicht der Bolschewiki den Gegensatz der Sowjetregierung zu den großen Massen des bäuerlichen Russlands und zur Peripherie des Russischen Reichs verschärft hätten, im dritten Satz hingegen aber dann genau jene Mittel auf das Entschiedenste ablehnt, mit denen die Bolschewiki versuchten, ihre Macht angesichts der sowieso schon vorhandenen Gegensätze zu stabilisieren – die Diktatur und den Terror. Sie schien zu glauben, dass beides zugleich möglich ist, eine Politik, die unmittelbar auf die Vergesellschaftung der Produktionsmittel zielt (in der Stadt und ansatzweise auch auf dem Lande), *und* eine umfassende Demokratisierung. Sozialistische Demokratie und Aufbau des demokratischen Sozialismus sollten Hand in Hand gehen.³¹ Und lieber hätte sie den Untergang einer sowjetischen Regierung hingenommen, so ihre Schrift letztlich, als dass dieser Zusammenhang zerstört worden wäre.

Während Rosa Luxemburg jede Besonderung der Interessen in der Ökonomie als Stärkung des Privateigentums ansieht, während sie jede Abtrennung von Völkern aus imperialen Gebilden, in denen diese ökonomisch integriert waren, als Spaltung der Arbeiterklasse ansieht, während sie jedem Bündnis mit der in- oder ausländischen Bourgeoisie den Kampf ansagt, will sie Freiheit der Meinungsäußerung, der Versammlung, der Wahlen auch für die Gegner der eigenen Regierung und betont mit aller Rigorosität und Entschiedenheit: »Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Presse- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf erstirbt das Leben in jeder öffentlichen Institution« und es entstehe »die Diktatur einer Handvoll Politiker«³², die sie dann auch noch als »bürgerlich« charakterisiert, weil es die »Diktatur für eine Handvoll Personen«³³ sei. Sie begründet dies noch einmal, in dem sie auf ihre Weise den Gegensatz Diktatur oder Demokratie auflöst: »Das Proletariat kann, wenn es die Macht ergreift, nimmermehr nach dem

31 Siehe ebenda. S. 363.

32 Ebenda. S. 362.

33 Ebenda. S. 362.

guten Rat Kautskys unter dem Vorwand der ›Unreife des Landes‹ auf die sozialistische Umwälzung verzichten und sich nur der Demokratie widmen, ohne an sich selbst, an der Internationale, an der Revolution Verrat zu üben. Es soll und muss eben sofort sozialistische Maßnahmen ergreifen in energischster, unnachgiebigster, rücksichtslosester Weise in Angriff nehmen, also Diktatur auszuüben, aber Diktatur der *Klasse*, nicht einer Partei oder einer Clique, Diktatur der Klasse, d.h. in breiter Öffentlichkeit, unter tätiger ungehemmter Teilnahme der Volksmassen, in unbeschränkter Demokratie.«³⁴

Die Ursache dafür, dass es den Bolschewiki trotz der vielen Konzessionen nicht gelang, eine umfassende Unterstützung zu gewinnen, sieht Rosa Luxemburg ausschließlich im prinzipiellen Gegensatz der Bürger, Kleinbürger und Bauern gegen den Sozialismus. Sie meint, dass nur die Abweichung von den sozialistischen Prinzipien die Bolschewiki die Mehrheit in den werktätigen Massen gekostet und die Konterrevolution gestärkt habe. Sie schreibt: »Statt die Proletarier in den Randländern vor jeglichem Separatismus als vor rein bürgerlichem Fallstrick zu warnen und die separatistischen Bewegungen mit eiserner Hand, deren Gebrauch in *diesem* Falle wahrhaft im Sinne und Geist der proletarischen Diktatur lag, im Keime zu ersticken, haben sie vielmehr die Massen in allen Randländern durch ihre Parole verwirrt und der Demagogie der bürgerlichen Klassen ausgeliefert. Sie haben durch diese Förderung des Nationalismus den Zerfall Russlands selbst herbeigeführt, vorbereitet und so den eigenen Feinden das Messer in die Hand gedrückt, das sie der russischen Revolution ins Herz stoßen sollten.«³⁵

Die erhoffte Harmonie der Kontrapunkte: Notwendigkeit und Freiheit

Wie aber soll dies vereinbar sein: Gebrauch der »eisernen Hand« der »proletarischen Diktatur«, wenn es um die Unterdrückung aller Sonderinteressen geht, die nicht mit denen eines so verstandenen Sozialis-

34 Ebenda. S. 362f.

35 Ebenda. S. 350f.

mus unmittelbar zusammenfallen, *und* »freie, ungehemmte Presse«, »ungehindertes Vereins- und Versammlungsleben«³⁶, eine »unnachgiebige und rücksichtslose« Umwälzung und »unbeschränkte Demokratie«? Es scheint: Rosa Luxemburg will das Unmögliche und sie will es demokratisch. Kontradiktorisch stehen sich die Abschnitte III und IV oder der zweite und dritte Satz ihrer »Symphonie« gegenüber: Unterdrückung jeder sozialen und nationalstaatlichen Pluralität »im Keime« *und* höchster Lobgesang politischer Freiheit; Kampf gegen alle private Landnahme und die Lostrennung von Russland mit »eiserner Hand« *und* größtmögliche Förderung einer unbeschränkten politischen Freiheit und der Demokratie als der »lebendigen Quellen allen geistigen Reichtums und Fortschritts«³⁷. Historisch zumindest fielen diese Gegensätze auseinander: Während sich bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft und politische Demokratie zumindest zeitweise als vereinbar erwiesen, galt dies nicht für den auf zentralisierter Verfügung über eine verstaatlichte Wirtschaft geprägten Sozialismus und eine freie Öffentlichkeit.

Rosa Luxemburg vermochte für sich die genannten Gegensätze zu vereinen. Die Kontrapunkte stimmen bei ihr am Ende zusammen und erzeugen durch ihre spezifische Gegenbewegung die wirkliche Harmonie. Diese Vereinigung war ihr aber nur möglich, weil sie davon ausging, dass die Arbeiter und die Massen gerade in der alltäglichen Praxis, bei den »tausend Problemen« des Aufbaus des Sozialismus, im »ungehemmten, schäumendes Leben«³⁸ sich verändern würden: »Soziale Instinkte anstelle egoistischer; Masseninitiative anstelle der Trägheit; Idealismus, der über alle Leiden hinwegbringt usw. usf.«³⁹ würden sich herausbilden. Und sie nahm an, dass diese Instinkte und Initiativen sowie dieser Idealismus in genau jene Richtung weisen würden wie die von ihr propagierte sozialistische Politik. Deshalb kann sie auch annehmen, dass ein Höchstmaß an Freiheit zugleich ein Höchstmaß an Einsicht in die Richtigkeit des Sozialismus als einer Gesellschaft des

36 Ebenda. S. 358.

37 Ebenda. S. 360.

38 Ebenda.

39 Ebenda. S. 361.

vergesellschafteten Eigentums, der Interessenidentität, des Internationalismus und Friedens erzeugt.

Aber auch umgekehrt scheint Rosa Luxemburg anzunehmen: Indem die bäuerlichen Massen auch mit Gewalt an der privaten Landnahme gehindert und damit zu gemeinsamer Produktion gezwungen werden, indem die Völker des Russischen Reiches nicht in die Selbständigkeit entlassen, sondern in einem politischen und Wirtschaftsraum gehalten werden, indem Arbeiter in einer Fabrik, die gesellschaftliches Eigentum ist, gemeinsam tätig sind, an Plan und Ausführung gleichermaßen beteiligt werden, entsteht zugleich auch der Raum für jene Erfahrungen, die zur Bejahung des Sozialismus führen und in seine freie Unterstützung und enthusiastische Verteidigung münden. Gerade ihre Argumentation in der nationalen Frage zielt genau in diese Richtung.⁴⁰ In der Trennung wachsen in ihren Augen die Gegensätze zum Völkerhass, angepeitscht durch die bürgerlichen Nationalisten. Aus dem Verbleiben in einem revolutionierten gemeinsamen Land, auch wenn zunächst nur erzwungen, würde, so nimmt sie an, die Zustimmung zu eben dieser Gemeinsamkeit entstehen.

Freie Selbstbetätigung der Massen und historische Notwendigkeit fallen bei Rosa Luxemburg der Tendenz nach zusammen. Führung ist vor allem Fähigkeit, dieses Zusammenfallen aktiv zu befördern. Diktatur und Terror sind für sie die Todfeinde des Sozialismus, weil sie mit der Unterdrückung des eigenständigen Handelns der Massen zugleich auch die eigentlichen Akteure jeder Durchsetzung sozialistischer Notwendigkeiten unterdrücken. Diktatoren sind die Totengräber des Sozialismus, weil sie die Akteure des Sozialismus selbst begraben im Gefängnis einer Kommandogesellschaft, aus dem kein Weg nach vorne, ins Reich der Freiheit führen kann.

Anders als Lenin und Kautsky ging Rosa Luxemburg gerade nicht davon aus, dass spontan vor allem Überzeugungen entstehen, die vom Sozialismus wegführen würden, so dass sozialistische »Bewusstheit« von außen in die Arbeiterklasse hineingetragen werden müsse (bei Le-

40 Diese Diskussion und die von ihr dabei entwickelten Positionen scheinen mir insgesamt eine wichtige Quelle ihre 1918 vertretenen Positionen.

nin auch mit Gewalt), sondern sie nahm an, dass die eigene Praxis der Arbeiter und werktätigen Massen direkt zum Sozialismus hinführen würde – vorausgesetzt, es ist eine freie und auf eigenem Handeln gegründete Praxis und nicht Bevormundung und nicht Manipulation; vorausgesetzt auch, es ist die wirkliche Gemeinsamkeit von Produktion und Leben gegeben. Wie Rosa Luxemburg schon 1904 gegenüber Lenin eingewandt hatte: »Die sozialdemokratische Bewegung ist die erste in der Geschichte der Klassengesellschaften, die in allen ihren Momente, im ganzen Verlauf auf die Organisation und die selbständige direkte Aktion der Masse berechnet ist.«⁴¹ Sozialismus ist für sie keine zentral geplante Maschine, sondern Leben, freie Eigentätigkeit freier Menschen, die sie mit unmittelbarer Gemeinschaftlichkeit verbindet. Würde es tatsächlich eine solche Entsprechung zwischen den unmittelbaren praktischen Erfahrungen und den als Vergesellschaftung der Produktionsmittel gefassten sozialistischen Zielen geben, dann, aber eben auch nur dann wären Parteiendiktatur und Terror nicht nur moralisch falsche, sondern auch machtpolitisch verfehlte Mittel, wie Rosa Luxemburg immer wieder betont. Was sie nicht erkennt ist, dass Sozialismus, sofern er mit einer zentralisierten Gemeinwirtschaft identifiziert wird, im tiefsten Widerspruch zu dem selbständigen Handeln der Massen steht.⁴² Die allgemeinen Voraussetzungen ihrer Annahmen über den Sozialismus hat sie jedoch nie kritisch reflektiert, sondern nur konkret problematisiert.

41 Rosa Luxemburg: Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie. In: Werke. Bd. 1.2. S. 427.

42 Dieser unaufgelöste Widerspruch prägt auch das von ihr verfasste programmatische Dokument »Was will der Spartakusbund« (Werke. Bd. 4. S. 442-451) und ihren kurzen Artikel »Die Sozialisierung der Gesellschaft« (Ebenda. S. 433-436).

Für das 21. Jahrhundert: ein anderer Sozialismus und eine andere Demokratie

Rosa Luxemburgs Kritik an den Bolschewiki ist in meinen Augen eine Kritik vom Standpunkt eines vorgefertigten Bildes, wie Sozialismus auszusehen habe, nämlich einer Gesellschaft des einheitlichen Gemeineigentums, *und* es ist Kritik vom Standpunkt einer Bewegung, die ihre ganze Kraft aus der Entwicklung der Handlungsmacht der Unterdrückten selbst beziehen soll und erst dabei jene Kriterien aufstellt, nach denen sie sich richten kann bei ihren Entscheidungen. Dieser Widerspruch zwischen verselbständigter Idee und lebendiger Bewegung prägt Rosa Luxemburgs gesamtes Werk und bleibt bis zu ihrem gewaltsamen Tod unaufgelöst. Damit steht sie ganz inmitten jener Bewegung, für die galt, dass die Befreiung der Arbeiter die Sache der Arbeiter selbst sein müsse, und in der doch die Bevormundung oder sogar Unterdrückung dieser Arbeiter prägend wurde.

Die Erfahrungen des 20. Jahrhunderts zeigten, so ist der Verfasser überzeugt,

- dass sich die Vergemeinschaftung der Produktionsmittel, ihre direkte unmittelbare Unterordnung unter »alle Arbeiter« gemeinsam buchstäblich als kontraproduktiv erweist;
- dass jeder Versuch der Unterdrückung der Vielfalt, des Versuchs der Herstellung einer »unmittelbaren« Identität von gesellschaftlichen, kollektiven und individuellen Interessen, der Reduktion auf nur einen Typ von Akteuren, und sei es »der Arbeiter«, den Gegensatz von Kapital und Arbeit nur durch neue Antagonismen ablöst;
- dass dadurch neue Herrschaft und Entfremdung entstehen;
- dass eine solche Ordnung sich im Wettbewerb mit anderen Eigentumsordnungen als unterlegen erweist; und
- dass dies alles strukturell bedingt ist und keine positive Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise darstellt.⁴³

43 Vgl. dazu ausführlich: Michael Brie: Der sowjetische Staatspartei-Sozialismus im Lichte der Marxschen Theorie »progressiver Epochen der ökonomischen Gesellschaftsformation«. In: Ernstgert Kalbe / Wolfgang Geier / Holger Politt

Wenn dies so ist, dann kann ein solcher Sozialismus, in dem alle Macht an ein einziges Zentrum »delegiert« wird, auch nicht demokratisch sein, weil jede Freiheit sich dann gegen dieses System richten muss. Umgestaltung (»Perestroika«) und Demokratisierung waren das Abendrot, dass dem Untergang dieses Sozialismus vorherglühte. Aber es gilt auch umgekehrt: In dem Maße, wie die Demokratie die Wirtschaft ergreifen würde, in dem Augenblick, wo sie die Entscheidung über das Eigentum, die Investitionen, nicht mehr vor allem den Kapitaleigentümern überlässt, bricht auch die Abenddämmerung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft an, nur wurde dies bisher immer wieder, auch mit Gewalt, erfolgreich abgewehrt. Volksherrschaft – und was bedeutet Demokratie anderes – verlangt auch Herrschaft des Volkes über den Wirtschaftsprozess der Gesellschaft. Dies jedoch ist das Ende jedes Kapitalismus. Aber der Weg dahin führt nicht über die Beseitigung der Interessenwidersprüche, sondern über die Ablösung ihrer antagonistischen durch solidarische Austragungsformen, was tiefe Eingriffe in die Macht- und Eigentumsverhältnisse, die Zurückdrängung und Überwindung der Profitdominanz notwendig macht.⁴⁴

Wenn dies richtig ist, dann ist die Formel »Keine Demokratie ohne Sozialismus, kein Sozialismus ohne Demokratie« die noch zu lösende Aufgabe eines Sozialismus im 21. Jahrhundert. Sie verlangt es, so meine feste Überzeugung, sich zu lösen von der Bindung des Sozialismus an die Vergemeinschaftung der gesamten Produktionsmittel⁴⁵ und vom Versuch, ein »Monosubjekt«⁴⁶ oder auch eine großen Menge von »Mo-

(Hrsg.): Aufstieg und Fall des Staatssozialismus: Ursachen und Wirkungen. Leipziger Jahrbücher: Osteuropa in Tradition und Wandel. Bd. 6. Leipzig 2004. S. 197-233.

44 Vgl. dazu ausführlich: Dieter Klein: Eine zweite große Transformation und die Linke. Kontrovers der RLS, Mai 2010; Mario Candeias: Passive Revolution vs. sozialistische Transformationen. RLS papers 2010.

45 Peter Ruben: Ruben, Peter: Die Kommunistische Antwort auf die soziale Frage. 8(1998)1. S. 5-18.

46 Vgl. ausführlicher: Michael Brie: Die Erarbeitung einer Konzeption des modernen Sozialismus – Thesen in der Diskussion. Deutsche Zeitschrift für Philosophie. Heft 3/1990. S. 218-229.

nosubjekten« herzustellen, die in sich widerspruchlos sein sollen. Die Pluralität legitimer Eigentümerinteressen (Betriebsangehörige, Umweltverbände, Verbraucher, Kommunen und Regionen, Management, Vertreter der Kreditgeber, nicht zuletzt staatliche Organe usw.) und die Pluralität derart widersprüchlicher Subjekte sind einem solchen Sozialismus notwendig eigen. Er ist eine Ordnung, die auf die freie Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums durch die Assoziationen assoziierter Individuen zielt und auf einer Vielzahl von komplexen Besitzformen und selbständigen Unternehmen basieren muss und diese Widersprüche zur solidarischen Austragung bringt.⁴⁷ Voraussetzung dafür ist, dass die gemeinschaftlichen Grundlagen der Produktion und des Lebens (die Gemeingüter der Erde, der Kultur und des Wissens, der öffentlichen Daseinsvorsorge, des Finanzsystems, des Rechts usw. usf.) unter der öffentlichen demokratischen gemeinschaftlichen Kontrolle der Bürgerinnen und Bürger sind. Dann erst wird die Wirtschaft demokratisiert und Politik sozialisiert. Dann, so ist zu hoffen, drängen die praktischen Erfahrungen der Produzenten des gesellschaftlichen Reichtums tatsächlich spontan in Richtung des demokratischen Sozialismus, und aus der ungehemmtesten öffentlichen Reflexion dieser Erfahrungen erwachsen die bewussten Schritte hin zu einer sich immer wieder erneuernden solidarischen und gerechten Gesellschaft.

Dieser Sozialismus wäre eine Gesellschaft lebendigster Vielfalt, die Rosa Luxemburg in ihrem tiefsten Gehalt nahe kommt, jener Rosa Luxemburg, von der Paul Levi 1922 schrieb: »Ihre im Tiefsten ausgeglichene Seele kannte keine Scheidungen und Wände. Ihr war das All ein lebendiger Prozess des Werdens, in dem nicht Hebelkraft und Sauerstoffbehälter das Walten der Natur ersetzen können, in dem das Kämpfen, Ringen, Streben der Menschen, in dem der große Kampf, der dem Einzelnen, der den Geschlechtern, der den Ständen, der den Klassen obliegt, die *Form des* Werdens war. In der sie drum nicht wollte, dass

47 Vgl. dazu meine Arbeiten »Wer ist Eigentümer im Sozialismus« (weitgehend geschrieben zwischen 1983 und 1985, veröffentlicht erst im Untergang der DDR, Berlin 1990) und: Die wiederentdeckte Eigentumsfrage. In: Michael Brie (Hrsg.): Mit Marx ins 21. Jahrhundert. Kritik des Neoliberalismus und Alternativen. RLS Papers 04/2006. S. 77-102.

keiner kämpfe, weil alles von selber werde; in der sie den lebendigsten Kampf wollte, weil er die lebendigste Form des Werdens ist.«⁴⁸

48 Paul Levi: Einleitung zu »Die Russische Revolution. Eine kritische Würdigung. Aus dem Nachlass von Rosa Luxemburg«. In: Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung (Hrsg.): Rosa Luxemburg und die Freiheit der Andersdenkenden. S. 223f.

FRIGGA HAUG

Tolerante Friedenstaube? Rosas Zumutungen an eine moderate Linke¹

Der Beitrag schließt direkt an den meines Vorredners Michael Brie an. Er bezieht sich auf den gleichen Satz Luxemburgs von der »Freiheit der Andersdenkenden«, auf eine Art Spannung, die sich ankündigt, wenn man mit dem »eisernen Besen« Demokratie von unten »herbeifegen« will. Im Luxemburgbild sind die Gegensätze zwischen Gewalt und Gewaltlosigkeit unveröhnt tradiert. Von den Lehren, die sie uns, die wir politisch tätig sind, erteilt, geht es im Folgenden vornehmlich um solche, die eine Partei im Inneren, ihre Strategie und ihre innerparteiliche Kultur betreffen. Hier ist Luxemburg eine Zumutung.

Beginnen wir mit der Erinnerung an Rosa Luxemburg und die Weise, wie sie gepflegt wird. Viele kennen den Gang auf den Friedhof, also das Erinnern an sie als Märtyrerin und Ikone. Vor zwei Jahren machte ich, eingeladen durch die Rosa-Luxemburg-Gesellschaft, eine Reise durch Thüringen und Sachsen und hielt Vorträge in acht Städten. Ich war ziemlich verunsichert, was ich alles voraussetzen könnte, womit ich offene Türen einrennen würde, was ich überhaupt an Wichtigem über Rosa Luxemburg noch erzählen dürfte. Ich wähnte mich selbst naiv im Land lebendiger Luxemburgtradition. Ich begann in jeder Stadt

1 Diese Arbeit nimmt Passagen aus meinem Buch zu Rosa Luxemburg (Frigga Haug: Rosa Luxemburg und die Kunst der Politik. Hamburg 2007) auf und ebenso Vorarbeiten zum Stichwort »Linie Gramsci-Luxemburg« im Historisch-kritischen Wörterbuch des Marxismus, Band 8/1, Veröffentlichung geplant für Sommer 2012.

mit einer Umfrage und erkundete, was die Anwesenden von Rosa Luxemburg erinnerten. Das Ergebnis: Einige wussten, sie hat etwas mit Liebknecht zu tun, alle, dass sie eine Märtyrerin ist und »wir deshalb jedes Jahr auf den Friedhof gehen« und keiner mehr als das. Kurz: »der Ring des Schweigens« um Rosa Luxemburg, von dem Lelio Basso² sprach, funktioniert noch. Man kann damit rechnen, dass in der Partei DIE LINKE zudem der Satz von der »Freiheit der Andersdenkenden« zum allgemeinen Wortschatz gehört.

Die Polemik um die Freiheit der Andersdenkenden

Zwischen den Extremen, schonungslos für Gewalt sich einzusetzen und friedlich Toleranz zu predigen, schwankt das Luxemburgbild in der Geschichte. In den Zeiten nach 1989 überwiegt freilich die Friedens-Variante. Der Name Luxemburg wurde für viele gleichbedeutend mit der »Freiheit der Andersdenkenden«, bis sich dieser Anspruch zu einer bloßen Phrase, zum Plädoyer für tolerantes Miteinander verdünnte. Neben historischen Umbrüchen, die wir auch für veränderte Geschichtsbilder haftbar machen können, muss es etwas in Luxemburgs Denken geben, das zugleich eine Nähe zu gewaltsamer Revolution als auch eher umgekehrt zu parlamentarischer Demokratie und Frieden herstellt. Machen wir uns auf die Suche nach dieser Dialektik.

»Das Geschäft gedeiht auf Trümmern«, schreibt Rosa Luxemburg in *Krise der Sozialdemokratie*.³ Auf den Trümmern des verabschiedeten Staatssozialismus reiben sich die opportunistischen Schreiberlinge die Hände und machen für sich das Beste aus dem Nachlass auch von Luxemburg. Manfred Scharrer z. B.,⁴ wohlgefällig rezensiert unter dem

2 Lelio Basso: Rosa Luxemburgs Dialektik der Revolution. Frankfurt a. M. 1969. S. 8.

3 Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke. Bd. 4. Berlin 1974. S. 52.

4 Manfred Scharrer: »Freiheit ist immer« ... Die Legende von Rosa und Karl. Berlin 2002.

Titel »Alles andere ist Quark« in der *Frankfurter Rundschau*⁵, diagnostiziert, dass sie die sozialistische Arbeiterbewegung in eine »anti-demokratische Sackgasse«⁶ führte und dass – hier denkt er wie Helmut Kohl – nur Luxemburgs »Freiheitsdefinition Bestand hatte«⁷. Er begründet:

»Demokratie war für Rosa Luxemburg nur nützlich bis zum Tag der Revolution, dann kam die Phase der Diktatur [...] Sie ist fasziniert von der Revolution und nicht von der Demokratie, sie ist fasziniert von der Gewalt und nicht vom Parlieren. Sie beschwört den Glauben vom Zusammenbruch des Kapitalismus.«⁸

So gut wie alles in diesen Sätzen ist falsch und dumm, dies aber so exemplarisch, dass sich von hier aus Luxemburgs Politik auseinanderlegen lässt.

Zunächst wieder dieser Satz von der *Freiheit der Andersdenkenden*, der sogleich selbst als ein Widerspruchs Bündel erscheint. Die Anerkennung durch die Bürger (wie Kohl), der die allgemeine Absage an Luxemburg mit einer Art Anerkennungssüßstoff übertüncht, ist symptomatisch für die Luxemburgrezeption. Gilbert Badia kommt dennoch für die Zeit nach 1980 zu dem Ergebnis: »[...] habe den Eindruck, dass die Wahrnehmung des Werkes von Rosa Luxemburg sich in den letzten Jahren geändert hat. Einerseits verdunkelt der falsch gedeutete Satz über die Freiheit und die Demokratie die Revolutionärin, die kämpferische Sozialistin, die in den ersten Tagen des Jahres 1919 die deutsche kommunistische Partei mitgegründet hat. Ich fürchte sogar, dass Rosa Luxemburg nach und nach für viele und vor allem für politisch aktive

5 Norbert Seitz: Alles andere ist Quark. Nach dem Tag der Revolution beginnt die Diktatur. Manfred Scharrer kratzt am Mythos von Rosa und Karl. In: »Frankfurter Rundschau« vom 28. August 2002. Vgl. die Rezension in *Das Argument* 270, 2007.

6 Manfred Scharrer: »Freiheit ist immer« ... S. 185.

7 Ebenda.

8 Ebenda. S. 15.

Bürger zu einer historischen Figur wird, die man zwar ehrt und bewundert, die jedoch zu einer anderen Epoche gehört.«⁹

Wie denkt Luxemburg Demokratie und das Verhältnis von Diktatur zu Demokratie? Und was davon wäre für einen erneuerten Marxismus aufzubewahren? Die wichtigsten Gedanken dazu finden wir in ihrer Kritik an der russischen Revolution, in der zugleich die Problematik der »Diktatur des Proletariats« – dieses Stolpersteins, dessen sich der Eurokommunismus entledigte, und den man heute kaum noch so sprechen kann, also das Gemeinte übersetzen muss – diskutiert wird.

»Wir unterschieden stets den sozialen Kern von der politischen Form der Demokratie, wir enthüllten stets den herben Kern der sozialen Ungleichheit und Unfreiheit unter der süßen Schale der formalen Gleichheit und Freiheit – nicht um diese zu verwerfen, sondern um die Arbeiterklasse dazu anzustacheln, sich nicht mit der Schale zu begnügen, vielmehr die politische Macht zu erobern, um sie mit neuem sozialen Inhalt zu füllen.«¹⁰

»Die Eroberung der politischen Macht« ist der nächste Stolperstein – immerhin kommt er schon als paradoxe Zusammenbindung, nämlich als Bejahung der Demokratie zusammen mit der Diktatur des Proletariats.

»Aber diese Diktatur besteht in der Art der Verwendung der Demokratie, nicht in ihrer Abschaffung, in energischen, entschlossenen Eingriffen in die wohlverordneten Rechte und wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft. [Sie] muss das Werk der Klasse und nicht einer kleinen, führenden Minderheit im Namen der Klasse sein, d.h. sie muss auf Schritt und Tritt aus der aktiven Teilnahme der Masse hervorgehen, unter ihrer unmittelbaren Beeinflussung stehen, der Kontrolle der gesamten Öffentlichkeit unterstehen, aus der wachsenden politischen Schulung der Volksmassen hervorgehen.«¹¹

9 Gilbert Badia: Rosa-Luxemburg-Rezeption im 20. Jahrhundert. In: Narihiko Ito / Annelies Laschitzka / Ottokar Luban (Hrsg.): Rosa Luxemburg im internationalen Diskurs. Internationale Rosa Luxemburg-Gesellschaft in Chicago, Tampere, Berlin und Zürich (1998-2000). Berlin 2002. S. 188f.

10 Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke. Bd. 4. S. 52.

11 Ebenda. S. 363f.

Es sei »historische Aufgabe des Proletariats, wenn es zur Macht gelangt, anstelle der bürgerlichen Demokratie sozialistische Demokratie zu schaffen, nicht jegliche Demokratie abzuschaffen.«¹²

Oskar Negt schärft ein: »Für Rosa Luxemburg sind der grundsätzliche, unabdingbar demokratische Charakter des Organisationsaufbaus der proletarischen Organisationen und die bis in die Diktatur des Proletariats hineinreichende demokratische Struktur der sozialistischen Revolution nicht nur Postulate, die sich aus der Vorstellung vom Endziel der Befreiung der Menschen von Unterdrückung und Ausbeutung, ergeben, sondern sie haben auch einen methodischen Grund. Jede nicht-demokratische proletarische Organisation oder Bewegung setzt sich in Widerspruch zur materialistischen Dialektik und führt, selbst wenn die revolutionäre Machteroberung gelingen sollte, in der einen oder anderen Form zum Scheitern.«¹³

Luxemburg verurteilt Trotzki's Aussage, es ginge ausschließlich um »den offenen und unmittelbaren Kampf um die Regierungsgewalt«, und rechnet vor, wie die Bolschewiki die »Erdrückung des ›öffentlichen Lebens‹« vorantrieben, wodurch sie »die Quelle der politischen Erfahrung und das Steigen der Entwicklung« und damit die »Verwirklichung des Sozialismus« verunmöglichten. Jetzt kommt der Satz:

»Freiheit nur für die Anhänger der Regierung, nur für Mitglieder einer Partei – mögen sie noch so zahlreich sein – ist keine Freiheit. Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden. Nicht wegen des Fanatismus der ›Gerechtigkeit‹, sondern weil all das Belebende, Heilsame und Reinigende der politischen Freiheit an diesem Wesen hängt und seine Wirkung versagt, wenn die ›Freiheit‹ zum Privilegium wird.«¹⁴

Der Satz spricht eine Absage gegen die Parteidiktatur und vor allem gegen die Weigerung oder zumindest Unterlassung, alle in den Entwicklungsprozess, in die Gestaltung des politischen Lebens einzubeziehen. Nur wenige Seiten später diskutiert Luxemburg die Problematik

12 Ebenda. S. 363.

13 Oskar Negt: Keine Demokratie ohne Sozialismus. Über den Zusammenhang von Politik, Geschichte und Moral. Frankfurt a. M. 1976. S. 198.

14 Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke. Bd. 4. S. 353, Fußnote 3.

des Lumpenproletariats, also derer, die aus den verschiedensten Gründen aus der Gesellschaft heraus gefallen sind – auch ein Thema, das im 21. Jahrhundert höchste Aktualität besitzt. Das einzig wirksame Mittel gegen »Ausbrüche des lumpenproletarischen Unwesens« seien »radikale Maßnahmen politischer und sozialer Natur, rascheste Umwandlung der sozialen Garantien des Lebens der Masse und – Entfaltung des revolutionären Idealismus, der sich nur in uneingeschränkter politischer Freiheit durch intensives aktives Leben der Massen auf die Dauer erhalten lässt«. ¹⁵

Immer beinhalten Luxemburgs Vorschläge Verknüpfungen. Hier plädiert sie zunächst für die Garantie eines Existenzminimums, dies aber nicht als Ziel an sich (wie es das bedingungslose Grundeinkommen zu sein scheint), sondern als Voraussetzung für die zunehmende Beteiligung der Massen an der Gestaltung von Politik. Letzteres ist der springende Punkt. Dass er sich utopisch im Sinne von illusionär anhört, liegt vermutlich daran, dass wir uns ein solches Experiment mit den Menschen, so wie sie heute sind, vorstellen, nämlich politisch weitgehend passiv. Bei Luxemburg besteht sozialistische Politik eben darin, die unkundigen und noch stumpfen Massen überhaupt erst ins politische Leben zu ziehen und für den Aufbau einer alternativen Gesellschaft zu gewinnen. In diesem Sinn ist die Freiheit der Andersdenkenden nicht Toleranz, sondern das Daseinsmoment lebendiger Diskussion und des Experiments. Eine neue Gesellschaft kann nicht nach alten Rezepten konstruiert werden. Sie braucht das Experiment – sie ist ein solches.

Aus solcher Einschätzung, dass es »kein sozialistisches Parteibuch und kein sozialistisches Lehrbuch« ¹⁶ zur Einrichtung sozialistischer Wirtschaft gebe, alle Arbeitenden also in die Anstrengung, eine neue Gesellschaft zu machen, einbezogen gehörten, sind die Einschränkung der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechts durch die Politik der Bolschewiki gegen die Revolution gerichtet. Die vom Bürgertum erkämpften Formen verändern nach der Machteroberung ihren Inhalt und damit auch ihren Status. Jetzt sind sie nicht mehr Vorbedingung,

15 Ebenda. S. 360 f., Fußnote 1.

16 Ebenda.

sondern das nährende Element des Wiederaufbaus einer Gesellschaft von unten.

Luxemburg legt geradezu hellseherisch klar, dass die Lähmung des öffentlichen Lebens, also die Folge der Nichteinbeziehung der Massen, einen doppelten Effekt auf die Gesamtstruktur der sozialistischen Führung hat. Von ihr wird ein unglaublicher Idealismus, werden hervorragende Qualitäten gefordert, während die geschulte Arbeiterklasse zu Scheingrößen, die Zustimmung vorspielen, verkommt, was schließlich am Ende dazu führt, dass praktisch eine Art bürgerlicher Diktatur entsteht: »einige Dutzend Parteiführer von unerschöpflicher Energie und grenzenlosem Idealismus dirigieren und regieren [...] und eine Elite der Arbeiterschaft wird von Zeit zu Zeit zu Versammlungen aufgeboden, um den Reden der Führer Beifall zu klatschen, vorgelegten Resolutionen einstimmig zuzustimmen, im Grunde also eine Cliquenwirtschaft – eine Diktatur allerdings, aber nicht die Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur einer Handvoll Politiker, d.h. Diktatur im rein bürgerlichen Sinne, im Sinne der Jakobinerherrschaft«. ¹⁷ Die Kritik an der bolschewistischen Politik nach Beginn der Revolution zeigt, dass die Entgegensetzung »Diktatur oder Demokratie« eine falsche Polarisierung ist, die den bürgerlichen Inhalt der jeweiligen Formen festschreibt. Die proletarische Diktatur kann nicht bürgerliche Diktatur bloß mit Proletariern an der Spitze sein. Sie muss vielmehr *als Diktatur demokratisch* sein.

»Der Grundfehler der Lenin-Trotzki'schen Theorie ist eben der, dass sie die Diktatur, genau wie Kautsky, der Demokratie entgegenstellen. ›Diktatur oder Demokratie‹ heißt die Fragestellung [bei beiden]. Dieser entscheidet sich natürlich für die Demokratie, und zwar für die bürgerliche Demokratie, da er sie eben als die Alternative der sozialistischen Umwälzung hinstellt. Lenin-Trotzki entscheiden sich umgekehrt für die Diktatur im Gegensatz zur Demokratie und damit für die Diktatur einer Handvoll Personen, d.h. für bürgerliche Diktatur.

17 Ebenda.

Es sind zwei Gegenpole, beide gleich weit entfernt von der wirklichen sozialistischen Politik.«¹⁸

Immer wieder schärft Luxemburg ganz unmissverständlich ein, dass eine sozialistische Politik, eine sozialistische Demokratie ein Werk von unten sein muss oder eben ihren Daseinszweck verfehlt. Die Perspektive erscheint so selbstverständlich wie schwierig zu verwirklichen. Aus Erfahrung, aus dem Machen, aus der Gestaltung selbst sollen die Massen ihre Gesellschaft als sozialistische konstituieren. Diktatur kann hier als Zwang zur Entwicklung verstanden werden oder als permanenter kategorischer Imperativ: Alle sollen lernen zu regieren, indem sie die Regierung übernehmen.

Fazit: Ohne Zweifel ist Luxemburg eine Verfechterin der Demokratie. Allerdings unterscheidet sie zudem zwischen bürgerlicher und sozialistischer Demokratie mit nachvollziehbarer Begründung:

Während die bürgerliche Demokratie keine Schulung der Massen braucht, weil sie in ihrem System eine Elite über die Massen stellt, denen sie zwar das Wahlrecht, aber keine wirkliche Beteiligung an der Gestaltung der Gesellschaft zumisst, verwandelt sich die Demokratie in einer sozialistischen Gesellschaft in ein Instrument zur Beteiligung der Massen, zu ihrer Schulung und Erziehung, zur Anfeuerung des Experiments, zum Wettstreit, eben zur Veränderung der Vielen, die die Entwicklung der Gesellschaft als eigene Aufgabe vorantreiben. Dies, welches ja das Ziel war, um dessentwillen gekämpft wurde, muss nach Luxemburg sogleich und von Anfang an den Wiederaufbau der Gesellschaft, die Verwandlung der bürgerlichen Gesellschaft in eine sozialistische bestimmen.

Aufhebenswert bleibt in jedem Fall, einen Begriff von sozialistischer Demokratie weiter zu entwickeln, dazu noch einmal Oskar Negt: »Es ist deshalb notwendig, prinzipiell zu argumentieren, einen positiven und offensiven Begriff der sozialistischen Demokratisierung zu entwickeln, der nicht nur den Verstand der Menschen, sondern auch ihre Gefühle, ihre Befreiungsfantasien, ihre unmittelbaren Interessen erreicht und so

18 Ebenda. S. 362.

in allen Gesellschaftsbereichen als anschauliche Alternative zu den bestehenden Herrschaftsverhältnissen verstanden werden kann.«¹⁹

Man lernt auch, falsche Entgegensetzungen und Polarisierungen als Fallen zu begreifen und sie zu verschieben. Man lernt, das Verhältnis der bürgerlichen Errungenschaften zu sozialistischen Kämpfen als Aufgabe einer Aufhebung zu erkennen, die Grenzen flüssig zu halten und die Formen mit dem Inhalt zu füllen, den sie schon versprochen – Demokratie, Freiheit usw.

Solche Bestimmungen schreibt Luxemburg zum Aufbau des Sozialismus, nicht über das Leben im Kapitalismus. Sie gelten dann aber dennoch für die Partei nach Innen, soweit sie Ausstrahlung haben will. Wie ein Streit ausgetragen wird, wie Vielfalt gewahrt und produktiv gemacht wird, muss den Vorschein einer zukünftigen Gesellschaft schon hier und heute zeigen. Dies gilt also für die Parteikultur nach Innen.

Lernen von Peter Weiss

Eine andere Lesart zum Satz von der Freiheit der Andersdenkenden, der mein Misstrauen gegen den Satz neuerlich erschüttert hat, gibt *Peter Weiss*. Mit der *Ästhetik des Widerstands* hinterlässt er eine gewaltige Geschichtsschreibung für die Arbeiterklasse. Er gibt ihr einen kulturellen Ausdruck, überführt Erkenntnis in eingreifendes Denken und erzählt die Geschichte des Scheiterns vom Standpunkt eines möglichen Marxismus, den er schließlich in den Gestalten von Luxemburg und Gramsci verwirklicht sieht. Daher notiert er als Leitlinie »für den Schlussabschnitt: Mitgliedschaft in der Partei – dass es eine kleine Partei war, unwichtig. Mitgliedschaft Prinzipklärung – ideologische Zugehörigkeit – Abwesenheit von Zwang und Dogmatismus – Linie Luxemburg Gramsci – Voraussetzung: Aufklärung der historischen Fehler – die lebendige kritische Wissenschaft, Ablehnung jeglicher Illusionsbildungen, Idealismen, Mystifikationen«.²⁰ Drei Dimensionen

19 Oskar Negt: Keine Demokratie ohne Sozialismus. S. 462.

20 Peter Weiss: Notizbücher 1971–1980. 2 Bde. Frankfurt a. M. 1981. S. 608.

sind auffällig: die Parteizugehörigkeit als eine Selbstverpflichtung, die Dogmatismus ausschließt; Fehlerkritik als Voraussetzung eines lebendigen Marxismus und Ideologiekritik. Mit allen drei Vorschlägen sind die zerreißenen Widersprüche umrissen, in denen sich das, was »die Linie Luxemburg Gramsci« von ihm genannt wird, entwickelt. Es geht um den Besitz einer eigenen Vergangenheit, um Begriffe, um Kultur. Weiss schreibt die Erzählung auch als Selbstbildung: »Man kann diese Fragen nicht allein ausarbeiten, wir sind viele, sprechen wohl auch für viele – aus diesem Grund habe ich mich einer Partei angeschlossen der KP, [...] einer Gemeinschaft, in der es wichtig ist, dass jeder seine Meinung äußert, auf verschiedenartige Weise, im Widerspruch zueinander, im demokratischen Sinn«.²¹ Dieser am meisten zitierte Satz Luxemburgs von der Freiheit der Andersdenkenden²², der, wie gesagt, zu einem bloßen Appell an liberale Toleranz abgetragen ist (wie Badia das ausdrückt), taucht wie ein Leitspruch in den Notizbüchern auf²³. Er wird gleichsam wieder angeeignet und politisiert. Zunächst geht es um Ausschluss, Berufsverbote im Westen, dann staatliche Zensur durch die DDR, wo seine Geschichtsschreibung nicht geduldet wurde. »Wie wir Schreibende uns im unablässigen Kampf befinden gegen die Beeinträchtigung der Meinungsfreiheit, die Diskriminierung und Vertreibung Andersdenkender durch die Staatsgewalt«²⁴, so schreibt er anlässlich einer Preisverleihung im Westen, DDR-Zensur und BRD-Berufsverbote zusammenschließend. Am unerbittlichsten trifft der Satz den Stalinismus: »Das Massaker [...] liegt im Wesen [...]des auf die äußerste Spitze getriebenen Zentralismus [...]. Die gleiche Schuld trifft [...]die blind Gehorchenden, die sich der Gestalt des Urvaters beugen, die jede Regung von Widersetzlichkeit ersticken, die ihre ungeheure Gebrochenheit Disziplin nennen. [...] Die Opfer, die am weitesten gingen in ihrer Unterwürfigkeit, [...] bis zur Selbstausslöschung [...] Diese waren vielleicht die größten Verräter denn sie waren einmal die her-

21 Ebenda. S. 650.

22 Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke. Bd. 4. S. 353, Fußnote 3.

23 Peter Weiss: Notizbücher 1971–1980. S. 663, 692, 699, 823, 837.

24 Ebenda. S. 692.

vorragendsten Denker der materialistischen Gesellschaftswissenschaft gewesen.«²⁵ »Die wahre Freiheit ist jene, die auch Freiheit der anders Denkenden ist«, (erinnert er wieder im Juli 1979) in der Auseinandersetzung um das neue Vietnam. Jetzt wird unmissverständlich klar, dass der Satz nicht als Aufruf zur friedlichen Toleranz gelesen werden kann, sondern dass es hier um den Kern des Sozialismus geht. Luxemburg hatte ihn ja im Kontext ihrer Kritik am Aufbau des Sozialismus nach der russischen Revolution als Randnotiz geschrieben; weil die Massen nicht am Aufbau beteiligt wurden, konnte es für sie gar kein Sozialismus werden. Gegen Lenins »einfache« Vorstellung, der sozialistische Staat sei bloß der auf den Kopf gestellte kapitalistische, also statt der Arbeiterklasse werde nun die Bourgeoisie unterdrückt, schreibt sie: »Diese vereinfachte Auffassung sieht von dem Wesentlichen ab: Die bürgerliche Klassenherrschaft braucht keine politische Schulung und Erziehung der ganzen Volksmasse, wenigstens nicht über gewisse eng gezogene Grenzen hinaus. Für die proletarische Diktatur ist sie das Lebelement, die Luft, ohne die sie nicht zu existieren vermag.«²⁶ Luxemburg verurteilt Trotzki's Aussage, es ginge ausschließlich um »den offenen und unmittelbaren Kampf um die Regierungsgewalt«, und rechnet vor, wie die Bolschewiki die »Erdrückung des ›öffentlichen Lebens‹« vorantrieben, wodurch sie »die Quelle der politischen Erfahrung und das Steigen der Entwicklung« und damit die »Verwirklichung des Sozialismus« verunmöglichten. Jetzt kommt der Satz, (den ich wegen der vielen Irrtümer, die ihn wieder und wieder zersetzen, noch einmal vor Augen führe): »Freiheit nur für die Anhänger der Regierung, nur für Mitglieder einer Partei – mögen sie noch so zahlreich sein – ist keine Freiheit. Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden. Nicht wegen des Fanatismus der ›Gerechtigkeit‹, sondern weil all das Belebende, Heilsame und Reinigende der politischen Freiheit an diesem Wesen hängt und seine Wirkung versagt, wenn die ›Freiheit‹ zum Privilegium wird.«²⁷ – Weiss fragt (1979), implizit Luxemburg

25 Ebenda. S. 607.

26 Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke. Bd. 4. S. 359.

27 Ebenda. S. 359, Fußnote 3.

in der Bestätigung kritisierend, nach den Bedingungen, unter denen »die wahre Freiheit [...], die auch Freiheit der anders Denkenden«²⁸ ist, überhaupt sein kann: »Aber ebenso wenig, wie sie dies nach der Oktoberrevolution sein konnte, würde sie es in VN (Vietnam) sein/ die Wirklichkeit ließe dies in VN ebenso wenig zu wie in Cuba, obgleich hier wie dort die Voraussetzungen dafür zu bestehen schienen/ hier wie dort ein humanistischer Grund/ hier wie dort aber auch ein äußerer Feind, der unaufhörlich danach trachtete, die Revolution zum Sturz zu bringen [...] Es ist das alte Problem: noch nie hat der Sozialismus sich frei entwickeln können, immer stand ihm der imperialistische Feind gegenüber«.²⁹

»Anders zu denken« wird das Schlüsselwort für Marxismus, er ist humanistisch kritisch, selbstkritisch, gibt sich nicht mit fertig formulierten ab, sondern muss neue Strategien finden, schreibt Weiss 1977 im Kontext der Gründung der Linkspartei in Schweden (13. Mai 1977). Der kritische Rückblick zeigt das »Zerbrechen der 2. Internationale, die einander abwechselnden Schismen in der 3. Internationale, die Wüste nach den verhängnisvollen Irrtümern bei der Einschätzung des Faschismus«, die falsche Volksfrontpolitik, die politischen Verheerungen um den Zweiten Weltkrieg, die eisige Krise des kalten Kriegs³⁰, um aufzurufen, Neues zu wagen. »Unsere Erfahrungen während des letzten halben Jahrhunderts haben uns gelehrt, dass die Unterdrückung der Kritik, des Willens zur selbständigen Untersuchung gesellschaftlicher Vorgänge, ein kulturelles Absterben herbeiführen muss.«³¹ Bei Luxemburg heißt es: »Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Presse- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf erstirbt das Leben in jeder öffentlichen Institution, wird zum Scheinleben, in der die Bürokratie allein das tätige Element bleibt.«³²

Die Themen wachsen ineinander: Fehlerkritik, Selbstkritik, kritische Wissenschaft, Kultur, aus Erfahrung lernen – sie sind zugleich Fundie-

28 Peter Weiss: Notizbücher 1971–1980. S. 823.

29 Ebenda.

30 Ebenda. S. 633.

31 Ebenda. S. 712.

32 Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke. Bd. 4. S. 362.

rung von Luxemburgs Denken. Nach dem Versagen der Sozialdemokratie (mit der Zustimmung zu den Kriegskrediten 1914) ruft sie 1917 zur Gründung einer neuen Partei auf: »Nun ist aber für jeden denkenden Arbeiter klar, dass eine Wiedergeburt der Arbeiterbewegung aus ihrem heutigem Zusammenbruch und ihrer heutigen Schmach unmöglich ist, wenn man sich über die Ursachen [...] nicht klar ist. [...] dass der Kladderadatsch des 4. August 1914 wohl schon im Wesen der Arbeiterbewegung vor dem 4. August 1914 wurzelte.«³³ Nur wenn man die Wurzeln kenne, könne man sie ausreißen und den zum Neubau nötigen »festen Grund« gewinnen. Daraus ergebe sich, »dass der Ausgangspunkt, der erste Schritt zur Schaffung einer neuen sozialistischen Bewegung in Deutschland eine gründliche, eine durchgreifende *Auseinandersetzung mit der Vergangenheit* sein musste. Nur aus dem Quell der Selbstkritik, einer grausam gründlichen Prüfung der eigenen Fehler in Programm, Taktik und Organisation können die klaren Richtlinien für die Zukunft gewonnen werden, [...] es galt, eine *politische* Prüfung der Praxis der deutschen Sozialdemokratie und der Gewerkschaften in den Hauptzügen vorzunehmen, ihre Hauptmängel in der Vergangenheit aufzudecken, die Finger in ihre wunden Stellen zu legen, was wir auch in der Agitation vor jedem einfachen Arbeiter tun müssen, wenn wir ihn unter die Fahne der Opposition rufen«.³⁴ Für Luxemburg ist Hauptfehler die Erstarrung durch passivierende Bürokratie als eine Bedrohung der Demokratie.³⁵ Sie ruft dazu auf, »die politischen Wurzeln des Bürokratismus und der ganzen Entartung der Demokratie in der alten Partei aufzudecken und an sie die Axt zu legen«.³⁶ Weiss zeigt diese Kritik als Gegensatz von revolutionärem versus bürokratischem Funktionärsdenken: »welche Kluft zwischen denen, die revolutionär, d.h. kompromisslos, die Abwälzung jeglicher Unterdrückungsformen im Sinn, denken, und den in ihren Apparaten eingesteten Funktionären und Bürokraten«³⁷, notiert er im Jahr der Gründung der neuen

33 Ebenda. S. 271.

34 Ebenda.

35 Ebenda. S. 362.

36 Ebenda. S: 272f.

37 Peter Weiss: Notizbücher 1971–1980. S. 633.

Linkspartei in Schweden. Beide, Luxemburg ebenso wie Weiss betonen immer wieder, dass aus Erfahrungen zu lernen sei, um einen Weg in die Zukunft zu finden. Die Form dieser Suche sei das Experiment: »der Sozialismus kann dogmatische, diktatorische Formen annehmen, aber auch kritisch, experimentierend sein, gewillt, durch Erfahrungen zu lernen«, nimmt Weiss einen Satz, den er 1938 notierte, 1977 wieder auf³⁸. Luxemburg schreibt: »Nur Erfahrung ist imstande, zu korrigieren und neue Wege zu eröffnen. Nur ungehemmtes, schäumendes Leben verfällt auf tausend neue Formen, Improvisationen, erhält *schöpferische Kraft*, korrigiert selbst alle Fehlgriffe [...] Sonst wird der Sozialismus von einem grünen Tisch eines Dutzends Intellektueller dekretiert, oktroyiert.«³⁹ Eine neue Gesellschaft, so schärft Luxemburg ein, so wiederholt Weiss, kann nicht nach alten Rezepten konstruiert werden. Sie braucht das Experiment. Sie ist ein solches.

Weiss baut Luxemburgische Sätze, Worte, Bilder durchgängig in seine *Ästhetik* ein, ja, er entnimmt von ihr Elemente der Kritik an der herkömmlichen Geschichtsschreibung und Impulse für deren Umbau. Luxemburg fordert dazu auf, Geschichte als Werk alltäglicher Menschen zu schreiben. »Die gesamte menschliche Kultur ist ein Werk des gesellschaftlichen Zusammenwirkens vieler, ist ein Werk der Masse. [...] Diese Geschichte [der Menschheit] wimmelt von Heldensagen, von Großtaten Einzelner, sie hallt vom Ruhme weiser Könige, kühner Feldherren, verwegener Entdeckungsreisender, genialer Erfinder, heldenhafter Befreier. Aber all dies bunte und schöne Treiben Einzelner ist gleichsam nur das äußere geblümete Kleid der menschlichen Geschichte. Auf den ersten Blick ist alles Gute und Böse, das Glück wie die Not der Völker Werk einzelner Herrscher oder großer Männer. In Wirklichkeit sind es die Völker, die namenlosen Massen selbst, die ihr Schicksal, ihr Glück und ihr Wehe schaffen.«⁴⁰ Weiss übernimmt Luxemburgs Aufforderung, eine bestimmte Art der Geschichtsschreibung als Verdeckung der Befreiungskämpfe von Menschen zu entziffern, als Ausgangsze-

38 Ebenda. S. 612.

39 Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke. Bd. 4. S. 360, ähnlich S. 356.

40 Ebenda. S. 206.

nario und für den Schluss (»die letzte Szene muss an Pergamonfries erinnern«⁴¹), für die *Ästhetik*, darin zum Teil fast wörtlich, zum Teil dem Duktus nach ihre Sprache gebrauchend. Wie bei Brecht sind es auch bei Weiss »lesende Arbeiter«, deren Gedanken und Erkenntnisse bei der Besichtigung des Pergamonaltars ganz allgemein geschichtliche Zeugnisse anders entziffern helfen.

»Gewiss waren es hochgezüchtete Gestalten, die hier barbarische Mischwesen niedertraten, und es waren nicht jene verewigt worden, die unten in den Gassen der Stadt die Mühlen, Schmieden und Manufakturen betrieben, die tätig waren auf den Märkten, in den Werkstätten, den Werften am Hafen, [...] gewiss waren nur die Namen einiger der Meister überliefert [...] und nicht die Namen derer, die die Zeichnungen auf die Quader übertragen, mit Zirkel und Bohrer die Schneidepunkte festgestellt [...] hatten, und nichts erinnerte an die Fronarbeiter, die den Marmor brachen und die großen Blöcke zu den Ochsenkarren schleppten, und trotzdem, sagte Heilmann, gereiche der Fries nicht nur den Götternahen zum Ruhme, sondern auch denen, deren Stärke noch verborgen lag, denn unwissend waren auch sie nicht, auf ewig wollten sie sich nicht knechten lassen, schon beim Abschluss des Baus erhoben sie sich.«⁴² So schreibt Weiss die in Stein gemeißelte Geschichte derer, von denen die Geschichtsschreibung für gewöhnlich schweigt, als Aufbruch, als Zukunft, und schreibt so zugleich mit der Kritik der Geschichtsschreibung eine andere Geschichte. Die Linie luxemburgischer Denk- und Argumentationsweisen durchzieht ebenso wie ihr leidenschaftliches Engagement den gesamten Roman.

So eindrücklich die Spuren Luxemburgs in der *Ästhetik*, in der sie auch als Akteurin von Geschichte auftritt, und in den Notizbüchern sind, so wenig findet man den zweiten Teil der Linie: Gramsci. In den Notizbüchern taucht er ein einziges Mal, aber an entscheidender Stelle auf. Im Oktober 1978 schreibt Weiss bündig: »Richtig für uns, sich des Begriffs der Diktatur des Proletariats zu entledigen. Es gibt in unseren Ländern die bestimmte Klasse, die sich Proletariat nennen ließe, nicht

41 Peter Weiss: Notizbücher 1971–1980. S. 897.

42 Peter Weiss: Die Ästhetik des Widerstands. Berlin 1983. S. 12f.

mehr, hier bestehen nur die großen Blockbildungen von Menschen, die miteinander durch die gleiche Interessen, die gleichen Wünsche, den gleichen Überdruß verbunden sind (wie von Gramsci definiert), und wie sie deutlich in Erscheinung treten in der kommunistischen Bewegung Italiens, Spaniens, Frankreichs. Wenn diese Blöcke, längst nicht mehr auf dem Weg der Revolution, sondern der demokratischen Abstimmung – die Mehrheit gewinnen, wird der diskreditierte Begriff der Diktatur ersetzt worden sein durch einen Begriff, der vielleicht Entschlossenheit genannt werden könnte.«⁴³

An der Stelle des Abschieds von der Diktatur des Proletariats wird zugleich Luxemburg verlassen und Gramsci aufgenommen, der so zum Zeugen für neues Denken wird. Dagegen steht: »Die verhärteten, unbeweglichen und unbewegbaren Sachwalter einer Ideologie stehn immer auf der Seite des reaktionären, gleich, welchem Block sie sich zurechnen, ihre scheinbar konsequente, militante Haltung dient nichts anderem als der Konservierung eines überholten, abgestorbenen Ideenmaterials«. ⁴⁴ Dagegen sei Marxismus die Wissenschaft der Kritik. Als Marxist finde man sich ständig in einem dialektischen Prozess, könne nichts als fertig ansehen, müsse alles infrage stellen.⁴⁵ So wird Gramsci zugleich ein Verweis für jetzt nötiges neues Denken als auch eine der beiden Gestalten, die als Marxisten lebendig bleiben, auf die sich die Nächsten also berufen können. Pathetisch gesprochen sind sie das Wahre, was in allem Scheitern vom Marxismus blieb. Theorie, Praxis, Motiv, Revolution, Kunst schießen zusammen. Weiss kommt für den dritten Band der Ästhetik zum Resultat: »Es handelt sich also nicht länger um die Schilderung des Wegs zu einer Ästhetik des Widerstands, sondern diese Ästhetik liegt der gesamten Anschauung (Bericht, Schilderung) zugrunde. Der Blick wendet sich von dieser Ästhetik aus den Geschehnissen zu. Das Motiv des Widerstands ist in der Kunst, wie sie hier beschrieben wurde, von besonderer Wichtigkeit (steht an erster Stelle), da die Schwierigkeiten, die auf den Menschen lasten, ein sol-

43 Peter Weiss: Notizbücher 1971–1980. S. 749.

44 Ebenda. S. 631.

45 Ebenda. S. 630.

ches Gewicht angenommen haben, dass es ihnen untragbar scheint.«⁴⁶ Luxemburgs Reden und Artikel im Kontext des niedergeschlagenen Novemberaufstands (1918) sprechen im Wesentlichen vom Mut, von der Notwendigkeit des Kampfes, von der Empörung über den Gegner, von der Verzweiflung über blutige Niederlagen, schließlich von der Sicherheit, dass aus Niederlagen zu lernen ist. Das »Ich war! Ich bin, ich werde sein!«⁴⁷ am Ende ihres letzten Artikels, nachdem wieder *Ordnung in Berlin herrscht*, bezieht sich nicht, wie dies so oft interpretiert wird, auf Rosa Luxemburg selbst, sondern auf die Revolution. Weiss spricht diesen Satz so: »Immer wieder würde es sein, als sollten alle früheren Hoffnungen zunichte gemacht werden von den später verloren gegangenen Vorsätzen [...] Die Hoffnungen würden bleiben. Die Utopien würden notwendig sein. Auch später würden die Hoffnungen unzählige Male aufflammen, vom überlegenen Feind erstickt und wieder neu erweckt werden. Und der Bereich der Hoffnungen würde größer werden, als er es zu unserer Zeit war, er würde sich über alle Kontinente erstrecken. Der Drang zum Widerspruch, zur Gegenwehr würde nicht erlahmen.«⁴⁸

Wissenschaftlich geleitete Politik

Wie denkt Rosa Luxemburg eine wissenschaftlich geleitete Politik, die sich doch an die vielen richten muss und nicht an Wissenschaftler? Zur Rolle der Sozialdemokratie schreibt sie, deren Leitung hätte »die politische Losung [zu geben,] die Klarheit über die politischen Aufgaben und Interessen des Proletariats [..., damit] in jeder Phase und jedem Moment die ganze Summe der vorhandenen und bereits ausgelösten, betätigten Macht des Proletariats realisiert wird, [...] nie unter dem

46 Ebenda. S. 782.

47 Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke. Bd. 4. S. 536.

48 Peter Weiss: Die Ästhetik des Widerstands. Bd. 3. Frankfurt a. M. 1981. S. 265.

Niveau des tatsächlichen Kräfteverhältnisses, [...] das ist die wichtige Aufgabe der Leitung«.⁴⁹

Darunter versteht sie, es müssten jederzeit die Strategien der Oberen ebenso studiert und bekannt gemacht werden, wie die Bewegungen der unteren, ihre Widerstandsaktionen, Streiks, Demonstrationen usw. Die Rolle der Partei sei es in diesem Zusammenhang, die Stimmen der Gegenwehr zu Losungen zu verdichten – nicht zu sagen, wie es sein soll, sondern herauszuarbeiten, was die unteren wollen, dem Stimme und Begriff zu geben. Von Luxemburg lässt sich lernen, wie wesentlich für den politischen Kampf eine Perspektive ist, wie notwendig, die unterschiedlichen Formen zu verknüpfen (wie etwa den parlamentarischen, mit dem Kampf auf der Straße, mit dem gewerkschaftlichen und mit dem in den Medien), weil jede allein ins Reaktionäre kippt. Die eigene Geschichte muss aufgearbeitet werden, Fehlerkritik ist ein Lebenselement.

Für diese Art von Politik ist die »Vier-in-Einem-Perspektive« ausgearbeitet, die der LINKEN ein Ziel gibt und die Handlungsweise im Politischen heute leiten kann. Sie bezieht alle Menschen ein, da sie Selbstveränderung und Veränderung der Umstände, was Marx in den Feuerbachthesen verlangte, endlich ineins verfolgt. Hier geht es darum, die unterschiedenen Tätigkeitsbereiche menschlichen In-der-Weltseins nebeneinander auszurichten und entsprechend um die Verfügung über Zeit in jedem Bereich zu kämpfen: im Erwerbsarbeitsbereich, im Reproduktionsbereich der Fürsorge der Menschen füreinander, im kulturellen Bereich, in dem jeder Mensch sich selbst Zweck sein, sich entfalten kann und schließlich im politischen Bereich der Gestaltung von Gesellschaft⁵⁰. Luxemburg ruft nirgends zur Gewalt auf, aber sie weiß, dass sie unumgänglich ist, wenn die Oberen die angestrebten Veränderungen nicht hinnehmen. Diese Vier-in-Einem-Perspektive verbindet die Tugenden luxemburgischer Politik mit der Radikalität ihres Fern-

49 Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke. Bd. 4. S. 149f.

50 Vgl. hierzu Frigga Haug: Die Vier-in-Einem-Perspektive. Politik von Frauen für eine neue Linke. Hamburg 2008. (2. Aufl. 2009).

ziels. Aber anders als die luxemburgische Losung, es müsse »die politische Macht erobert werden«, fängt die Vier-in-einem-Perspektive ganz selbstverständlich friedlich an. Die einzelnen Schritte scheinen einfach und leicht zu machen. Jeder versteht sie, denn sie bewegen sich in den uns gewohnten alltäglichen Bahnen. Sie beziehen die langen Kämpfe der Arbeiterbewegung im Erwerbsarbeitsbereich um gute Arbeit ebenso ein, wie die auch schon Jahrzehnte alten Kämpfe der Frauen im Reproduktionssektor mit dem Ziel seiner Verallgemeinerung auf alle Gesellschaftsmitglieder – Männer wie Frauen – dass sie alle am Projekt einer humanisierten Miteinander teilhaben und dies lernen können. Sie nimmt aus der Geschichte der Menschheit den Traum der Entwicklung aller Fähigkeiten und Möglichkeiten seiner selbst und sie macht ernst mit sozialistischer Demokratie, in der alle Gesellschaft mitgestalten. Alle kennen die einzelnen Bestandteile dieser Perspektive und erinnern sie seit früher Kindheit, soweit sie sich die Zeit zur Erinnerung nehmen. Aber diese einfachen Schritte werden umstürzlerisch, sobald man die vier Bereiche verknüpft. Kein Bereich sollte ohne die andern zum politischen Ziel gemacht werden. Das bündelt die Kräfte und verwandelt sie in Kämpfe um die Verfügung über Zeit. Es scheint nicht unmöglich, Gesellschaft auf diese Weise zu verändern, aber es ist unmöglich, so weiter zu machen wie bisher. Wenn alle die Zeit für ein ganzes Leben in den vier Bereichen mit erstreiten, wird eine profitgetriebene Organisation von Gesellschaft nicht möglich sein. Zugleich verschwindet die Notwendigkeit einer eigenen Frauenpolitik zugunsten einer wahrhaft radikalen Politik für alle, in die jetzt erstmalig Frauen eingeschlossen sind.

Die Einfachheit der Einsicht des Nebeneinanders und der Zusammenfügung der verschiedenen Lebenstätigkeiten in jedes Leben und die Schwierigkeit, dies wirklich durchzusetzen, verbinden sich ein weiteres Mal mit der Frage an Rosa Luxemburg, wieso in ihren Schriften Gewalt und Gewaltlosigkeit so eng beieinanderliegen. Es ist die Notwendigkeit einer Veränderung, der ständigen Kritik, der Möglichkeit einer anderen Gesellschaft, die für diejenigen eine Bedrohung ist, die in der jetzigen Form der Gesellschaft sich bequem eingerichtet haben.

ELKE REUTER

Zum Umgang der SED mit dem Erbe Rosa Luxemburgs

Im Begleittext zur heutigen Luxemburg-Konferenz heißt es: »Mit der schrittweisen und widerspruchsvollen Überwindung des Stalinismus gewann die Linke Rosa Luxemburg nicht nur zurück, sondern fand in ihrem Erbe einen Teil ihrer Identität.«¹ Daraus ergibt sich, die Wiedergewinnung Rosa Luxemburgs durch die Linke ist untrennbarer Bestandteil unseres Bildes von ihr. Ich möchte Aspekte eines zentralen Punktes der Überwindung des überkommenen Luxemburgbildes benennen: Die Auseinandersetzung mit dem stalinistisch verformten Luxemburgbild der SED.²

- 1 Rosa Luxemburg ante portas. Vom Leben Rosa Luxemburgs nach dem Tod (Die Luxemburg-Rezeption nach 1945), XI. Rosa-Luxemburg-Konferenz am 4. und 5. März 2011 in Leipzig.
- 2 Zur Auseinandersetzung mit dem stalinistisch verformten Luxemburgbild der SED siehe u. a.: Rosa Luxemburg und die Freiheit der Andersdenkenden. Extraausgabe des unvollendeten Manuskripts »Zur russischen Revolution« und andere Quellen zur Polemik mit Lenin. Zusammengestellt und eingeleitet von Annelies Laschitza. Berlin 1990; Dies.: Zum Umgang mit Rosa Luxemburg in Vergangenheit und Gegenwart. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (im Folgenden: BzG). 33. Jg. (1991). Heft 4. S. 435-452; Gilbert Badia: Rosa-Luxemburg-Rezeption im 20. Jahrhundert. In: Narihiko Ito / Annelies Laschitza / Ottokar Luban (Hrsg.): Rosa Luxemburg im Internationalen Diskurs. Internationale Rosa-Luxemburg-Gesellschaft in Chicago, Tampere, Berlin und Zürich (1998-2000). Berlin 2002; Ottokar Luban: Rosa Luxemburg – demokratische Sozialistin oder Bolschewistin? In: Jahrbuch für Historische

Das Ringen um das Erbe Rosa Luxemburgs, die Rezeption ihrer Ideen, die Stellung zu ihnen, in ihrer Zustimmung oder Ablehnung, folgt – wie schon seit den frühen zwanziger Jahren³ – im Wesentlichen auch nach 1945 den Zäsuren der Entwicklung der KPD/SED.

Die Ausgangssituation für eine Luxemburgrezeption, für die das Leben und Werk Rosa Luxemburgs Ausdruck einer pluralen Marxismusrezeption darstellt, war 1945 alles andere als positiv. In der KPD-Führung und den Parteiaktivisten hatte sich bis zum Ende des Krieges ein maßgeblich von Stalin geprägtes Bild über Rosa Luxemburg und die Linken verfestigt, das zwar die revolutionäre Tat und den Märtyrertod würdigte, aber insbesondere die theoretischen Leistungen Rosa Luxemburgs difamierte und sie in Gegensatz zu Lenin sowie die Bolschewiki stellte. Im »Kurzen Abriss« der Geschichte der KPdSU waren seit 1938 diese Geschichtslegenden zementiert und zum Leitgeschichtsbild auch der KPD geworden. Sie bewirkten, dass die »theoretische Abwertung Luxemburgs Auffassungen zu einem System von Fehlern und Irrtümern mit antileninistischer Grundtendenz und sozialdemokratischen Relikten«⁴ – dem »Luxemburgismus« – erfolgte und die Auseinander-

Kommunismusforschung 8(2000/2001). S. 409-420; Klaus Tenfelde (Hrsg.): Rosa Luxemburg und die Arbeiterbewegung. Neuere Ansätze in Rezeption und Forschung. Essen 2003; Martin Sabrow (Hrsg.): Verwaltete Geschichte. Vergangenheitskultur und Herrschaftslegitimation in der DDR. Leipzig 1997; Hartmut Henicke: Annelies Laschitzka – ein aufregendes und ergebnisreiches Historikerleben. Zum 70. Geburtstag. In: Mensch sein heißt ... Rosa Luxemburg und ihre Freunde in Geschichte und Gegenwart. Internationales Kolloquium anlässlich des 70. Geburtstages von Prof. Dr. Annelies Laschitzka. Pankower Vorträge. Heft 69/1 und 69/2. Berlin 2004. S.7-22; Barbara Könczöl: Märtyrer des Sozialismus. Die SED und das Gedenken an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Frankfurt a. M. 2008. Siehe auch Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte Heft 1-7. Leipzig 2007ff.; Klaus Kinner / Helmut Seidel (Hrsg.): Rosa Luxemburg. Historische und aktuelle Dimensionen ihres theoretischen Werkes. Berlin 2002.

- 3 Siehe Klaus Kinner: Die Luxemburg-Rezeption in KPD und Komintern. In: Utopie kreativ. H. 129/130 (Juli/August 2001). S. 595-603.
- 4 Annelies Laschitzka: Zum Umgang mit Rosa Luxemburg in Vergangenheit und Gegenwart. In: BzG. 33. Jg. (1991). Heft 4. S. 447.

setzung mit ihm zur Voraussetzung für eine marxistisch-leninistischen Partei stilisiert wurde.

Gleichwohl findet in den ersten Nachkriegsjahren der »Luxemburgismus-Vorwurf« keine Verwendung in der Geschichtspropaganda und Traditionspflege der KPD/SED. Zunächst ging es den Protagonisten darum, die proletarischen Traditionen wieder zu beleben und sie in den Prozess für eine Einheitspartei der Arbeiterklasse wirksam werden zu lassen. Dazu gehörte, sich der großen Persönlichkeiten von Rosa und Karl, die unter den deutschen Arbeitern einen Klang und Namen hatten, zu vergewissern und die KPD als Fortsetzerin deren Wirken darzustellen. Die KPD-Führung hatte allerdings mit der Tatsache zu rechnen, dass es in den zurückliegenden Jahren nicht nur unter deutschen Sozialisten, sondern in der internationalen Arbeiterbewegung im Zusammenhang mit der Analyse der Ursachen der Niederlage durch den Faschismus eine regelrechte Luxemburg-Renaissance zu registrieren war. Zu Zeiten des Vereinigungsprozesses hatte die KPD-Führung jedoch kein Interesse daran, wie Günter Benser feststellte, »Öl ins Feuer theoretischen Streits zu gießen«⁵.

In den Quellen finden sich vielfache Beispiele der Argumentationen, welche die Notwendigkeit einer sozialistischen Einheitspartei aus dem Charakter, der Rolle und den Aufgaben der Arbeiterklasse heraus begründen und das ungebrochene propagandistische Bekenntnis zu Luxemburg als Revolutionärin und Mitbegründerin der KPD demonstrieren. In dieses Gedenkbild passte auch die bereits 1946 im Dietz Verlag Berlin erschienene Ausgabe Rosa Luxemburg: Briefe aus dem Gefängnis. In einer von Fred Oelßner, Leiter der Abteilung Parteischulung, Kultur und Erziehung der KPD/SED und ab 1947 Mitglied des Parteivorstandes der SED, ausgearbeiteten Rededisposition für die LLL-(Lenin-Liebknecht-Luxemburg-)Feiern ist hervorgehoben: »Karl Liebkecht und Rosa Luxemburg kämpften gegen das verderbliche

5 Günter Benser: Überzeugungen und Traditionen im Vereinigungsprozess von KPD und SPD 1945/46. In: Die Chancen der Volksfront. Historische Alternativen zur Stalinisierung des Kommunismus. Hrsg. von Klaus Kinner. Leipzig 2006. S. 153.

Bündnis einiger republikanischer Führer mit den reaktionären Militärs und forderten die Zerschlagung des Militarismus und der reaktionären Staatsbürokratie. Sie traten entschieden für eine wahre Demokratie ein; forderten die Bestrafung der Kriegsverbrecher und der monopolistischen Kriegsverdiener.«⁶

Die Berufung auf die Tradition des Kampfes gegen die reaktionären und imperialistischen Mächte, zu der schon die KPD-Gründer gehört hatten, korrespondierte mit dem strategischen Konzept der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung, in der der Hitlerfaschismus mit seinen imperialistischen Wurzeln ausgerottet und die Demokratisierung der Gesellschaft vorangetrieben werden sollte.

In Reden gegenüber den eigenen Mitgliedern »vergaß« die KPD-Führung aber keineswegs die Fehler der Linken, insbesondere die von Rosa Luxemburg, deutlich zu machen. In der Rede Fred Oelßners auf der Gedenkfeier der KPD zum 75. Geburtstag Rosa Luxemburgs am 5. März 1946 hatte er unter VII. einen Extrapunkt »Rosas Fehler« vorgesehen. Seine Redenotizen halten getreu der stalinschen Linie fest: »falsche Theorie des Imperialismus, automatischer Zusammenbruch des Kapitalismus, Spontaneität – Rolle der Partei, Unterschätzung der Bundesgenossen Bauern, koloniale Frage, falsche Einschätzung der russischen Revolution, Lenins Urteil, Bd. 10, S.307 – Adler«. Und unter Punkt XI: »Wir wollen lernen aus ihren Fehlern, kennen Imperialismus, Rolle der Partei, Rolle der Verbündeten, uns (ist) Demokratie kein Götze, sondern Mittel, den Militarismus und Imperialismus auszurotten, die Feinde der Demokratie und des Volkes zu unterdrücken, wahren Sozialismus zu schaffen, für den Rosa Luxemburg lebte und kämpfte und starb!«⁷ Lenin wurde dagegen als *der* marxistische Theoretiker der Epoche des Imperialismus herausgestellt. Als Leitsatz galt apodiktisch formuliert: »Der Leninismus ist daher der Marxismus in der Epoche

6 Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (im Folgenden: SAPMO-BArch). NY 4215/10. Bestand Oelßner. Bl. 82ff.

7 Ebenda. Bl. 149f.

des Imperialismus. Das heißt, man kann heute kein wahrer Marxist sein, wenn man nicht Leninist ist.«⁸

Dieser Anspruch reduzierte, verformte und verfälschte die ursprünglichen Quellen des Vordenkens sozialer Befreiung und grenzte alle anderen Marxrezeptionen aus. Das Leninsche Gedankengut blieb alleiniger Maßstab an dem gemessen und verworfen wurde. Nur Stalin galt als Fortsetzer des Werkes von Lenin, der die Theorie des Marxismus-Leninismus weiterentwickelt habe. Der darin liegende Hegemonieanspruch im Geistigen bestimmte die offizielle Geschichtspraganda und die beginnende Parteigeschichtsforschung.

Mit zunehmender Präsenz des Kalten Krieges und der Ausbildung der Lagerkonfrontation wurde auch die SED nach dem Muster der Partei neuen Typs gewandelt und die antifaschistisch-demokratische Unwälzung der Diktatur des Proletariats angepasst. Die SED-Führung verschärfte den ideologischen Kampf gegen die Feinde des Marxismus-Leninismus und ihrer vermeintlichen Helfer in den eigenen Reihen.⁹ Die Parteiüberprüfungen, Ausschlüsse und Verfolgungen richteten sich vorrangig gegen ehemalige Sozialdemokraten aber auch gegen ehemalige Mitglieder der KPD und anderer kommunistischer Strömungen, die während der Weimarer Republik und der Nazizeit nicht auf Kurs der jeweiligen Parteiführung standen. Die Durchsetzung der Partei neuen Typus wurde von der Intensität der Bekämpfung des Sozialdemokratismus und des Luxemburgismus abhängig gemacht. Erneut erhob die Parteiführung den Vorwurf Luxemburgistischer Verfehlungen.¹⁰

8 Ebenda. Bl. 82ff.

9 Parteivorstandssitzung am 29./30.6.1958, 1. Parteikonferenz der SED, 25-28. Januar 1949. Siehe Andreas Malycha: Die Geschichte der SED. In: Andreas Herbst / Gerd-Rüdiger Stephan / Jürgen Winkler (Hrsg.): Die SED. Geschichte, Organisation, Politik. Ein Handbuch. Berlin 1997. S. 1-55.

10 Walter Bartel: Zur historischen Stellung der deutschen Linken. In: Einheit (1) 1949, S. 25. Zit. nach Barbara Könczöl: Märtyrer des Sozialismus. Die SED und das Gedenken an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Frankfurt a. M. 2008. S. 131.

Der Begriff des Luxemburgismus hielt wieder Einzug in die Publikationen. Die Stellung zum »Luxemburgismus« wurde zu einem Hauptkriterium für die Stellung zum Leninismus.«¹¹

Die innerparteilichen Auseinandersetzungen korrespondierten mit Edition und Rezeption von Luxemburgs Erbe. In diesem Klima fanden die Feierlichkeiten zum 80. Geburtstag Rosa Luxemburgs statt. Im ZK der SED wurde beschlossen, anlässlich dieses Jahrestages »Gesammelte Reden und Schriften« Rosa Luxemburgs und eine Biographie herauszugeben.

Das Marx-Engels-Lenin-Institut erhielt den Auftrag zu dieser Edition. Die politische Verantwortung und die Autorenschaft für die Biografie gingen an Fred Oelßner. Oelßner war von seinem politischen Werdegang her prädestiniert, diese Aufgabe zu übernehmen. Seine langjährigen Erfahrungen als Redakteur an verschiedenen KPD-Zeitungen und später des Moskauer Rundfunks sowie seine Ausbildung in Moskau an der Leninschule, der Roten Professur und seine Tätigkeit als Lehrer der Politischen Ökonomie boten ausreichendes Rüstzeug, um diese Arbeit sowohl mit entsprechender Fachkenntnis als auch mit Linientreue zu Stalinschen Doktrin zu leisten. Am Marx-Engels-Lenin-Institut war es der Marxforscher Bernhard Dohm, der die Arbeit an der Edition übernahm. Offensichtlich drängte sich kein anderer zu dieser Arbeit.

Die beiden Bände enthielten wichtige Arbeiten Luxemburgs aus allen Perioden ihres Schaffens, insgesamt 96 Arbeiten.¹² So die Schriften Massenstreik, Partei und Gewerkschaften, Die Krise der Sozialdemokratie (Junius-Broschüre), auch die Einführung in die Nationalökonomie, ihre Reden auf den Parteitag der SPD bis hin zu Artikeln während der Novemberrevolution und ihre Rede auf dem Gründungsparteitag der KPD. Angesichts der Tatsache, dass nach den Verfolgungen der Hitlerdiktatur nur wenige Arbeiten Luxemburgs in den Beständen privater Bibliotheken noch existierten, ermöglichten die Bände einem breiten

11 Annelies Laschitzka: Zum Umgang mit Rosa Luxemburg in Vergangenheit und Gegenwart. In: BzG 4/1991. S. 446f.

12 Rosa Luxemburg: Gesammelte Reden und Schriften. 2 Bde. Berlin 1951.

Leserkreis den Zugang zu Schriften Rosa Luxemburg und legten eine Grundlage für die weitere Edition.

Beide Bände waren allerdings so gestaltet, dass ein regelrechter »cordon sanitaire« um die Schriften Luxemburg gelegt war. Auf über 130 Seiten kamen erst einmal Lenin und Stalin mit ihren bekannten Zitaten über Rosa Luxemburg zu Wort, sowie Lenins Arbeiten »Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück«, »Über das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung«, »Über die Junius-Broschüre« und Stalins Artikel »Über einige Fragen der Geschichte der Bolschewiki«. Dem Leser wurde somit deutlich gemacht, dass er Rosa Luxemburg nur lesen konnte, wenn er – wie es hieß – das System ihrer Fehler und Irrtümer mit antileninistischer Grundtendenz und sozialdemokratischen Relikten –sprich ihre »halbmenschestischen Ansichten« – stets vor Augen hatte und statt dessen die höheren theoretischen Leistungen von Lenin und Stalin verinnerlichte. Arbeiten, in denen Luxemburg sich mit der russischen Partei auseinandersetzte und die Gegenstand z.B. der aufgenommenen Leninarbeiten waren, fanden natürlich keinen Eingang in die beiden Bände.

Bereits im Vorwort von Wilhelm Pieck, dessen Vorlage von Fred Oelßner stammte, war dieses Auseinanderklaffen in der Würdigung Rosa Luxemburgs präsent: Das aufgetragen wirkende Bekenntnis zu Luxemburg als Revolutionärin und Gründerin der KPD und andererseits die Verurteilung ihrer »großen Irrtümer und Fehler, die die deutsche Arbeiterklasse auf falsche Bahnen lenkten«.¹³

Noch stärker nahm Oelßner die Zweiteilung der Person Luxemburgs in seiner biografischen Skizze vor. Die Biographie war als Kampfschrift gegen den »Luxemburgismus« angelegt, da »die Feinde der Arbeiterklasse, die Trotzlisten, Brandleristen, die SAP-Leute und nicht zuletzt die sozialdemokratischen Ideologen versuchten und versuchen, die falschen Auffassungen Rosa Luxemburgs für ihr niederträchtiges Handwerk auszunutzen.«

13 Fred Oelßner: Rosa Luxemburg. Eine kritische biographische Skizze. Berlin 1951. S. 7.

Im ersten Teil der Biografie- dem »Kämpferischen Leben« – werden immer wieder die Fehler und Irrtümer Luxemburgs behauptet, um dann im zweiten Teil mit der Überschrift »Ein fehlerhaftes System« die Abrechnung mit Luxemburg vorzunehmen. Luxemburg wurde als marxistische Theoretikerin demontiert, in dem ihr ein falsches ökonomisches Verständnis des Kapitalismus und des Imperialismus unterstellt wurde, aus dem sich dann in beinahe allen Fragen des revolutionären Klassenkampfes ihre Irrtümer ergeben hätten.¹⁴ »Das kurze Vorwort begründet(e) diese Teilung in einer Art und Weise, die keine Zweifel entstehen lässt: das heldenhafte Wesen der Luxemburg gehört der Revolution, ihre Werke, theoretischen Gedanken, das ganze System ihrer Behauptungen jedoch eher dem Gegenteil.«¹⁵

Über die Wirkung dieser Darstellung Luxemburgs in der Biografie von Oelßner auf die Leser gab es schon im Vorfeld Zweifel. Es wurde am Manuskript diskutiert, ob die Verteilung von »Licht und Schatten« nicht eine zu negative Beleuchtung ergebe.¹⁶ Und Walter Bartel stellte fest, dass »die Analyse zu sehr negierend (sei) ... Der Leser (wisse) zum Schluss nicht, warum sie doch ein Adler ist.«¹⁷ Für Personen, wie Her-

14 Eigentlich hatte Oelßner noch am Beginn des Textes über Rosa Luxemburg geschrieben »Eine scharfsinnige Theoretikerin und Schriftstellerin des Marxismus, eine sensible Künstlerin mit starker Gestaltungskraft, eine schlagfertige Polemikerin, eine tieffassende Feindin des Opportunismus, eine allzeit hilfsbereite Freundin der Ausgebeuteten und Unterdrückten, eine nimmermüde Agitatorin – das war Rosa Luxemburg«. Und dann behauptete er: »groß waren auch ihre Fehler und Irrtümer, die die deutsche Arbeiterklasse auf falsche Bahnen lenkten. Wir dürfen vor allem nicht die Augen verschließen, daß es sich nicht um einzelne Fehler handelt, sondern um ein ganzes System falscher Auffassungen (den Luxemburgismus)«. In: SAPMO-BArch. NY4215/38. Nachlaß Oelßner. Bl. 176.

15 Artikel von Julian Hochfeld »Aus vergessenen Polemiken«. In: Po Prosty Nr.7/1957, v. 17.2.1957. In: SAPMO-BArch. NY 4215/67. Nachlaß Oelßner. Bl. 132ff.

16 Ebenda. Bl. 211f.

17 Walter Bartel an Fred Oelßner, 21.3.1951 In: Ebenda. Bl. 205.

mann Duncker, die Rosa Luxemburg noch persönlich gekannt hatten, war dieses Buch unfassbar und Quelle höchster Empörung.¹⁸

Die Biographie fand ziemlich schnell Verbreitung. 1952 erschien eine 2. Auflage in 50.000 Exemplaren, die schnell vergriffen war, weil die Kasernierte Volkspolizei für ihr Parteilehrjahr 18.000 Exemplare orderte. Der Dietz Verlag plante einen Nachdruck von weiteren 10.000 Exemplaren. Die Biografie erschien ebenso 1954 in Ungarn und 1955 in japanischer Sprache. Noch 1955 fragte Dietz bei Oelßner an, ob er gegen einen unveränderten Nachdruck Einwände hätte. Es ist davon auszugehen, dass die Biographie und die beiden Bände »Rosa Luxemburg: Ausgewählte Reden und Schriften« maßgeblich dazu beigetragen haben, dass unter weiten Teilen der SED-Mitgliedschaft ein Bild von Rosa Luxemburg existierte, sie zwar als Adler der Revolution zu sehen, ihre theoretischen Arbeiten aber nur mit großer Vorsicht zu lesen seien, da der « Luxemburgismus eine Abart des Sozialdemokratismus ist».¹⁹

Bewegung kam in dieses Luxemburg-Bild erst mit den erdbebenartigen Auswirkungen des XX. Parteitages der KPdSU. Wie Helmut Bock rückblickend schreibt, ergriff die »junge Generation der sozialistischen Umwälzung die Aufbruchstimmung der »Tauwetter«-Periode, die eine freiere Bewegung des Denkens, der Künste, der Wissenschaft ermutigte».²⁰ In dieser kurzen Zeitspanne diskutierten auch Historiker

18 Brief Mentosa Moser an Fred Oelßner, 29.8.1955. »Schliesslich erhöhte meine Verwirrung, der freundschaftliche Verkehr mit unserem verehrten Hermann Duncker, der sich nur restlos anerkennend über die große Kämpferin äusserste. Wohlbekannt ist Dir die Erregung in die dein erwähntes Werk ihn versetzte und ihn, wie er mir vor längerer Zeit mitteilte, veranlasste, Dich um eine persönliche Aussprache zu bitten. Wie diese ausfiel ist mir nicht bekannt, kann mir aber nicht vorstellen, dass Du viel erreicht hast, unser lieber Freund ist zu gehemmt durch seine uneingeschränkte Liebe und Verehrung.« In: Ebenda. Bl. 288

19 »Rosa ein Opfer der Versumpfung deutschen Sozialdemokratie – und dennoch – ein Adler!« In: Über den Luxemburgismus. Halle, 17.3.1951, handschriftliche Stichpunkte von Oelßner. In: Ebenda. Bl. 371.

20 Helmut Bock: Partei-Staat-bürokratische Kaste. Hrsg. vom Brandenburger Verein für politische Bildung »Rosa Luxemburg« e.V. Potsdam, Oktober 1992. S. 8.

der drei Parteiinstitute über die Auswirkungen des XX. Parteitages auf die Geschichtswissenschaft.²¹ In einer erweiterten Lehrstuhlsitzung am Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED am 28. Juni 1956 sprach sich Albert Schreiner für Änderungen in der Behandlung der Geschichte der deutschen, der russischen und internationalen Arbeiterbewegung aus. Eine Schlussfolgerung lautete, sich viel stärker der Geschichte der eigenen Partei, der eigenen Arbeiterbewegung zuzuwenden und die bisherigen Darstellungen kritisch zu überprüfen. Gefordert wurde das selbständige kritische Denken und nicht das Abhandeln von Zitaten führender Genossen und die kritiklose Übernahme sowjetischer Darstellungen. Zur Sprache brachte Schreiner den Umgang mit der Geschichtsdarstellung des Marxismus in Deutschland nach dem Tode von Engels. Er fragte, »was mit diesem ungeheuren großen Erbe geworden ist«? Er kam zu der Feststellung: »Wir pflegen das nicht! In einem völlig ungenügenden und verzerrten Maß. Wir haben z. B. solche Figuren, große geschichtliche Figuren wie Rosa Luxemburg und Franz Mehring, um nur zwei zu nennen ... Ist es nicht so, daß in unseren Darstellungen für jedes positive Wort fünf Seiten negative Behauptungen stehen? ... Wo haben wir wieder solche Menschen, die den Marxismus-Leninismus entsprechend den Bedürfnissen des Klassenkampfes in Deutschland so allseitig gepflegt und weiterentwickelt haben wie gerade diese beiden? Wir haben es nicht. (Zuruf: Haben wir wieder.) Na, ich werde es in der Diskussion hören ... Dann werde ich mich belehren lassen.«²²

Fritz Knittel vom Institut Marxismus-Leninismus ging auf die Rede Schreiners ein und erklärte sibyllinisch, dass das, »was 1951 herausgekommen sei, seinerzeit unter ganz bestimmten Bedingungen und ganz bestimmten Aspekten« entstanden sei. Auf Zuruf blieb er weiter vage:

21 Vgl. Stenogramm der Diskussion der erweiterten Lehrstuhlsitzung über Aufgaben der Geschichtswissenschaft im Lichte der Beschlüsse des XX. Parteitages der KPdSU und der 3. Parteikonferenz der SED im Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED am 28. Juni 1956. In: SAPMO-BArch. DY 30/IV A2/ 9.07/37. Bestand SED, Zentralkomitee, Institut für Gesellschaftswissenschaften. Bl. 81ff.

22 Ebenda. Bl. 95.

»Ich kann nicht sagen, unter welchen ... Die Zusammenstellung ist so gemacht, dass eben, wie man jetzt in der Diskussion sagte, auf eine positive Seite von Rosa sozusagen drei oder vier negative Seiten gebracht werden.[Das Protokoll vermerkt: Bewegung]. Wenn Genossen diese Zusammenstellung ansehen, so ist ein Drittel des ersten Bandes von Rosa Luxemburg sozusagen, es folgen drei Artikel von Stalin, zwei Artikel von Lenin, (sig!) und der erste Teil des Bandes ist fertig, und dann fehlt wie gesagt, eine Reihe wichtiger Arbeiten, gerade Sozialreform und (sig!) Revolution. Es ist an der Zeit, daß wir dazu übergehen, eine neue Ausgabe von Rosa zu machen, eine etwas andere Ausgabe, mit praktischen Schlußfolgerungen, die wir als Institut von uns aus bereits gezogen haben.«²³

Die Auswirkungen der Tauwetter-Periode blieben begrenzt, eine marxistische Gesellschaftsanalyse erfolgte unter der »Theorie des Personenkults« Chrustschows nicht. Die Fragen, »an welchen Grundmängeln das von der Sowjetunion ausgehende Sozialismus-Modell krankte, das den Stalinismus mit seinen ungeheuerlichen und unentschuldbaren Staatsverbrechen möglich machte«²⁴ wurden schnell als »feindliche« nieder gekämpft, eine »Fehler-Diskussion« verboten und als Kapitulantentum diskreditiert. Fred Oelßner Aufsatz »Gegen alte und neue Versuche, Rosa Luxemburg für den Revisionismus auszunutzen« 1957 in der Zeitschrift »Einheit« rückte das überkommene Luxemburg-Bild wieder ins Parteirampenlicht.²⁵

Die Tatsache, dass sich Kritiker des Partei- und Staatsmodells sowjetischer Prägung auf Rosa Luxemburgs Demokratieauffassungen und

23 Ebenda. Bl. 121. Siehe auch. Stenografische Niederschrift der Sitzung des Lehrstuhls Geschichte an der Parteihochschule »Karl Marx« am 22.10.1956. In: SAPMO-BArch. DY 30/IV 2/9.09/299. Bl. 182f. Heinz Wohlgenut weist in seinem Beitrag daraufhin, im Lehrfach Geschichte nicht mehr nach der Biografie Fred Oelßner Rosa Luxemburg darstellen zu können, spricht sich gegen die Verwendung des Begriffs Luxemburgismus aus und für eine Hinterfragung der Thesen, Luxemburg habe die Rolle der Partei, die Bauernfrage und die nationale Frage unterschätzt.

24 Helmut Bock: Partei-Staat-bürokratische Kaste. S. 9.

25 Einheit. 7/1957. S. 785-801.

Sozialismus-Begriff beriefen und gedachte Alternativen daraus entwickelten, führte in der SED-Spitze dazu, die Luxemburg-Edition weiter auf Eis zu legen.

Der Perspektivplan des Sektors Reden und Schriften des Instituts für Marxismus-Leninismus für die Jahre 1957 bis 1961 hatte vorgesehen, nach der Herausgabe der Reden und Schriften Karl Liebknechts an die Werke Rosa Luxemburgs zu gehen. Das Projekt Ausgewählte Werke Rosa Luxemburgs sollte sechs Bände umfassen. Eine Notiz vom 28.10.1958, angefertigt für Ludwig Einicke, dem Direktor des IML, zum Stand, gibt Auskunft darüber, dass nur eine Mitarbeiterin seit dem 1. September 1958 an der Vorbereitung arbeitete. Im Februar 1959 begann jedoch eine Luxemburg-Brigade mit ihrer Arbeit, die zunächst unter der Leitung von Katja Haferkorn, ab Juni unter der von Annelies Laschitzka stand. Ihr gehörte weiterhin Luise Dornemann und Milli Bölke an.

Bis Ende Mai 1959 hatte die Brigade eine Vorlage für das Sekretariat bzw. das Politbüro über »Richtlinien für die Herausgabe der ausgewählten Werke von Rosa Luxemburg durch das IML« erarbeitet und Ludwig Einicke und Fritz Knittel vorgelegt. Deren handschriftliche Randbemerkungen sind erhalten. Darin ist festgelegt:

»Die Herausgabe der ausgewählten Werke Rosa Luxemburg erfolgt in Verständigung mit dem Bruderinstitut in Warschau, das sich zur Zeit ebenfalls mit der Zusammenstellung einer Biographie und der Herausgabe von Ausgewählten Reden und Schriften von Rosa Luxemburg beschäftigt.

Die Ausgabe soll den Titel »Ausgewählte Werke« tragen, 6 bis 8 Bände im Umfang von je 500 Seiten umfassen und chronologisch angeordnet werden [Einicke: ja]

Die Auswahl wird aus den in Deutschland erschienen Arbeiten und den bei uns vorhandenen Originalen getroffen

a) Aufgenommen werden in Prinzip die in Rosa Luxemburg »Ausgewählten Reden und Schriften« Dietz Verlag 1951 (2. Auflage 1955) und den anderen Ausgaben (Broschüren sowie Sammelwerke wie

Spartakusbriefe Dietz Verlag 1958) vom Institut bereits herausgegebenen Reden und Schriften Rosa Luxemburgs

- b) Bei der Auswahl weiteren Materials wird besonderer Wert auf Reden und Schriften gelegt, die von den Kämpfen der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung berichten, gegen den Revisionismus und Militarismus gerichtet sind, z.B. ›Sozialreform oder Revolution?‹ und Einblick in Rosa Luxemburgs politischen Tageskampf gewähren, so z.B. auch Zeitungsberichte über ihre Reden. [Einicke: Ja]
 - c) Ferner soll durch die Auswahl der politische Entwicklungsgang Rosa Luxemburgs ersichtlich werden, z.B. durch die Aufnahme von Klausurarbeiten und von 1-2 Artikeln über die polnische Arbeiterbewegung [letzteres durch Knittel gestrichen]. Alle übrigen in großer Anzahl in Deutschland erschienen Artikel über Polen werden nicht aufgenommen, weil sie in besonders breiter und konzentrierter Form Rosa Luxemburgs falsche Konzeption in der nationalen Frage enthalten.
 - d) Aufgenommen werden in chronologischer Folge auch einige für die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bedeutungsvolle politische Briefe [Einicke: ja]
 - e) Außerdem werden Artikel aus der ›Sprawa Rabotnicza‹, die Probleme der internationalen Arbeiterbewegung behandeln und in deutscher Sprache bereits erschienen sind, aufgenommen [Knittel: gestrichen]
 - f) Nicht aufgenommen werden Arbeiten, die in besonders starkem Maße Rosa Luxemburgs Fehler enthalten und für unseren gegenwärtigen politischen Kampf von ungünstigem Einfluß sind, z.B. Die russische Revolution, eine kritische Würdigung, herausgegeben von Paul Levi 1922. [Einicke: einverstanden]
4. Als letzter Band der Ausgabe erscheint Rosa Luxemburgs Werk ›Die Akkumulation des Kapitals‹. Dazu wird dem IML ein Genosse Wirtschaftswissenschaftler als Konsultant zur Verfügung gestellt, von dem die endgültige Entscheidung für die Herausgabe dieses Werkes mit abhängig gemacht wird [Einicke: wer? Vorschlag]

5. Rosa Luxemburgs Briefe werden gesammelt für einen gesondert erscheinenden Band ausgewählter Briefe. [Einicke: Ja]
6. Im I. Band erscheint für die Gesamtausgabe ein Vorwort eines noch zu bestimmenden Vertreters des PB des ZK der SED. [Einicke: Ja, wer macht Entwurf]
7. außerdem erscheint im I. Band eine für alle Bände gültige redaktionelle Vorbemerkung. Für jeden Band wird von Institut ein Vorwort mit der Einschätzung der im betreffenden Band enthaltenen Reden und Schriften ausgearbeitet. Die Bände werden mit Bildern und Faksimiles gestaltet.
8. Jeder Band erhält Anmerkungen, Fußnoten, biographische Daten und ein Inhaltsverzeichnis. Am Ende der Ausgabe erscheint ein Band mit Sach- und Personenregister, evt. einen Gesamtinhaltsverzeichnis und einer Sammlung der biographischen Daten. [Einicke: Ja]
9. Die Manuskripte werden einer Kommission des IML vorgelegt, bestehend aus Genossen Eildermann, Genossin Haferkorn und einem dritten, noch zu bestimmenden Genossen. [Einicke: Schreiber, Knittel: Leibbrand]
10. Die Fahnen werden einem noch zu bestimmenden Mitglied des PB zur Durchsicht vorgelegt.«²⁶

Es erstaunt, welche hochfliegenden Pläne von der Luxemburg-Brigade entworfen und begonnen wurden zu realisieren. Denn in einen Brief Walter Ulbrichts an den Direktor des IML Ludwig Einicke, vom 13. November 1958 hatte dieser unmissverständlich gefordert: »Was die Reden und Aufsätze von Rosa Luxemburg betrifft, so werden wir nur die wichtigsten Artikel und Reden veröffentlichen, die in Deutschland veröffentlicht wurden. Angesichts der falschen Auffassungen in verschiedenen Werken Rosa Luxemburgs halte ich eine Gesamtausgabe nicht für möglich.«²⁷

Wie nach dieser Weisung von einem Projekt mit 6-8 Bänden im Umfang von jeweils 500 Seiten ausgegangen wurde, bleibt mir ein Rätsel.

26 SAPMO-BArch. DY 30/IV2/9.7/203. SED, ZK, IML. Bl. 8-10.

27 Ebenda. Bl. 11.

Offensichtlich hatte die Leiterin der Luxemburgbrigade den genauen Inhalt des Ulbrichtbriefes zu diesem Zeitpunkt nicht gekannt. Erst am 13. Januar 1960 fertigte sie eine Abschrift des entsprechenden Abschnitts aus dem Brief an.²⁸

Am 15. Juni 1959 fand eine Beratung Kurt Hagers mit Fritz Knittel und Bernhard Dohm über die Vorlage zur Rosa Luxemburg Ausgabe statt. Der Aktenvermerk über diese Beratung gibt Aufschluss über die Denkweise der SED-Führung: »Genosse Hager ist der Meinung, daß diese [Vorlage] so an das Sekretariat oder an das Politbüro nicht weitergeleitet werden kann. Unser Vorschlag auf 6 Bände erscheine problematisch, d.h. zu viel. Es dürfen sich keine falschen Proportionen zu Karl Liebknecht ergeben. ... Bei den jetzt vorgeschlagenen 6 Bänden entsteht der Eindruck, daß es sich um eine fast vollständige Ausgabe der Reden und Aufsätze Rosa Luxemburgs handle. Man müsse überlegen, ob nicht 2-3 Bände genügen. Es käme jedoch vor allem darauf an, die Liebknecht-Ausgabe zu beschleunigen.«²⁹

Walter Ulbricht stellte eindeutig Liebknecht vor Luxemburg und wollte dieses auch so in allem behandelt wissen. Für den Liebknecht-film forderte er: »Andere revolutionäre Persönlichkeiten sollen nur sozusagen auf historischen Hintergrund gezeigt werden, ohne selbst zu tragenden Figuren des Films zu werden. Eine solche Konzeption sei notwendig, damit klar wird, daß Karl Liebknecht der konsequenteste Revolutionär und Antimilitarist unter den deutschen Linken war.«³⁰ Es hatte Methode und war von Ulbricht gefordert, dass bei namentlicher Aufzählung Liebknecht immer als erster zu nennen sei.³¹

Am 1. Februar 1960 stand eine neue Vorlage für drei Bände »Ausgewählte Reden und Schriften« Rosa Luxemburgs auf einer Sektorberatung im IML zur Diskussion. Lotte Ulbricht, seit 1959 wissenschaftliche Mitarbeiterin am IML und Leiterin der neu gegründeten Arbeitsgruppe

28 Ebenda.

29 Angefertigt v. A. Laschitzka, 13.1.60. In: SAPMO-BArch. DY 30/IV 2/9.07/203. SED, ZK, IML. Bl. 246.

30 Ebenda. Bl. 152.

31 Vgl. SAPMO-BArch. NY 4215/67. Bestand Oelßner. Bl. 194. Bemerkungen Ulbrichts zum Artikel Oelßners in der Zeitschrift »Einheit« 1957.

»Walter Ulbricht« zur Herausgabe dessen Reden und Schriften, nahm daran teil. Sie wunderte sich über die Ängstlichkeit, den Brief Luxemburgs an Jaurés aufzunehmen, weil dieser vor 1914 ein Rechter war. Und sie hinterfragte, ob es richtig sei, kein Beispiel von falschen Einschätzungen der Perspektive der russischen Revolution zu bringen und nur mit Zitaten im Vorwort zu arbeiten. Die Antwort Eildermanns darauf war unmissverständlich: »Von Genossen Ulbricht wurde gesagt, man kann nicht alles bringen, nur eine Auswahl, und die soll so sein, dass sie nicht allzu schief steht.«³²

Am 13. Februar 1960 übergab Ludwig Einicke eine neue Beschlussvorlage über Ausgewählte Reden und Schriften Rosa Luxemburgs in drei Bänden an Kurt Hager. Im Begleitschreiben ist die Konzeption umrissen: »Die Herausgabe erfolgt auf der Grundlage des im Anhang befindlichen Titelverzeichnisses ... Nicht aufgenommen werden in die ›Ausgewählte Reden und Schriften‹ die Arbeiten, die in besonders konzentrierte Form fehlerhafte Einschätzungen Rosa Luxemburgs enthalten, z.B. ›Die Akkumulation des Kapital‹, ›Einführung in die Nationalökonomie‹, die Gefängnisaufzeichnungen über die Oktoberrevolution, sowie alle Artikel über die polnische Arbeiterbewegung ... Die Herausgabe ... erscheint mit einem Vorwort für alle drei Bände, das von einem Mitglied des Politbüros geschrieben wird, sowie mit Vorbemerkungen zu den jeweiligen Bänden, die von IML ausgearbeitet werden. Jeder Band ist in der Druckfahne von einem Mitglied des Politbüros zu bestätigen.«³³ Gut einen Monat später, am 19.3.1960, beriet die Ideologische Kommission beim Politbüro und fällte ihren Beschluss: »Die Mitglieder der Kommission sind der Meinung, dass es gegenwärtig nicht zweckmäßig ist ... die Ausgewählten Reden und Schriften Rosa Luxemburgs, in 3 Bänden, herauszugeben. Genosse Hager vertritt den Standpunkt, daß zunächst die Veröffentlichung der Reden und Schriften Rosa Luxemburg: ›Im Kampf gegen den deutschen Militarismus. (Prozessberichte und Materialien aus den Jahren 1913-1915)‹, genügen.

32 SAPMO-BArch. DY 30/IV 2/9.07/203. SED, ZK, IML. Bl. 241.

33 SAPMO-BArch. DY 30/IV A2/9.07/123. Bestand SED, Zentralkomitee, Institut für Marxismus-Leninismus (August 1955–Oktober 1960). Bl. 208.

Er wurde dabei von den anderen Mitgliedern der Kommission unterstützt. ... Genosse Hager empfahl, die eventuell frei werdenden Kräfte der Geschichtsabteilung zur Beschleunigung der Herausgabe der Reden und Schriften Karl Liebknechts einzusetzen.«³⁴

Wieder war der Versuch gescheitert, in der Luxemburg-Edition wenigstens einen kleinen Schritt voran zu kommen. Noch immer existierte in der DDR nur die im Stil der beginnenden 50er Jahre besorgte und kommentierte zweibändige Ausgabe mit dem vernichtenden stalinischen Urteil über Luxemburgs theoretischen Erbe als »halbmenschenwistisch«.

Noch einmal unternahmen Mitarbeiter des IML den Versuch, wenigstens eine erneuerte und überarbeitete Auflage dieser zweibändigen Ausgabe durchzubringen. Luise Dornemann und Annelies Laschitza lieferten dazu die Konzeption. Sie schlugen vor, das Vorwort von Wilhelm Pieck zu überarbeiten und zu aktualisieren, wobei verstärkte Akzente auf die Würdigung des Kampfes gegen den Reformismus, auf ein breiteres Eingehen des Zusammengehens Rosas mit Lenin und den Bolschewiki auch vor den ersten Weltkrieg gesetzt werden sollten. Sowohl das Institutsvorwort als auch die Schriften Lenins und Stalins sollten wegfallen, – Zitate daraus in das Vorwort einfließen – und der gewonnene Platz für die Aufnahme weiterer Arbeiten Luxemburgs genutzt werden. Insgesamt schwankte die Liste der Neuaufnahmen zwischen 60 und 80 Titeln. Jedoch auch diese Minimalvariante für eine Luxemburg-Edition fiel durch. Es ging in diesen Jahren nichts mehr.³⁵

Es ist erstaunlich, das Annelies Laschitza die Hoffnung auf eine Luxemburg-Edition in der DDR offensichtlich nicht aufgab. In einer Aktennotiz über ein Gespräch mit Günter Radczun vom 2. Dezember

34 Ebenda. Bl. 13.

35 Obwohl Anfang April 1960 Hager dem Vorschlag einer Neuherausgabe der zwei Luxemburg-Bände zugestimmt haben soll und einer Kommission von hochrangigen Vertretern der Abteilung Agitation/Propaganda, dem Büro Hager und der Abteilung Wissenschaften des ZK der SED der konkrete Vorschlag zugesandt wurde, verlief alles im Sande und blieb beim Alten. Ebenda. Bl. 269 Stand der Arbeit an der Luxemburg-Ausgabe, 10.8.1960, Aktennotiz von i. A. Hädicke.

1961, der um Einsicht in die Luxemburgmaterialien für seine Dissertation »Philosophische Probleme des Kampfes Rosa Luxemburg gegen Bernstein« erbat, die er am Institut für Philosophie der Humboldt-Universität schrieb, vermerkte Laschitzka: Er kann »für uns eventuell eine Kaderreserve sein. Seine weiteren Fortschritte sollten wir verfolgen«. ³⁶

Es sollten noch einmal 10 Jahre ins Land gehen, bis der erste Band der Gesammelten Werke Rosa Luxemburgs 1970 erschien. Erst im Vorfeld des 100. Geburtstages von Rosa Luxemburg kam wieder Bewegung in die Editions-geschichte. Wichtige Forschungsergebnisse und Publikationen zur Luxemburgrezeption waren international und vor allem in der Bundesrepublik erschienen. ³⁷ Im Juni 1968 hatte das Sekretariat des ZD der SED beschlossen, welche Arbeiten zum 100. Geburtstag erscheinen sollten. ³⁸ Im Rückblick beschrieb Laschitzka die Situation der Luxemburg-Forscher am IML: »Als ich zusammen mit Günter Radczun und einem kleinen Kreis von Mitarbeitern in den sechziger Jahren an die Vorbereitung des 100. Geburtstages Rosa Luxemburgs ging, tat ich das mit der festen Absicht, in der Behandlung Luxemburgs und der deutschen Sozialdemokratie die ideologischen Auswirkungen des Personenkults um Stalin im Sinne des XX. Parteitages der KPdSU überwinden helfen. Wir setzten uns zum Ziel, eine vollständige, unverstümmelte Werkausgabe herauszubringen, Fred Oelßners biografische Skizze durch ein neues Luxemburg-Bild zu verdrängen, uns an der internationalen Luxemburg-Diskussion zu beteiligen und eine umfassen-

36 Ebenda. Bl. 273.

37 Zu nennen ist besonders Rosa Luxemburg. Politische Schriften I, II und III. Hrg. und eingeleitet von Ossip K. Flechtheim. Frankfurt a. M. 1967; Paul Frölich: Rosa Luxemburg – Biografie mit einem Nachwort von Iring Fetscher. Frankfurt a. M. 1967; Peter Nettl: Rosa Luxemburg. Köln / Berlin 1965 sowie Arbeiten von Feliks Tych in Warschau.

38 Laschitzka schrieb ihrem Bericht zur Planerfüllung für 1970: »Besonders hervorhebenswert erscheint uns, daß wir alle uns durch den Sekretariatsbeschluss des ZK der SED vom Juni 1968 für die wissenschaftliche Vorbereitung der 100. Geburtstage von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg übertragenen Aufgaben erfüllt haben«. SAPMO-BArch. DY30/ vorl. SED 35267. Bestand IML.

de Briefausgabe in Angriff zu nehmen.«³⁹ Wie in der DDR üblich, gab es keine kritische Aufarbeitung des Bisherigen, da Fehlerdiskussionen unerwünscht waren. Nur die geschulten Leser vermerkten die veränderten Einschätzungen.

Bis Sommer 1970 hatten Laschitzka und Radczun das Manuskript »Rosa Luxemburgs Wirken in der deutschen Arbeiterbewegung« fertig gestellt, das 1971 erschien. Es löste endlich die biografische Skizze von Oelßner ab. Von einer wirklichen Luxemburg-Biographie hatten die Autoren nach dem Erscheinen von Peter Nettls Arbeit Abstand genommen. Neben Paul Frölichs Arbeit war sie die tiefendeste Biographie, in der aus bisher nicht zugänglichen Briefen ausgiebig zitiert wurde. Nettl hatte, wie Laschitzka meinte, ihnen den »Speck« genommen.⁴⁰

Neben dieser Monographie erschienen der erste Band von Rosa Luxemburg »Gesammelte Werke« in zwei Halbbänden 1970 sowie in schneller Folge 1972 und 1973 Band 2 und 3. Problematisch wurde es 1973 mit Band IV. Hier musste die Frage: Aufnahme oder Weglassen des Manuskripts zur russischen Revolution, entschieden werden. Die Leitung des IML wollte das keineswegs allein. Günter Heyden, der Direktor, schrieb an Kurt Hager, er solle entscheiden, ob diese Arbeit, die »bekanntlich ernste Fehler in der Beurteilung einiger wesentlicher Seiten der bolschewistischen Politik in der Revolution« enthalte, in den Band IV aufgenommen werden kann. Er argumentierte: »Wir halten dennoch eine Veröffentlichung des Manuskripts angesichts des Charakters unserer Ausgabe als vollständige Ausgabe der deutschsprachigen Arbeiten Rosa Luxemburgs für erforderlich und verweisen auf die Praxis, die mit Deiner Zustimmung bei Rosa Luxemburgs Artikel von 1904 gegen die Leninsche Konzeption von der Partei neuen Typs angewendet wurde.«⁴¹

39 Annelies Laschitzka: Zum Umgang mit Rosa Luxemburg in Vergangenheit und Gegenwart. In: BzG 4/1991. S. 436f.

40 Arbeitsgespräch Klaus Kinner und Elke Reuter mit Annelies Laschitzka vom 17. August 2010.

41 SAPMO-BArch, DY30/ vorl. SED 35267. Bestand IML. Brief Heyden an Hager 2.4.1973.

Heyden versicherte, dass im Vorwort des Bandes eine prinzipielle Kritik an den Auffassungen Rosa Luxemburgs in den genannten Fragen erfolge. Zugleich würde dort den Versuchen des Klassenfeinds entgegengetreten, Rosa Luxemburg Lenin gegenüberzustellen und bewiesen, wie sie selbst im Laufe der Novemberrevolution auf Grund eigener Erfahrungen in ihrem Manuskript über die Oktoberrevolution enthaltene falsche Auffassungen überwand und sich Positionen Lenins näherte. Es gab trotzdem Schwierigkeiten. Anfang Juni 1973 wandte sich Heyden erneut an Hager: »In Auswertung der Beratung mit Dir vom 23. Mai 1973 haben Genossen unseres Instituts noch einmal über die Aufnahme des unvollendeten Manuskripts Rosa Luxemburgs Zur russischen Revolution in den Band IV der Luxemburg-Ausgabe beraten. Wir sind uns der Schwierigkeit dieser Problematik voll bewusst ... In voller Respektierung der von Dir genannten Fragen möchten wir noch einmal auf einige Umstände hinweisen, die bei einer Entscheidung Berücksichtigung verdienen.« Er erinnerte erstens an Lenin, der in Kenntnis des Manuskripts die Veröffentlichung des vollständigen Nachlasses Rosa Luxemburgs dringend empfohlen hatte. Zweitens enthalte der erste Teil des Manuskripts Wertungen zur Oktoberrevolution und der geschichtlichen Leistungen der Bolschewiki, wie sie sich in solcher Qualität und Begründung in anderen Arbeiten Rosa Luxemburgs nicht befänden. Drittens sei der vorbereitete Text der Luxemburgschen Arbeit zum ersten Mal nach der Fotokopie des Originals hergestellt. Dadurch könnte auch vom Editorischen her das Unfertige dieses Manuskripts verdeutlicht werden. Der Satz »Freiheit ist immer Freiheit des Andersdenkenden« sei nicht Bestandteil des Textes, sondern lediglich flüchtig auf dem Rand skizziert worden.⁴²

Der Band IV erschien 1974 mit dem Manuskript zur Russischen Revolution. Aus Moskau war nach längerem Hin-und-Her signalisiert worden, dass einer Veröffentlichung zugestimmt wird. Für die Erarbeitung des Vorwortes zum Band hatten die sowjetischen Historiker Soboljew und Schirinja Ausarbeitungen zur Verfügung gestellt, die verwendet

42 Vgl. Ebenda. Schreiben Heyden an Hager 7.6.1973.

wurden. Damit hatten die Herausgeber gesichert, dass die Darstellung im Vorwort mit der sowjetischen Sicht übereinstimmte.⁴³

In der Rückschau erscheint das 1974 Erreichte wenig als Erfolg. Es beschämt, in welchem Maße wissenschaftliche Arbeit behindert wurde. Aber 1974 stellte die Aufnahme der »Russischen Revolution« in den Band IV angesichts der langjährigen Ablehnung⁴⁴ einen Durchbruch in der Luxemburgedition dar.⁴⁵ Hermann Weber beschrieb in seiner Rezension die Herausgabe als »eine politisch-historische Sensation«.⁴⁶

Im Herbst 1973 war im IML auch beschlossen worden, an die »Gesammelten Briefe« Luxemburgs zu gehen und den kompletten Briefwechsel Luxemburgs mit deutschen Adressaten und mit Vertretern der deutschen Arbeiterbewegung herauszugeben.⁴⁷ Dabei stießen die Autoren auf weitere höchst brisante Äußerungen Luxemburgs über Lenin und die Bolschewiki. Das betraf besonders Briefe Luxemburgs an Leo Jogiches. Bereits in einem Schreiben von Ende 1973 an Ernst Diehl vermerkte Günter Radczun: »Wenn wir uns entschließen, die Jogiches-Briefe Rosa Luxemburgs mit herauszugeben, dann sind wir entschieden für die chronologische Anordnung; dagegen, verneinen wir die Herausgabe der Briefe Rosa Luxemburgs an Jogiches, dann empfehlen wir unbedingt die Anordnung nach Adressatgruppen und innerhalb der Adressatgruppen chronologisch zu verfahren. Wir möchten auch bemerken, daß die Briefe Rosa Luxemburgs an Leo Jogiches so bedeu-

43 Vgl. Ebenda. Schreiben Heyden an Hager 9.10.1979.

44 Noch 1970 war dem englischen Verlag Seven Seas Book unter Hinweis, dass jede Veröffentlichung von Schriften, Aufsätzen, Manuskripten und Reden Rosa Luxemburgs der Autorisierung durch das IML bedarf, die Veröffentlichung »Die russische Revolution« nicht genehmigt worden. Vgl. SAPMO-BArch, DY30/ vorl. SED 35267. Bestand IML. Hortschansky an Seven Seas Books 29.4.1970.

45 Zur Vollständigkeit soll hier angeführt werden, dass der fünfte Band der Luxemburg-Werkausgabe »Ökonomische Schriften«, 1975 erschien.

46 Hermann Weber: Eine historisch-politische Sensation. Rosa Luxemburgs »Russische Revolution« in der DDR veröffentlicht: In: Deutschland-Archiv. Heft 4/1975. S. 349-358.

47 Vgl. SAPMO-BArch. DY 30/IV A 2/9.07/60. IML. Perspektivplan bis 1970, 15.4.1965, sowie ein weiterer Entwurf vom 25. Juni 1965.

tend sind, daß wir ganz gleich ob später oder jetzt (d.h. bis 1979) auf ihre Veröffentlichung nicht verzichten können.«⁴⁸

Auch bei den Briefen Luxemburgs an Costia Zetkin gab es Probleme. Von den etwa insgesamt 800 Briefen zeugten 125 Briefe von dem Liebesverhältnis zwischen Rosa und dem 15 Jahre jüngeren Costia. Radczun führte in einem Brief an Günter Heyden im Juni 1976 auf Anraten von Ernst Diehl noch einmal die Vor- und Nachteile einer Veröffentlichung auf: »Die Briefe sind von literarischer Qualität. Die Kopien liegen auch in den Archiven in Moskau und Warschau, Historikern ist dieses Liebesverhältnis bekannt. Nettel zitiert in seiner Biographie längere Partien aus diesen Briefen, ohne die Quelle anzugeben ... Kürzungen gehen nicht. Interessant ist gerade die enge Verwobenheit zwischen Liebe und politischer Öffentlichkeit bei Rosa Luxemburg ... Eine andere Sache ist die: Mit der Werkausgabe sind wir in die politische Offensive in Sachen Rosa Luxemburgs gekommen. Die Gesamtausgabe ihrer deutschsprachigen Werke hat uns an der ideologischen Front nur Gewinn gebracht. Wenn wir jetzt einen Teil der an Costia Zetkin gerichteten Briefe nicht editieren, bieten wir dann nicht wieder dem Gegner unnötig die Möglichkeit, wieder einen neuen »Mythos von unveröffentlichten Materialien« zu fabrizieren?« Letztlich bat er die Direktion in der Frage zu entscheiden, ob man die intime, private Sphäre einer so bedeutenden Führerin der internationalen Arbeiterbewegung öffentlich darbieten kann. Die Autoren würden zwischen ja und nein schwanken. Er bot aber gleich der Direktion die Argumente mit, in dem er rhetorisch die Fragen stellte: »Sind wir vielleicht zu sehr in einem festen Persönlichkeitsbild befangen? Sollten wir nicht doch jenen historischen Abstand gewinnen und diese Briefe veröffentlichen?«⁴⁹

An den Briefbänden wurde weitergearbeitet, allerdings war die Sache noch 1979 nicht entschieden. Ernst Diehl schrieb an den Dietz Verlag am 25.1.1979: »Ihr werdet euch wundern, daß wir euch die versprochenen 3 Bände der ›Gesammelten Briefe‹ Rosa Luxemburgs

48 SAPMO-BArch. DY30/ vorl. SED 35267. Bestand IML. Schreiben Radczun an Diehl 18.12.1976.

49 Ebenda. Schreiben Radczun an Heyden 1.6.1973.

noch nicht übergeben haben. Die Bände sind von unserem Kollektiv planmäßig fertiggestellt worden. Wir möchten Euch aber dennoch um Verständnis bitten, daß wir sie euch erst übergeben können, nachdem wir noch einige aus politischen Gründen unbedingt notwendige Konsultationen getroffen haben ...«⁵⁰

Die politischen Probleme lagen in Moskau.⁵¹ Das Moskauer Parteiinstitut war gegen eine Veröffentlichung von acht Briefen Rosa Luxemburgs insbesondere an Leo Jogiches mit kritischen Äußerungen über Lenin oder über die Bolschewiki. Besser sei die Ausgabe ohne die 8 Briefe herauszubringen und in Kauf zu nehmen, dass sie dann lückenhaft ist. Das war die Meinung der Moskauer Direktion, aber die Entscheidung läge natürlich allein beim »Berliner Bruderinstitut«.⁵² In einem Schreiben an Hager legte Heyden die knifflige Situation dar. Das IML wolle die Veröffentlichung der Briefe »aber eine Veröffentlichung ohne Zustimmung der sowjetischen Genossen erscheint uns nicht zweckmäßig«⁵³. Sollte sich die Meinung der sowjetischen Genossen nicht ändern, bedeute dies das Projekt der Briefausgabe zurückzustellen. Das hieße seit Jahren geleistete Arbeit liegen zu lassen, während weitere Editionen in andern kapitalistischen Ländern zu erwarten seien. Vorsorglich verwies er noch einmal auf die positiven Erfahrungen mit der Veröffentlichung der Russischen Revolution im Band 4 der Werkausgabe.

Doch die Angst vor einem Konflikt mit der Sowjetunion ließ die SED-Führung erneut – wie schon Anfang der 70er Jahre – zögern. Ende 1980 übergab Annelies Laschitza, die nach dem frühen Tod von Günter Radczun nun allein die Briefausgabe verantwortete, das Vorwort an

50 SAPMO-BArch, DY30/ vorl. SED 35267, Bestand IML .

51 Vgl. Brief Heyden an Prof. Dr. Anatoli G. Jedorow, Direktor des IML Moskau vom 18.6.1979. In: SAPMO-BArch. DY30/ vorl. SED 35267. Bestand IML.

52 SAPMO-BArch. DY30/ vorl. SED 35267. Bestand IML. Anlage, vertraulich von Gemkow an Diehl über eine Konsultation am 16.8.1979 zwischen Gemkow, Rodionow, amtierender Direktor IML Moskau, der Genossen Antonjuk, Schanschijew und Rudjak, betr. Gesammelte Briefe Rosa Luxemburg.

53 Brief Heyden an Hager vom 9.19.1979. In: SAPMO-BArch. DY30/ vorl. SED 35267. Bestand IML.

die Direktion. Da ging sie noch von einer Abgabe an den Verlag für 1981 aus. Erst 1983 erschien der erste Band der »Gesammelten Briefe«, der Band 6 mit den »problematischen« Briefen wurde 1993⁵⁴ veröffentlicht.

Abschließend ist festzustellen, mit der Veröffentlichung »Zur Russischen Revolution« war das Problem nicht gelöst, dass Rosa Luxemburgs Demokratieverständnis für die SED-Führung darstellte. Die verbogenen Erklärungsversuche im Vorwort des 4. Bandes lassen die Zwänge der Autoren bei ihrer Argumentation erkennen. Das Demokratie- und Diktaturverständnis Rosa Luxemburgs war ein grundsätzlich anderes, als Lenin und nach ihm der Leninismus begründete. Uneingeschränkte Meinungs-, Rede- und Pressefreiheit als Quelle der Widerspruchsdiagnostik und des Fortschritts war der Sozialismus-Vorstellung Luxemburgs immanent. Die SED war bis zu ihrem Ende nicht gewillt, sich dieses theoretischen Erbes anzunehmen.

54 Rosa Luxemburg: Gesammelte Briefe. Bd. 6. Hrsg. von Annelies Laschitzka. Berlin 1993.

JÜRGEN HOFMANN

Rosa Luxemburg und der Bruch der SED/PDS mit dem Stalinismus

Die sich überstürzenden Ereignisse der Jahre 1989/90 stellten manche bisher in der SED gepflegte Selbstgewissheit infrage. Das betraf das Bild vom »Sieger der Geschichte« ebenso wie das Partei- und Gesellschaftsverständnis. Neben den bitteren Lehren, die aus den aktuellen Ereignissen erwachsen, galt es auf der Suche nach ersten Antworten und Lösungsansätzen auch das theoretische Erbe der Arbeiterbewegung und ihrer Vorläufer neu zu befragen. Es ist also nicht von ungefähr, dass die PDS in ihrem ersten Parteiprogramm vom Februar 1990 hervorhob: »Wir schöpfen aus der Geschichte des humanistischen Denkens, insbesondere aus den dialektischen und materialistischen Auffassungen von Karl Marx und Friedrich Engels, Wilhelm Liebknecht und August Bebel, Eduard Bernstein und Karl Kautsky, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, W. I. Lenin und Antonio Gramsci und ihrer nachfolgenden vielfältigen Weiterentwicklung.«¹ Der wiederholte Rückgriff auf Rosa Luxemburg in den Erneuerungsdebatten jener Wochen und Monate erklärt sich aus dem notwendigen Bruch mit bisherigen Partei- und Gesellschaftskonzepten sowie den damit verknüpften Praktiken, deren Scheitern allen vor Augen stand. Die Krise und der Zusammenbruch des sozialistischen Gesellschaftsmodells sowjetischer Prägung lenkten den Blick erneut auf jene Stimmen, die in der Vergangenheit Einwän-

1 Partei des Demokratischen Sozialismus. Dokumente. Standpunkte. Materialien. Auswahl. Januar bis Mai 1990. Berlin 1990. S. 7.

de gegen das bolschewistische Leitbild und Dogma geltend gemacht hatten. Dabei muss jedoch zugleich einschränkend konstatiert werden, dass dies meist nicht mit einer tiefer lotenden Rezeption verbunden war. Dazu bot die Turbulenz der Ereignisse auch wenig Zeit. Der punktuelle Rückgriff auf Versatzstücke diente vielmehr als Impuls für die Diskussion zur Partei- und Gesellschaftskritik.

Obwohl Rosa Luxemburg die Ausprägung des Stalinismus in der Arbeiterbewegung, seine verbrecherischen Höhepunkte und seine Nachwehen nicht selbst erlebte und kommentieren konnte, boten ihre Kritik am Leninschen Revolutionskonzept, am zentralistischen Parteienverständnis und ihre Überlegungen zum Verhältnis von Demokratie und Sozialismus wichtige Anknüpfungspunkte und Anregungen zur Auseinandersetzung mit stalinistischen Strukturen. So hob Helga Adler namens des Parteivorstandes der PDS zur Eröffnung der Erneuerungskonferenz im September 1990 hervor, »wie dringend notwendig es ist, einen radikalen Bruch mit einem Parteienverständnis zu vollziehen, das, wie Rosa Luxemburg es 1904 kritisierte, auf blinde Unterordnung aller Parteiorganisationen unter eine Zentralgewalt, die allein denkt, schafft und entscheidet, orientiert.«² Gregor Gysi knüpfte in seinem Referat ebenfalls an die Kritik Rosa Luxemburgs am Leninschen Revolutionskonzept und an einzelne Seiten der politischen Praxis der Bolschewiki an, um den Bogen zur Auseinandersetzung mit dem Stalinismus zu schlagen. »Der Ansatzpunkt für das stalinistische Regime und dessen Zentriertheit auf das Herrschaftsinstrument Partei«, heißt es in seinem Beitrag, »aber findet sich auch in theoretischen Auffassungen dieser Zeit wieder und das verpflichtet uns zum kritischen Umgang mit Lenins Theorie und Praxis und lässt uns die Warnungen Rosa Luxemburgs und anderer Linker im neuen Licht sehen ...«³ Ein Arbeitskreis auf dieser Erneuerungskonferenz war den Ursachen und Wirkungen des Stalinismus in der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung gewidmet. Er wurde von Klaus Kinner moderiert.

2 PDS. Eine neue Partei? Erneuerungskonferenz der PDS. Berlin 8./9. September 1990. S. 8.

3 Ebenda. S. 29.

Auf die Erneuerungskonferenz vom September 1990 folgte im November des gleichen Jahres eine vielbeachtete Konferenz zu den Wurzeln, Wirkungen und Folgen des Stalinismus in der KPD und SED.⁴ In diesem Jahr und den Folgejahren kamen auch erste Publikationen zum Thema Stalinismus aus dem wissenschaftlichen Umfeld der PDS und von nahestehenden Autoren auf den Markt.⁵ Die DKP hatte bereits ein Jahr zuvor mit einer Dokumentenpublikation auf die neue Welle der Stalin-Diskussion reagiert.⁶ Aus der Sowjetunion meldeten sich ebenfalls Wissenschaftler zu Wort. Deren Beiträge wurden in deutscher Übersetzung einem größeren Leserkreis zugänglich.⁷

Rosa Luxemburg stand 1989/90 u. a. auch deshalb im Focus der Rückbesinnung auf kritische linke Denktraditionen, weil im Januar 1988 der Bezug von Vertretern der Bürgerbewegung auf ein Zitat von ihr, die SED-Führung provoziert und öffentlich vorgeführt hatte. Der von Luxemburg entlehnte Verweis, dass Freiheit immer auch Freiheit der

- 4 Siehe *Der Stalinismus in der KPD und SED – Wurzeln, Wirkungen, Folgen. Materialien der Konferenz der Historischen Kommission beim Parteivorstand der PDS am 17./18. November 1990.* Berlin 1991.
- 5 Siehe u. a.: Heinz Kühnrich: *Stalinismus.* Der Autor im Gespräch mit Jürgen Weidlich. Berlin 1990. – Wladislaw Hedeler / Horst Helas / Dietmar Wulff: *Stalins Erbe. Der Stalinismus und die deutsche Arbeiterbewegung.* Berlin 1990. – *Schauprozesse unter Stalin 1932-1952. Zustandekommen, Hintergründe, Opfer.* Mit einem Vorwort von Horst Schützler. Berlin. 1990. – Wolfgang Ruge: *Stalinismus – eine Sackgasse im Labyrinth der Geschichte.* Berlin 1991. – Heinz Niemann: *Vorlesungen zur Geschichte des Stalinismus.* Berlin 1991. – Gerhard Lozek: *Stalinismus – Ideologie, Gesellschaftskonzept oder was?* Klartext. H. 4. Hrsg. Helle Panke e. V. Berlin 1993. – Wolfgang Gehrke (Hrsg.): *Stalinismus. Analyse und Kritik. Beiträge zu einer Debatte.* Bonn 1994.
- 6 Siehe *Stalin bewältigen. Dokumente und Aufsätze der 50er, 60er und 80er Jahre.* Hrsg. und eingeleitet von Günter Judick und Kurt Steinhaus. Düsseldorf 1989.
- 7 Siehe u. a.: Jewgeni Plimak: *Anatomie der Willkür. Wurzeln des Stalinismus in der Sowjetunion.* Berlin 1990. – Roy Medwedjew: *Wir brauchen die ganze Wahrheit über den Stalinismus.* In: *Probleme des Friedens und des Sozialismus.* 1990. H. 1. – Ders.: *Das Urteil der Geschichte. Stalin und Stalinismus.* 3 Bde. Berlin 1992. – A. W. Sidorow: *Stalinismus. Erfahrungen und Lehren der Interpretation.* In: *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung.* 1991. H. 2.

Andersdenkenden sei, löste eine Kette von Polizei- und Geheimdienstmaßnahmen aus. Die Urheber dieser Aktion wurden zur zeitweiligen bzw. ständigen Ausreise gedrängt. Die Krise der DDR-Gesellschaft konnte auf diese Weise jedoch nicht behoben werden. Die Wortführer der Bürgerbewegung konnten zwar abgeschoben, die Erinnerung an diese Aktion aber nicht. Warum ein Zitat von Rosa Luxemburg staatsgefährdend sein sollte, war vielen DDR-Bürgern kaum zu vermitteln.⁸

Die Erinnerung an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht hatte in Berlin eine lange Tradition. Schon anlässlich der Beisetzung der Ermordeten im Januar und Juni 1919 folgten Tausende den Särgen nach Berlin-Friedrichsfelde. Für die KPD gehörte seitdem das Gedenken an den Tod ihrer Parteigründer zum festen Programm ihrer Erinnerungskultur. Die SED setzte die Tradition der Januardemonstrationen 1947 fort. Im Laufe der Jahre mutierte diese Ehrung für Rosa und Karl immer mehr zu einem Huldigungsritual für die Führungsspitze der SED.⁹ Die Berliner PDS sah sich deshalb vor die Entscheidung gestellt, ob und in welcher Form die traditionelle Januardemonstration fortgeführt werden konnte. Die Instrumentalisierung und der Missbrauch des Luxemburg-Liebknecht-Gedenkens hatte es in eine dogmatisierte, in ihrem Wesen stalinistische Erinnerungspolitik eingeordnet und in Misskredit gebracht. Der Berliner Landesvorstand der PDS entschied sich nach intensiver Diskussion, mit bisherigen Ritualen zu brechen und das Gedenken an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht wieder in den Mittelpunkt zu rücken. Der Aufruf zum »Stillen Gedenken« ermöglichte Anhängern und Sympathisanten eine selbstbestimmte Ehrung und Rückbesinnung. Der Parteivorstand der SED/PDS bezog sich in seinem Demonstrationsaufruf von Anfang Januar 1990, der auch von Vertretern anderer linker Gruppierungen unterzeichnet wurde, ausdrücklich

8 Zur Vorgeschichte und zu den Auswirkungen dieser Aktion siehe Barbara Könzöl: *Märtyrer des Sozialismus. Die SED und das Gedenken an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht*. Frankfurt/New York 2008. S. 302-320.

9 Siehe dazu Jürgen Hofmann: *Das Grab der Rosa Luxemburg. Eine Spurensuche auf dem Zentralfriedhof Friedrichsfelde*. In: Annelies Laschitzka / Klaus Gietinger (Hrsg.): *Rosa Luxemburgs Tod. Dokumente und Kommentare*. Leipzig 2010. S. 74-90.

auf das Zitat Rosa Luxemburgs über die heilsame Wirkung der Freiheit der Andersdenkenden.¹⁰ Allen Unkenrufen zum Trotz demonstrieren Jahr für Jahr viele Tausende ihre ideelle und politische Verbundenheit mit den Märtyrern und Persönlichkeiten der Arbeiterbewegung. Ob das nicht reglementierte »Stille Gedenken« oder die seit 1992 wieder aufgenommenen »Kampfdemonstrationen« die angemessene Form der Erinnerung sind, bleibt weiterhin umstritten.

Wie schwierig das Thema Stalinismus im Umfeld der Erinnerung an Rosa Luxemburg jedoch bleibt, zeigte die heftige Diskussion um einen Gedenkstein in der Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde, der den Opfern des Stalinismus gewidmet ist.¹¹ Im Dezember 2006 eingeweiht, wurde er zum »Stein des Anstoßes« und löste heftige und kontroverse Debatten aus.¹² Während Vertreter von antikommunistischen Opferverbänden ihren Alleinvertretungsanspruch für Opfer des Stalinismus gefährdet sahen, vermuteten einzelne Stimmen aus dem linken Lager eine antikommunistische Provokation. Dabei war die Idee, den Opfern des Stalinismus ein Denkmal zu widmen, nicht völlig neu. Bereits in seinem Schlusswort auf dem XXII. Parteitag der KPdSU 1961 hatte Nikita Sergejewitsch Chruschtschow ein solches Vorhaben angeregt. Auch der Außerordentliche Parteitag der SED/PDS versprach im Dezember 1989 »den Opfern stalinistischer Verbrechen ein bleibendes Gedenken in unserer Gesellschaft« zu bewahren.¹³

Die öffentliche Diskussion um die Erneuerung der SED nahm mehrfach Bezug auf das Partei- und Gesellschaftsverständnis Rosa Luxemburgs. So kritisierte der Historiker Joachim Petzold die Einengung der Partei auf die kommunistische Traditionslinie, die »mit einem angeblichen demokratischen Zentralismus« zusammenhing, »der – wie Rosa Luxemburg schon 1918 ahnungsvoll voraussah – die innerpartei-

10 »Siehe Neues Deutschland« vom 11. Januar 1990, S. 8.

11 Siehe Jürgen Hofmann: Respekt vor den Opfern gebietet würdige Ehrung. In: »Neues Deutschland« vom 5. Januar 2007, S. 14.

12 Siehe dazu u. a.: Heinz Karl: Ein Stein der Provokation und der Verdrängung. In: Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der Linkspartei.PDS. Februar 2007 (Wortmeldungen auch im Heft 1/2007).

13 Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS. Materialien. S. 55.

sche Demokratie zerstörte und der ... sozialdemokratischen Tradition widersprach«. ¹⁴ In dem Diskussionspapier des Arbeitsausschusses zur Vorbereitung eines Außerordentlichen Parteitages taucht Rosa Luxemburg ebenfalls als Bezugsperson für eine Erneuerung der Partei auf, die »die demokratischen und humanistischen Quellen und Inhalte unserer Tradition in der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung« freilegt und aufnimmt. Ein »stalinistischer Sozialismus« könne keine Lösung bringen, er habe vielmehr »zur Existenzkrise der Menschheit beigetragen«, so die Autoren. ¹⁵ »Es geht darum, den Meinungspluralismus als Prinzip kollektiver Erkenntnisse der Partei zu entwickeln ... Handlungsfähigkeit der Partei wächst nicht aus einer zentralistischen Kommandostruktur, sondern aus der demokratischen Willensbildung von unten nach oben« ¹⁶, gaben Wissenschaftler der Akademie für Gesellschaftswissenschaften in der Programmdiskussion zu bedenken. Wie diese künftige Partei aussehen sollte, darüber gingen die Meinungen auseinander. In einer Umfrage in der Parteibasis am Vorabend des Außerordentlichen Parteitages plädierten 30 Prozent für eine marxistische Massenpartei, 28 Prozent für eine sozialistische Volkspartei und 23 Prozent für eine marxistische Arbeiterpartei. Lediglich 23 Prozent wollten die Entwicklung als kommunistische Partei fortführen. Eindeutig fiel mit fast 73 Prozent die Befürwortung des Erhalts der Partei aus. ¹⁷

Nicht von ungefähr knüpften etliche Initiativen zur politischen Bildungsarbeit im Umfeld der PDS ebenfalls an das Vermächtnis von Rosa Luxemburg an. Darin drückten sich ein Bekenntnis zu konzeptioneller Neuorientierung und eine bewusste Abgrenzung zu Inhalten und Praktiken bisheriger Parteilehrjahre aus. Brandenburg und Sachsen waren 1991 die ersten, die ihre politischen Bildungsvereine in Leipzig und Potsdam nach Rosa Luxemburg benannten. In Leipzig gehörten die Historiker Walter Markov, Manfred Kossok und Gustav Seeber zu den

14 »Neues Deutschland« vom 27. November 1989. S. 3.

15 Der schwere Weg der Erneuerung. Von der SED zur PDS. Eine Dokumentation. Zusammengestellt u. hrsg. von Manfred Behrend und Helmut Meier. Berlin 1991. S. 250f.

16 Ebenda. S. 279.

17 Siehe ebenda. S. 258.

Gründungsvätern. Ihnen kann eine fachlich begründete und politisch bewusste Entscheidung für diese Namenspatronin unterstellt werden. Ähnliches wäre für Potsdam zu sagen. Ende der 1990er Jahre begann auch in der Stiftung Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e. V. in Berlin die Namensdebatte. Im Gespräch waren neben Rosa Luxemburg u. a. Klara Zetkin, Alexandra Kollontai, Larissa Reissner, Franz Mehring und Paul Levi. Die Mitgliederversammlung entschied sich schließlich im Januar 2000 für Rosa Luxemburg.¹⁸ Inzwischen führen die meisten Stiftungen und Bildungsvereine im Umfeld der LINKEN ihren Namen.

Die angestrebte Orientierung auf einen demokratischen Sozialismus verlangte zwingend nach einer Analyse des bisherigen Entwicklungsweges und der Einsicht in den stalinistischen Charakter des Gesellschaftsmodells sowjetischer Prägung. Das Fazit, auf das sich der Außerordentliche Parteitag der SED/PDS im Dezember 1989 verständigte, lautete: *Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System.*¹⁹ Klaus Höpcke betonte als Vorsitzender der Antragskommission am letzten Beratungstag noch einmal im Namen des Parteitages »den einmütig erklärten Willen, mit stalinistischen Denkweisen und Strukturen eines administrativ-zentralistischen Sozialismus konsequent zu brechen, unsere Partei zu erhalten und radikal zu erneuern.«²⁰ Die Aussage über den Bruch mit dem Stalinismus galt fortan als Gründungskonsens der

18 Siehe Marion Schüttrumpf-Kunze: Eine Frau muss es sein. Sozialistin Rosa Luxemburg wird zur Namenspatronin auserkoren. In: ROSALUX. Journal der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Sonderausgabe 2010, S. 13f.

19 Das vollständige Protokoll siehe Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS. Protokoll der Beratungen am 8./9. und 16./17. Dezember 1990 in Berlin. Hrsg. von Lothar Hornbogen / Detlef Nakath / Gerd-Rüdiger Stephan. Berlin 1999. Die wichtigsten Dokumente sind zeitnah bereits in einer Broschüre erschienen. Siehe Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS. Partei des Demokratischen Sozialismus. 8./9. und 16./17. Dezember 1989. Materialien. Berlin 1990.

20 Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS. Protokoll der Beratungen am 8./9. und 16./17. Dezember 1990 in Berlin. S. 352. In der Abstimmung bestätigte die absolute Mehrheit der Delegierten diesen Bericht und seine zentralen Aussagen (siehe ebenda. S. 366).

PDS und ist in den Folgejahren von den Parteitag und in der Programmatik stets erneuert worden.

Der Bruch mit dem Stalinismus und die Analyse seiner Erscheinungsformen und Auswirkungen in der DDR waren eine wichtige Bedingung für die Erneuerung der Partei. »Karrieristen und Stalinisten, die sich als nicht lernfähig herausstellen sollten, wollten wir mit diesem Parteitag bewusst die politische Heimat nehmen«,²¹ fasste Gregor Gysi zusammen. Dabei durfte es nicht nur darum gehen, Stalinismus auf Personenkult, Repressionen und vereinzelte Deformationen zu reduzieren, wie das die Stalinismuskritik ab 1956 bereits getan hatte. Diesmal musste es ebenfalls um Denkweisen, Strukturen und Parteiverständnis gehen. Die Formel vom »Stalinismus als System« schloss eine prinzipielle Kritik am bisherigen sozialistischen Gesellschaftsmodell ein. Ziel dieser Kritik war und bleibt, die unabdingbaren Eckpunkte herauszuarbeiten, unter denen eine künftige Gesellschaft des demokratischen Sozialismus denkbar, lebens- und entwicklungsfähig ist.

Als die PDS im November 1995 eine Zwischenbilanz ihrer historisch-politischen Selbstverständigungsdebatte zog, fiel das Resümee zur Stalinismuskritik jedoch zwiespältig aus. Michael Nelken machte unterschiedliche Phasen aus und beklagte, dass relativ schnell der »1989/90 so dominante Stalinismusbegriff ... nunmehr in der Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte kaum noch« vorkam. »Die *Analyse* des repressiven, zentralistischen, antidemokratischen Gesellschaftssystems wurde im PDS-Diskurs verdrängt durch die *Verteidigung der ›Legitimität des Versuchs‹*, die Würdigung der positiven ›Errungenschaften und Erfahrungen‹, des ›selbstlosen Einsatzes von Millionen‹ DDR-Bürgern für die Errichtung einer ›sozialistischen Alternative‹ usw. usf.«²² Darüber hinaus waren Stimmen aufgetaucht, die

21 Gregor Gysi: Wir kämpfen für die DDR, für soziale Sicherheit, für Stabilität und Frieden. In: Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS. Materialien. S. 78.

22 Michael Nelken: Schwierigkeiten einer Emanzipation. Zur Stalinismusdebatte in der PDS. In: Lothar Bisky / Jochen Czerny / Herbert Mayer / Michael Schumann (Hrsg.): Die PDS – Herkunft und Selbstverständnis. Berlin 1996. S. 66-86 (hier S. 71). Siehe auch im gleichen Band die Berichte von Horst Helas

die Stalinismuskritik als Opportunismus bzw. Revisionismus diskreditierten.²³ Alle damals zusammengetragenen Argumente und Gegenargumente der Stalinismuskritik leben bis heute fort.

Da die Diskussion um Begriff und Erscheinungsformen von Stalinismus bei weitem noch nicht abgeschlossen ist, möchte ich an dieser Stelle noch einmal auf einige Aspekte eingehen, die m.E. zu einem komplexen Stalinismusbegriff und seinen typischen Erscheinungsformen gehören.

Dazu gehört die innenpolitische Dimension von Stalinismus, die durch bürokratisch-diktatorische Herrschaftsformen und Strukturen sowie durch repressive Gewalt in unterschiedlichen Nuancierungen gekennzeichnet ist. Diese bürokratisch-diktatorischen Herrschaftsformen wurden verfassungsrechtlich und strukturell fixiert bzw. in Abweichung von deklariertem Recht praktiziert. Sie sind mit den ursprünglichen Intentionen von Sowjetmacht bzw. Macht der Arbeiterklasse nicht mehr vereinbar, auch wenn sie als deren Verkörperung deklariert werden. Der Monopolanspruch der führenden Partei auf allen Ebenen und in allen Bereichen schuf Doppelstrukturen und degradierte Volksvertretungen und staatliche Einrichtungen zu bloßen Werkzeugen. Obwohl in der DDR abweichend vom sowjetischen Modell ein Mehrparteiensystem installiert wurde und bis zum Schluss existierte, waren der offiziell deklarierten Bündnispolitik durch den absoluten Führungsanspruch der SED enge Grenzen gesetzt.²⁴

zur Stalinismusdebatte in der PDS und von Wladislaw Hedeler zur Stalinismusforschung in Russland.

23 Siehe u. a. Kurt Gossweiler: Der »moderne Revisionismus« und die Niederlage des Sozialismus – Eine Thesenreihe. In: Weißenseer Blätter. Berlin 1992. H. 4.

24 Siehe u. a. Jürgen Winkler: Zum Verhältnis von Partei und Staat in der DDR. In: Andreas Herbst / Gerd-Rüdiger Stephan / Jürgen Winkler (Hrsg.): Die SED. Geschichte – Organisation – Politik. S. 159-176. – Norbert Podewin: Blockpolitik. In: Ebenda. S. 332-344. – Jürgen Hofmann: Bündnispolitik im Schatten des Führungsanspruchs der SED. In: »...undemokratisch wird sich rächen!« Studien zur Demokratie in der DDR. Zweiter Teil. Berlin 1995. S. 102-134.

Ökonomisch stützt sich das stalinistische Gesellschaftsmodell faktisch auf Staatseigentum, das als sozialistisch bzw. volkseigen deklariert wird. Die ökonomische Entwicklung wird durch eine voluntaristische zentrale Steuerung behindert und letztlich gelähmt. Dabei ist nicht die Planwirtschaft als das eigentliche Problem auszumachen. Entgegen mancher Behauptung ist Planwirtschaft keineswegs ein Alleinstellungsmerkmal sozialistischer Wirtschaft. Sie ist auch unter anderen Produktionsverhältnissen zeitweise in mehr oder weniger großem Umfang praktiziert worden. Das Problem beginnt dort, wo Wirtschaftspläne die Analyse der tatsächlichen wirtschaftlichen Lage ignorieren und keine Spielräume zulassen. Kennzeichnend für Volkswirtschaften realsozialistischen Typs wurde auch die permanente Missachtung des Wertgesetzes. Zwischen dem zentralistisch gesteuerten Wirtschaftsmodell und dem Gesellschaftsmodell sowjetischer Prägung besteht ein Zusammenhang. In einer Gesellschaft, in der sich ein kleiner Führungszirkel alle wesentlichen Entscheidungen vorbehält, würden größere Entscheidungsspielräume in der Ökonomie die bürokratisch-zentralistische Herrschaftsform generell in Frage stellen.

In die Betrachtung einbezogen werden muss die ideologische Dimension des Stalinismus, für die eine einengende und dogmatisierende Interpretation des Marxismus kennzeichnend ist. Das Besondere daran ist: Stalinismus verbirgt sein antimarxistisches Wesen hinter formaler marxistischer Bekenntnistreue. In Stalins Interpretation wurde der Leninismus zum Marxismus der Epoche und trat damit faktisch an die Stelle des Marxismus. Georg Lukács merkte dazu kritisch an: »Aus dem unvollkommen verstandenen Leninismus ist Stalinismus geworden ...«²⁵ Zur Arbeitsweise von Karl Marx und zur marxistischen Methode gehört jedoch die Fähigkeit neue Erkenntnisse und Entwicklungen zu verarbeiten. Eine auf unverrückbare pseudoreligiöse Lehr- und Glaubenssätze reduzierte Gesellschaftswissenschaft kann diesen Anspruch nicht erfüllen und ist letztlich zur Stagnation verurteilt.

Imperiale Politik als ein weiteres Kennzeichen für Stalinismus kann nur für die sowjetische Führungsmacht geltend gemacht werden. Den

25 Georg Lukács: Demokratisierung heute und morgen. S. 93.

Bruderländern im stalinistisch geprägten sozialistischen Weltsystem blieben die außenpolitischen Spielräume beschnitten. Die Unterordnung unter eine weltpolitische Führungsmacht ist allerdings ebenfalls kein Alleinstellungsmerkmal stalinistischer Systeme und durchaus auch für andere Gesellschaftssysteme und Zeiträume typisch. Für die Länder des Realsozialismus ergaben sich daraus letztlich fatale politische und ökonomische Abhängigkeiten. Abweichende Entwicklungen und Reformvorstöße wurden unterbunden, wie Ereignisse in Polen, Ungarn und der ČSSR belegen.

Charakteristisch sind ebenfalls die parteipolitischen Implikationen des Stalinismus, die einen, die innerparteiliche Demokratie aufhebenden Parteityp hervorbringen und zugleich bedingen. Stalin konnte dabei an die leninsche Parteitheorie anknüpfen. Der demokratische Zentralismus reduzierte sich weitgehend auf Zentralismus und dieser engte sich wiederum auf die Weisungs- und Entscheidungsmacht eines kleinen Führungszirkels ein. Hierarchisch aufgebaute Parteiapparate steuerten die Masse der Mitglieder und die Gesellschaft. Die formal in den Statuten und in der Theorie vorgesehene politische Willensbildung von unten fand faktisch nicht mehr statt. Hauptaufgabe der Mitglieder war, Beschlüsse der übergeordneten Leitung und der Zentrale auszuführen. Funktionäre gerieten in Abhängigkeit zu den Apparaten, zu denen sie gehörten und entfernten sich zwangsläufig von denen, deren Interessen sie vertreten sollten. Berichte hatten sich an den Erwartungen der übergeordneten Ebene auszurichten. Vor allem Funktionäre der unteren Ebene gerieten dadurch nicht selten in Konfliktsituationen. Fraktionsbildungen galten a priori als parteifeindliche Gruppierungen. Der von oben vorgegebene einheitliche Wille ließ bestenfalls gelenkte Diskussionen und Zustimmungsadressen zu. Der stalinistische Parteityp kultivierte Gepflogenheiten und Rituale, die vor allem der Unterordnung und Selbstdisziplinierung der Funktionäre und der Mitgliedermasse diene. Zugleich entwickelten sich selbst unter widrigen Umständen Verantwortungsbewusstsein, Idealismus, Selbstlosigkeit und Leistungsbereitschaft. Dieses Paradox ist mitzudenken, wenn Vorgänge und persönliche Leistungen gerecht beurteilt werden sollen.

Der stalinistische Parteityp blieb nicht auf die Sowjetunion beschränkt. Er fand Verbreitung in der kommunistischen Weltbewegung. Das Parteimodell der KPdSU galt als verbindlich. Seit den 1920er Jahren wurden die Parteien der Kommunistischen Internationale und nach 1947/48 die »Bruderparteien« darauf ausgerichtet.²⁶ Das änderte sich nach dem XX. Parteitag der KPdSU und seiner Abrechnung mit Stalin im Jahre 1956 nur in der Form. Der Nachhall des stalinistischen Parteikonstrukts war auch nicht nur ein Problem der sozialistischen Länder. Es betraf ebenso Arbeiterparteien Westeuropas.

Die Krise und das Scheitern des Realsozialismus am Ausgang des 20. Jahrhunderts macht für linke Bewegungen und Parteien die Diskussion um die Ursachen unumgänglich. In diesen Kontext gehört auch die Stalinismus-Diskussion, die keineswegs als abgeschlossen gelten kann.²⁷ »Ohne schonungslose radikale Kritik am Stalinismus ist es unmöglich, neue, richtige und anziehende Sozialismuskonzeptionen zu entwickeln«²⁸, heißt es in einem Papier der KPÖ Steiermark aus dem Jahre 2005. Die Absage an jegliche Erscheinungsform von Stalinismus gehört zweifelsohne zu den Grundvoraussetzungen, um über Wege zum demokratischen Sozialismus und dessen Gestalt nachzudenken

26 Siehe u. a. Michael Buckmiller / Klaus Meschkat (Hrsg.): Biographisches Handbuch zur Geschichte der Kommunistischen Internationale. Ein deutsch-russisches Forschungsprojekt. Berlin 2007 (hier vor allem S. 329-436). – Alexander Vatlin: Die Komintern 1919-1929. Historische Studien. Mainz 1993. – Ders.: Die Komintern. Gründung, Programmatik, Akteure. Berlin 2009 (Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus. Bd. X). – Elke Reuter / Wladislaw Hedler / Horst Helas / Klaus Kinner (Hrsg.): Luxemburg oder Stalin. Das Schaltjahr 1928. Die KPD am Scheideweg. Berlin 2003 (Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus. Bd. IV) – Andreas Malycha: Partei von Stalins Gnaden? Die Entwicklung der SED zur Partei neuen Typs in den Jahren 1946 bis 1950. Berlin 1996.

27 Unter den neueren Wortmeldungen Thomas Marxhausen: Stalin, Stalinismus, Stalinismen. Ein Beitrag zur Sozialismusdebatte. Hrsg. von »Helle Panke« Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin. Berlin 2009 (Philosophische Gespräche. H. 13).

28 Franz Stephan Partheder: Über den Stalinismus (zitiert nach www.kpoe-steiermark.at/über-den-stalinismus. Ausdruck vom 13.6.2008).

und zu diskutieren. Dieser Diskussion muss sich auch die neue Partei DIE LINKE stellen, die aus dem Zusammenschluss der Linkspartei und der WASG hervorgegangen ist. Die Rezeption des Werkes von Rosa Luxemburg kann dazu sicherlich einen Beitrag leisten.

EDELBERT RICHTER

Die DDR-Bürgerbewegung und Rosa Luxemburg

Vor fast einem Vierteljahrhundert, am 17.01.1988, versuchten Bürgerrechtler und Ausreisewillige, sich an der offiziellen Demonstration zu Ehren von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg zu beteiligen. Sie trugen selbstgefertigte Transparente, auf denen das bekannte Wort Luxemburgs stand: »Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden«. Sie kamen jedoch nicht weit, denn das MfS war über das Vorhaben längst im Bilde. So wurden an diesem Tag etwa 160 Personen verhaftet, und einige Tage später weitere Köpfe der Opposition, u. a. Wolfgang Templin und Bärbel Bohley. Vor der Aktion hatte es Differenzen gegeben zwischen denen, die Veränderungen in der DDR anstrebten und denen, die ausreisen wollten. Das ist deshalb wichtig, weil es zeigt: Es ist *nicht wahr*, das Rosa Luxemburg hier nur benutzt wurde, sondern es ging schon um Demokratie in ihrem Sinne. Es ist andererseits aber *wahr*, dass die Bekanntschaft mit ihren Schriften sich wohl hauptsächlich auf den Aufsatz über die Russische Revolution beschränkte. Das mag von der damaligen Situation her verständlich sein, wird aber dem, was sie im Ganzen geleistet hat, natürlich in keiner Weise gerecht. Jedenfalls ist meine Ausbeute, wenn es um eine umfassende Auseinandersetzung von Bürgerrechtlern mit ihr geht, dürftig.

Ich bringe nur ein Beispiel: Rolf Henrichs Buch »Der vormundschaftliche Staat«, erschienen im Frühjahr 89 bei Rowohlt. Darin wird Rosa Luxemburg Lenin gegenübergestellt, wofür es gewiss gute Gründe gibt. Was ist aber der Grund, den Henrich nennt? Rosa Luxemburg sei »im abendländischen Denken verwurzelt«, während Lenin ein typischer

Vertreter des östlichen Denkens sei! Dahinter steht, dass Henrich die Lehre von den Gesellschaftsformationen als Ideologie kritisiert, aber selber an ihre Stelle einen neuen geschichtlichen Universalschlüssel setzt: Die »kulturgeschichtliche Tiefendimension« des politischen Ost-West-Gegensatzes sei der »alte Gegensatz von Orient und Okzident«. – Offengestanden verliert man schnell die Lust, so etwas heute noch zu lesen. An Luxemburg-Rezeption im *strengen* Sinne, eine wirkliche Auseinandersetzung mit ihrem Werk, ist also in der Bürgerbewegung nicht viel zu finden. Aber man kann das Thema auch in einem *weiten* Sinne interpretieren: Warum war Rosa Luxemburg eine der wenigen großen Gestalten der sozialistischen Tradition, deren Name in der Bürgerbewegung einen guten Klang hatte? Warum war sie vielen sogar sympathisch oder verehrungswürdig? Natürlich wegen des Zaubers ihrer Persönlichkeit. Die wunderbaren Briefe aus dem Gefängnis wurden gelesen. Der Film Margarethe von Trottas (1985) hat dazu beigetragen, ihr Leben vielen nahezu bringen. Nicht zuletzt machte ihr Martyrium sie glaubwürdig. In der Sache war sie für die Opposition damals bedeutsam, weil sie in der sozialistischen Tradition am eindeutigsten für Frieden und Demokratie stand, und zwar im Unterschied zu den Herrschenden. Allerdings hatte die Sache eine Kehrseite: Die Bürgerbewegten waren zum großen Teil moralisch hoch sensibel und motiviert, jedoch im Grunde unpolitisch. Wie sollten sie unter den gegebenen Bedingungen auch Ahnung vom politischen Geschäft haben? Sie konnten es ja höchstens kritisieren, aber nicht an ihm teilnehmen! Daraus folgt aber die Frage, ob ihnen Rosa Luxemburg nicht vielleicht gerade deshalb so sympathisch war? Weil sie ein glänzendes moralisches Vorbild, aber politisch letztlich gescheitert war, also mit den harten Realitäten dieser Welt auch nicht sonderlich vertraut war! Bei den Oppositionellen, die es ernst meinten und nicht zum Opportunismus neigten, lief die »Rezeption« Rosa Luxemburgs sogar auf eine Art *Wiederholung* ihres Weges hinaus – freilich weit weniger dramatisch, weshalb man eher von einem schwachen *zweiten* Aufguss sprechen sollte. Aber trotz aller Unterschiede sind die Parallelen zwischen der Novemberrevolution und der Herbstrevolution von 1989 durchaus verblüffend: Die DDR-Opposition hatte ihren Ausgangspunkt zwar nicht

im Kampf gegen einen furchtbaren Krieg, immerhin aber im Kampf gegen einen verschärften Kalten Krieg, der Deutschland mit der atomaren Vernichtung bedrohte. Wie die deutsche Linke 1917 fasziniert war von dem, was in Russland geschah, so war die DDR-Opposition seit 1986 fasziniert von dem, was in der Sowjetunion geschah (Stephan Hermlin sprach von einer zweiten Oktoberrevolution). Und wie Sowjetrußland 1918 den Krieg beendete, so leitete die Sowjetunion 1986 das Ende des Kalten Krieges ein. Freilich wusste Rosa Luxemburg, auf welchen schwachen Füßen das sozialistische Experiment in Russland stand: dennoch glaubte sie an seine Zukunft. Ebenso wussten wir Oppositionellen, in welchen Schwierigkeiten sich die Sowjetunion ökonomisch befand; dennoch glaubte damals niemand, dass sie einmal zusammenbrechen würde.

Dann gingen in *Deutschland* die Massen auf die Straße. Wie einst die Arbeiterparteien die Revolution nicht gemacht hatten, so wurde auch die Opposition in der DDR von ihr überrascht. Und wie einst die Arbeiter- und Soldatenräte die treibende Kraft waren, so waren es jetzt spontane basisdemokratische Zusammenschlüsse: eine schöne Bestätigung von Rosa Luxemburgs Spontanitätstheorie. Folglich wollten Spartakus und die USPD die Revolution, die ja offensichtlich unvollendet war, weiterführen. Aber die westlichen Siegermächte hätten das erklärtermaßen nie zugelassen! (Was nicht heißt, dass man mehr Schritte in diese Richtung hätte tun können.) Ebenso wollte die DDR-Opposition die Revolution fortführen, aber die USA hatten schon seit Frühjahr 89 auf eine Wiedervereinigung in ihrem Sinne hingearbeitet, und als die Mauer fiel, war der Weg dahin im Grunde unumgänglich. (Was nicht heißt, dass man den Einigungsprozess hätte anders gestalten können.) So kam es in beiden Fällen zu dem ärgerlichen Phänomen, dass das Volk, dessen Spontanität einen gerade begeistert hatte, mit derselben Spontanität plötzlich etwas ganz anderes wollte, sich als nicht »reif« für die wahre Revolution erwies. – Hatte Rosa Luxemburg ausreichend bedacht, was der Sieg des kapitalistischen Westens bzw. die völlige Niederlage Russlands (auch gegenüber Deutschland, das nun zwischen beiden stand), eigentlich für den Sozialismus im Weltmaßstab bedeutete? Den Oppositionellen in der DDR war jedenfalls

lange noch gar nicht bewusst, dass das Ende des Kalten Krieges den Sieg des Westens und die Niederlage der Sowjetunion bedeutete. Mir selber ist das erst im Frühjahr 1990 klar geworden, als auf einer außenpolitischen Konferenz ein französischer Diplomat betonte, man müsse gegenüber der Sowjetunion eine solche Demütigung vermeiden, wie sie der Versailler Vertrag Deutschland zugefügt habe. – Weil die Linke ihre Hoffnung auf innere Veränderungen setzt, fällt es ihr bis heute offenbar schwer, außenpolitische Machtfaktoren überhaupt zu erkennen. So war die Mehrheit der Bürgerrechtler gegen die deutsche Wiedervereinigung – ein edler, aber abstrakter Internationalismus, der dem Luxemburgs durchaus entsprach; denn hatte der proletarische Internationalismus im 1. Weltkrieg nicht gerade seinen Träger verloren? Freilich konnte man dagegen einwenden, dass das Proletariat nun, durch die Schrecken des Weltkrieges belehrt, seiner Mission gerecht werden würde. Ganz analog konnte die DDR-Opposition sagen, dass das Volk durch die Erfahrung des 2. Weltkrieges belehrt, doch die Gefahr des Nationalismus erkennen musste. Aber das waren moralische Argumente, die an der außenpolitischen Machtverschiebung nichts änderten! Natürlich nahmen auch die Regierenden, die die Machtverschiebung vollzogen, die Moral zu Hilfe: Ich meine die in der Novemberrevolution von ihnen geschürte, sachlich haltlose Bolschewismusfurcht und die bei den letzten Volkskammerwahlen betriebene, undifferenzierte Polemik gegen jeglichen Sozialismus.

Noch einmal: Warum war Rosa Luxemburg für die Opposition damals so bedeutsam? Weil sie in der sozialistischen Tradition am überzeugendsten für Frieden und Demokratie stand. Aber damit waren bei ihr Schwächen in der Einschätzung der realen Machtverhältnisse verbunden, die die Opposition aufgrund ihrer unzulänglichen Kenntnis des Werks von Rosa Luxemburg nicht gesehen hat – weshalb sie sie in abgewandelter Form wiederholen musste.

Ich möchte zum Schluss noch drei Beispiele für solche Schwachstellen benennen, und da ich Rosa Luxemburgs Werk nicht umfassend kenne, möchte ich die anwesenden Experten um Aufklärung bitten.

Am bekanntesten sind wohl Luxemburgs immer wiederkehrenden Stellungnahmen gegen das Selbstbestimmungsrecht der Nationen, wo-

mit sie sich im Gegensatz befand nicht nur zur Sozialdemokratie, sondern auch zu Lenin. (Auf Stellenangaben kann ich hier vielleicht verzichten) Wie verträgt sich damit aber ihr Artikel »Zur Verteidigung der polnischen Nationalität« gegen die preußische Assimilierungspolitik¹? Oder ihr Vorschlag in »Die Krise der Sozialdemokratie«, die Arbeiterklasse hätte 1914 mit dem Selbstbestimmungsrecht ernstmachen und die Verteidigung des Landes »in die eigene Hand« nehmen sollen?² Ich finde diese Inkonsequenz bezeichnend, denn es ist eben schwer, sich aus internationalen Konflikten heraushalten zu wollen. Ein solcher abstrakter Internationalismus ist nicht nur schwer durchzuhalten, er führt womöglich sogar zum Gegenteil, nämlich zur Unterstützung der herrschenden gegenüber den unterdrückten Nationen.

Daran schließt sich eine zweite Frage an, der man auch kaum ausweichen kann: Sind alle Imperialismen gleich oder gibt es Abstufungen, sozusagen schlimmere und weniger schlimme? Und was sind die Kriterien bei der Einschätzung? Dass sich diese Frage stellt, bestätigt Rosa Luxemburg, indem sie in der Junius-Broschüre die These vertritt, Russland sei nicht mehr der Hort der europäischen Reaktion, sondern jetzt sei es das Wilhelminische Reich.³ Man muss kein Deutschnationaler sein, um diese These seltsam zu finden. Denn schon ein oberflächlicher Vergleich zwischen beiden Reichen zeigt sowohl in politischer als auch in sozialer als auch in ökonomischer Hinsicht ihre Fragwürdigkeit.

Eine dritte Schwachstelle liegt meines Erachtens vor bei der Bestimmung des Verhältnisses von direkter und indirekter Demokratie. In ihrem Aufsatz über die Russische Revolution kritisiert Rosa Luxemburg mit Recht, dass die Bolschewiki im November 1917 die endlich gewählte Konstituante auflösten, weil sie in ihr die erhoffte Mehrheit nicht gefunden hatten.⁴ Warum aber ist sie dann in Deutschland gegen die Wahlen zur Nationalversammlung?⁵ Man kann antworten, dass sie die Revolution in Deutschland als fortgeschrittener einschätzte, daher das

1 Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke. Bd. 1. Halbband 2. Berlin 1988. S. 810.

2 Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke. Bd. 4. Berlin 1983. S. 144.

3 Ebenda. S. 113ff.

4 Ebenda. S. 353ff.

5 Ebenda. S. 409ff.

Rätesystem als die angemessene Form der Demokratie. Aber nach dem Rätekongress vom Dezember 1918, der mehrheitlich für Wahlen zur Nationalversammlung stimmte, reagierte Rosa Luxemburg ganz ähnlich wie die Bolschewiki und sah in ihm bloß ein »williges Werkzeug der Gegenrevolution«.⁶

6 Ebenda. S. 467.

HOLGER POLITT

Zurückgelegt. Zu einigen Aspekten der Rosa-Luxemburg-Rezeption in Polen nach 1945

I

Als polnische Arbeiter im Sommer 1980 eine Streikwelle entfachten, die fast das ganze Land erreichte, mündeten diese Proteste in einen scharfen politischen Kampf. Zunächst ging es in Lublin im Juli und dann in den großen Küstenstädten Anfang August um reine Lohnforderungen. Ein wiederholtes Mal kämpften Arbeiter für die Verbesserung ihrer materiellen Situation, was sich in den Forderungen nach Lohnerhöhung, Arbeitszeitkürzungen und Verbesserung der Versorgungslage ausdrückte. Doch als die streikenden Werftarbeiter in der Lenin-Werft in Gdańsk sich anschickten, die ihnen wegen der exportwirtschaftlichen Bedeutung des Betriebs durch die Werftleitung nach Rücksprache mit der Regierung schnell angebotenen Lohnerhöhungen und weiteren Vergünstigungen zu akzeptieren und damit den Streik in der Werft zu beenden, kam es zu Protesten unter den streikenden Arbeitern in anderen, an sich weniger wichtigen Betrieben der Küstenregion und überhaupt im Lande. Die Beschäftigten der kleineren Betriebe, der volkswirtschaftlich nicht ganz so wichtigen Einrichtungen, so der allgemeine Tenor in vielen Betrieben des Landes, dürften jetzt nach dem schnellen Erfolg der Werftarbeiter in Gdańsk nicht im Sich gelassen werden. Das Wort vom Solidaritätsstreik war geboren. Schnell schlossen sich von nun an auch die Beschäftigten in anderen Schlüsselbereichen an. Faktisch war es jetzt ein Massenstreik, der sich

Ziele setzte, die weit über Lohnforderungen und Arbeitsbedingungen in den Betrieben hinausgingen. Er endete nach zähem Ringen mit der Zulassung der Gewerkschaft »Solidarność«, der ersten von Partei und Regierung unabhängigen und landesweiten Interessenvertretung von Arbeitern im sowjetischen Block. Also ein Massenstreik, wie ihn Rosa Luxemburg seit der Erfahrung von 1905/07 allerdings untrennbar mit der Revolution verband.¹ Der Massenstreik an der polnischen Ostseeküste und später im ganzen Land war also nach dieser Logik das zunächst wichtigste Element revolutionärer Änderungen, mit denen schließlich der Prozess der Beseitigung des Staatssozialismus auf europäischem Boden eingeleitet wurde. Alle folgenden Versuche, den Zusammenbruch des Systems aufzuhalten oder ganz zu verhindern, blieben entweder erfolglos oder brachten nur einen zeitweiligen Aufschub, der aber nicht genutzt werden konnte.²

Rosa Luxemburg hatte an der Neigung der Polen, ihrer tragischen Geschichte im 19. Jahrhundert einen besonderen, aus dem sonstigen

- 1 »So schafft also die Revolution erst die Bedingungen, in denen jenes unmittelbare Umschlagen des ökonomischen Kampfes in politischen und des politischen Kampfes in ökonomischen ermöglicht wird, das im Massenstreik seinen Ausdruck findet. [...] In Wirklichkeit produziert nicht der Massenstreik die Revolution, sondern die Revolution produziert den Massenstreik.« Rosa Luxemburg: Massenstreik. Partei und Gewerkschaften. In: Gesammelte Werke. Bd. 2. Berlin 1972. S. 130.
- 2 Mieczysław F. Rakowski, damals Chefredakteur der Wochenzeitung »Polityka«, schreibt unter dem 22. Juli 1980 in sein politisches Tagebuch folgenden bitterbösen Eintrag: »Wenn ich das ablaufende Jahrzehnt bewerte, so bin ich erstaunt über jenen Haufen Unglück, den Gierek und seine schlesische Gruppe bilden. Niemand hat das Volksrepublik Polen genannte Spielzeug so kaputt gemacht wie sie. [...] Ende der siebziger Jahre sollten im Land eigentlich Milch und Honig fließen. Nichts wurde aus diesen Absichten. Fallendes Lebensniveau in der zweiten Hälfte der Dekade, eine ungeheure Demoralisierung der Gesellschaft, Schlangen, das Anwachsen von Religiosität, einfach ungewöhnliche Ausmaße der Verachtung für den Machtapparat, eine ihn verspottende Opposition, der Niedergang der Autorität der VRP in Europa, die Großtueri der Mächtigen – das ist von Giereks Vision eines ›zweiten Polens‹ übrig geblieben.« In: Mieczysław F. Rakowski: Dzienniki polityczne [Politische Tagebücher]. Bd. 7. 1979-1981. Warschau 2004. S. 211.

Gang der europäischen Geschichte herausragenden Nationalcharakter zuzuschreiben, viel auszusetzen. Lange Zeit glaubte sie, die Arbeiterbewegung in Polen sei gegen das kleinbürgerliche und bürgerliche Gift des Nationalismus, wie sie es nannte, vom Grundsatz her ausreichend gefeit, seien die Kerninteressen der Arbeiter in Polen doch die gleichen wie in allen anderen industriellen Weltgegenden auch. Da von den Teilen Polens nur das zu Russland gehörende sogenannte Königreich Polen tatsächlich eine nennenswerte Industrialisierung erlebt habe, weil die Einbindung in den riesigen russischen Markt und zugleich die westliche Randlage hierbei sich so überaus vorteilhaft auswirkten, bleibe folglich den Arbeitern in den Industriestandorten Polens nichts übrig, als sich in ihrem Kampf mit den Arbeitern des übrigen Reiches zusammenzuschließen. Über die Schwierigkeiten, mit denen dieser Weg gepflastert sein würde, hatte Rosa Luxemburg allerdings keine Illusionen. Auch deshalb kämpfte sie auf polnischem Grund von Anfang an entschieden gegen alle Erscheinungen und Spielarten von Nationalismus in den Reihen der Arbeiterbewegung, ein Kampf, der in manchen Fällen Züge annehmen wird, die an Don Quichotte erinnern lassen.

Auf der einen Seite wurde sie herausgefordert durch die Versuche, die polnische Arbeiterbewegungen in den drei Teilungsgebieten unter dem Dach einer polnischen sozialistischen Partei nach organisatorischem Vorbild der föderalistisch zusammengefügt Sozialdemokratie in Österreich-Ungarn politisch zusammenzuführen. Die Auseinandersetzung mit dieser Tendenz führte zu ihrem fast lebenslangen und letztlich vergeblichen Kampf mit der Polnischen Sozialistischen Partei (PPS), bei dem der Streit um die Möglichkeit einer Unabhängigkeit Polens an zentraler Stelle stand. Mit der von ihr mitinitiierten Gründung einer sozialdemokratischen Partei für den russischen Teil Polens, die nach deutschem Vorbild eine konsequent auf dem Boden der Theorie von Marx und Engels stehende Partei sein sollte, orientierte sie andererseits entschieden auf die Einbindung der polnischen Arbeiterbewegung im russischen Teilungsgebiet in eine gesamtrossische sozialdemokratische Bewegung. Das führte sie zu einer ebenfalls lebenslangen kritischen Auseinandersetzung mit der Bolschewiki, die unter Lenins

Führung seit 1903 das Parteileben der russischen Sozialdemokratie zu bestimmen suchte und wesentlich bestimmte.

Nach dem Ersten Weltkrieg erlebte jener Teil der PPS, den Rosa Luxemburg eigentlich bereits seit langem für politisch tot hielt, eine Auferstehung, die diese Partei zu einer der wichtigen politischen Kräfte in der so genannten Zweiten Republik (1918 bis 1939) werden ließ. Ein anderer Teil, der sich PPS-Linke nannte, verschmolz Ende Dezember 1918 mit der Luxemburg-Partei Sozialdemokratie des Königreich Polens und Litauens (SDKPiL) zur Kommunistischen Arbeiterpartei Polens (KPRP), später nur noch Kommunistische Partei Polens (KPP). Diese Partei wirkte von Anfang an in teils tiefer Illegalität und wurde in den 1920er Jahren unaufhaltsam in die Bolschewisierungprozesse hineingezogen, denen fast alle zur Kommunistischen Internationale gehörenden Parteien ausgesetzt waren. Letztendlich zerbrach die Partei daran, kam nie in die Lage, aus der Illegalität herauszukommen. Nach dem Zweiten Weltkrieg und der Gründung der Volksrepublik Polen schlossen sich Teile der PPS und der in den Kriegsjahren aus den Resten der durch Stalin 1938 zerschlagenen KPP neu gegründeten Polnischen Arbeiterpartei (PPR) zur Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) zusammen.

Der politische Gegner jener Arbeiter, die viele Jahrzehnte später im Sommer 1980 den Massenstreik wagten, war besagte PVAP. Obwohl in diesem Arbeiterprotest viele Elemente eingewoben waren, die Rosa Luxemburg in ihrer Zeit immer als Elemente bürgerlicher oder kleinbürgerlicher Ideologie und damit als Ausdruck von Zurückgebliebenheit in den Reihen der Arbeiter identifiziert hatte, hätte sie den generellen politischen Anstrich oder Charakter dieses Massenstreiks herausheben und entsprechend würdigen müssen. In dem komplizierten Streit zwischen der seit Jahrzehnten regierenden Vereinigten Arbeiterpartei und den streikenden Arbeitern hätte sie, legt man ihr politisches Temperament und den Gedankengehalt ihrer Schriften zu Grunde, wohl die Seite der streikenden Arbeiter ergriffen.

Die weitere Geschichte ist bekannt. Das System des Staatssozialismus war nicht mehr zu halten, auch wenn es noch bis 1989 dauerte, als ihm im Herzen Europas – in Warschau, Budapest, Berlin und Prag

– der endgültige Todesstoß versetzt wurde. Keine zwei Jahre später zerfiel folgerichtig die Sowjetunion, deren Anfänge sich aus jener Zeit nahmen, in der Rosa Luxemburg im Breslauer Staatsgefängnis ihre berühmte gewordene kritische Würdigung der russischen Revolution zu Papier brachte.

Aus der zusammenfallenden und dann Anfang 1990 aufgelösten PVAP ging als wichtigste politische Kraft die Sozialdemokratie der Republik Polen (SdRP) hervor. Das klang noch einmal fast nach Rosa Luxemburg, ein ganz wenig wie einst die Sozialdemokratie des Königreich Polens und Litauens. Doch nichts gefehlter, denn die frischgebackenen Sozialdemokraten am Ausgang des 20. Jahrhunderts hatten weder vor, sich auf die marxistische Theorie zu stützen, noch sahen sie die Interessenvertretung der Arbeiterklasse als ihre wichtigste politische Aufgabe an. Sie stellten sich auf den Boden der nun demokratisch verfassten Gesellschaft, die sprunghaft nach marktwirtschaftlichen Regeln sich auszurichten begann – weg von den Hinterlassenschaften des mit Pauken und Trompeten untergegangenen Staatssozialismus. Da diese Positionierung durch schnelle und teils spektakuläre Wahlerfolge belohnt wurde, entwickelten sich die modernen Sozialdemokraten zu einer staatstragenden Partei, eine Rolle übrigens, die vielen ihrer Spitzenleute sofort und wie angegossen passte. Schließlich gingen die neuen Sozialdemokraten in eine Allianz linksdemokratischer Kräfte auf (SLD), die sich kurz vor ihrem größten Wahlerfolg 2001 zu einer Partei wandelte. Und den Linksdemokraten sagt Rosa Luxemburg heute nichts, gar nichts mehr. Wohl ganz wenige kämen dort noch auf den Gedanken, sie der eigenen Tradition zuzuordnen.

Und im übrigen Polen würde ohnehin kaum noch jemand den einfachen Gedanken finden, die legendäre »Solidarność«-Zeit mit Rosa Luxemburg, der Denkerin, die in der marxistischen Tradition im 20. Jahrhundert den gesellschaftlichen Stellenwert des Massenstreiks am besten verstanden hat, in Verbindung zu bringen. Nahezu einhellig wird sie einer Zeit und einer Bewegung zugeordnet, die mit diesen Massenprotesten und -streiks in der Endphase der europäischen sozialistischen Staatenwelt endgültig und ausschließlich und zurecht der Geschichte übergeben wurden.

II

Seit den 1960er Jahren verbindet sich in Polen die Beschäftigung mit Werk und Wirken Rosa Luxemburgs vor allem mit dem Namen von Feliks Tych. Nachdem den entsprechenden Parteieinrichtungen in Polen und in der DDR aus Moskau jeweils die Fotokopien erhalten gebliebener Briefe und Dokumente Rosa Luxemburgs übergeben wurden, entschloss sich die polnische Seite unter Federführung Feliks Tychs, die Briefe an Leon Jogiches in gesonderter Form zu veröffentlichen.³ Die Drucklegung der drei Bände mit 766 Briefen bzw. Postkarten Rosa Luxemburgs an ihren langjährigen Lebenspartner und engsten Kampfgefährten erfolgte in den Jahren 1968 bis 1971. Bis zum Erscheinen der sechs Bände umfassenden Gesammelten Briefe ab 1982 in der DDR waren diese Jogiches-Bände die umfassendste Ausgabe mit Briefen Rosa Luxemburgs. Zugleich wurde der Forschung ein unschätzbare Dienst geleistet, lagen damit doch wegen der Spezifik ihrer persönlichen Beziehungen zu Jogiches wertvolle Selbstzeugnisse Luxemburgs vor, die zehn außerordentlich wichtige Jahre ihres politischen und theoretischen Wirkens umfassen. Die Bedeutung dieser Briefsammlung für die Luxemburg-Forschung kann gleichgesetzt werden mit den umfangreichen Briefen aus den Gefängnissen, die Rosa Luxemburg in der Zeit des Ersten Weltkriegs geschrieben hatte.

Für Tych war die Beschäftigung mit Rosa Luxemburg von vornherein eingebunden in den 1956 notwendig gewordenen Prozess einer grundlegenden Neubewertung der Geschichte der polnischen Arbeiterbewegung. Er war in dieser Zeit also nicht nur ein ausgesprochener Luxemburg-Forscher, sondern er band seine Beschäftigung mit Rosa

3 Annelies Laschitzka und Günter Radczun schrieben dazu 1982: »Der Brieffonds Rosa Luxemburgs an Leo Jogiches gehört zu jenen Rosa-Luxemburg-Materialien, die in den sechziger Jahren sowohl dem damaligen Institut für Parteigeschichte des Zentralkomitees der PVAP wie dem Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED dankenswerterweise vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der KPdSU in Fotokopie übergeben worden waren.« In: Rosa Luxemburg: Gesammelte Briefe. Band 1. Berlin 1982. S. 48*.

Luxemburg in starkem Maße ein in die intensiv einsetzenden Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Polen überhaupt. So sehr gut ersichtlich in dem 1967 erschienenen zweibändigen Werk zu 100 Jahren polnischer Arbeiterbewegung »Geschichte der polnischen Arbeiterbewegung 1864-1964«, in welchem Tych für die Zeit von 1905 bis November 1918 verantwortlich war, also vom Ausbruch der Revolution im russischen Teilgebiet bis zum Zeitpunkt der Wiederherstellung der polnischen Unabhängigkeit.⁴ Auffallend der Grundzug der Gesamtkonzeption, dem auch Tych in seiner Darstellung konsequent folgte: PPS und SDKPiL werden grundsätzlich gleichbehandelt, insofern stets von den beiden Grundrichtungen in der Arbeiterbewegung Polens gesprochen wird. Zwar sind die Zeichen der Sympathien für die SDKPiL-Linie nicht zu übersehen, aber das Bemühen, auch der anderen, der insbesondere durch Rosa Luxemburg stets scharf angegriffenen Seite ein ausreichendes historisches Recht zuzugestehen, ist unverkennbar. Also der Versuch einer ausgewogenen Darstellung, der die scharfen Polemiken entschärfte, mit denen sich Rosa Luxemburg in ihren polnischen Schriften stets gegen die PPS und den von ihr so bezeichneten Sozialpatriotismus richtete. Wo sie vor allem den Verrat an der Sache und den Interessen der Arbeiterklasse ausmachte, wurde nunmehr die aus historischer Distanz und der geronnenen Erfahrung besser erklärbare Auseinandersetzung zweier durchaus gleichwertiger Grundrichtungen in der polnischen Arbeiterbewegung gesetzt.⁵

4 Historia polskiego ruchu robotniczego 1864-1964 [Geschichte der polnischen Arbeiterbewegung 1864-1964]. 2 Bände. Warschau 1967.

5 In der ab 1970 in der DDR verlegten, bis jetzt fünf Bände umfassenden Ausgabe gesammelter Werke wurde hingegen weiterhin der herausgehobene Charakter Rosa Luxemburgs betont, was sich einerseits gegen die noch nahe Tradition des »Luxemburgismus« richtete, zugleich aber insgeheim half, Luxemburgs Positionierung gegenüber Lenin und der russischen Bolschewiki kenntlicher zu machen. Andererseits blieb kein Raum, Luxemburgs teils sehr einseitige und, historisch gesehen, auch zweifelhafte Positionen gegenüber der PPS in einen breiteren Kontext zu stellen. Der in die nicht immer einfach zu verstehenden polnischen Umstände nicht eingeweihte Leser wird also in der Überzeugung belassen, Luxemburg vertrete dabei richtige, weil konsequent marxistische Positionen. Einmal zu dieser Überzeugung gelangt, musste der

Noch stärker sichtbar wurde diese Ausrichtung auf die zwei, im Grunde gleichwertigen Grundrichtungen der Arbeiterbewegung Polens bei einem längerfristigen Vorhaben, für welches Feliks Tych von Anfang an in der Gesamtverantwortung stand. An der Spitze eines Redaktionskomitees gab Tych 1978 den ersten Band eines »Biographischen Wörterbuchs der Funktionäre der polnischen Arbeiterbewegung« heraus, die Stichwörter von A bis D umfassend. Der zweite Band mit den Buchstaben E bis J erschien 1987, der dritte Band mit dem Buchstaben K dann erst 1992. Bei den beiden ersten Bänden nannte sich die herausgebende Institution noch Museum der Geschichte der polnischen revolutionären Bewegung, beim dritten Band bereits Unabhängigkeitsmuseum.⁶ Im Vorwort zum dritten Band hob Tych hervor, dass es der erste Band sei, der unter zensurfreien Bedingungen erscheinen könne. Im Weiteren legte der Herausgeber dann noch einmal ein Grundanliegen des Wörterbuchs und die damit einhergehenden Schwierigkeiten dar, auf die ein solches Vorhaben in einem System stieß, welches auf das Monopol der richtigen Meinung gepocht habe.

Das Wörterbuch hat tatsächlich Neuland betreten, denn erstmals im sowjetisch dominierten Block wurden in ihm weitgehend lückenlos entsprechend der Anfangsbuchstaben die Opfer des großen Terrors in der Sowjetunion in den 1930 Jahren genannt. Zwar konnte in den ersten beiden Bänden nicht direkt geschrieben werden, dass die Opfer durch den sowjetischen Geheimdienst oder gar auf Befehl Stalins umgebracht worden seien, aber es wurde ein Kompromiss ausgehandelt, der in den Stichwörtern folgendes Muster erlaubte: Genannt wurden,

deutsche Leser meistens diesen für ihn gar nicht einsehbaren Pfad schnell verlassen oder aber im Gestrüpp der weiteren Geschichte sich verlaufen bzw. mit der Konstruktion eines haltlosen, weil in diesem Fall nicht weiterhelfenden Internationalismus sich begnügen. Den meisten dieser Leser dürfte erstmals in den Tagen der ersten »Solidarność« aufgefallen sein, dass zwischen der so herausgestellten Rosa Luxemburg, der Theoretikerin des Massenstreiks, und den aktuellen Streikvorgängen ihnen ein Stückchen »Geschichte« fehlt.

6 Słownik biograficzny działaczy polskiego ruchu robotniczego [Biographisches Wörterbuch der Funktionäre der polnischen Arbeiterbewegung]. Band 1. A-D. Warschau 1978. Band 2. E-J. Warschau 1987. Band 3. K. Warschau 1992.

soweit bekannt, Geburts- und Todesjahr oder das als wahrscheinlich angenommene Todesjahr, welches dann mit einem Fragezeichen versehen wurde, dann die Angabe, in welchem Jahr verhaftet und in welchem Jahr postum rehabilitiert. Beim ersten Band sei daraufhin, so Tych, allerdings nur eine sehr kleine Auflage von unter 2.000 Exemplaren genehmigt worden, wobei aber alle wichtigen Bibliotheken des Landes mit Exemplaren versorgt werden konnten. Vor dem Erscheinen des zweiten Bandes, der gegenüber dem ersten Band bereits mit vierfacher Auflagenhöhe erscheinen konnte, habe es gezielte Widerstände bis in höchste Kreise der Partei- und Staatsführung gegeben. Auf den Druck musste der erste Band sechs, der zweite immerhin noch drei Jahre warten.

Um hier den durch Tych angesprochenen Sachverhalt zu bekräftigen, sei auf typische Formulierungen verwiesen, die in offiziellen Publikationen in Polen nach 1956 zu verschiedenen Zeiten gebraucht wurden, um die Verfolgung und Ermordung polnischer Kommunisten in der Sowjetunion zu kennzeichnen. Ein guter Leitfadensatz dafür sind die Ausgaben gesammelter Schriften, Reden und Aufsätze, die für verschiedene herausragende polnische Kommunisten erschienen waren. 1958 wurde über das Ende Adolf Warskis, des langjährigen treuen Kampfgefährten Rosa Luxemburgs, noch sehr umständlich so geschrieben: »Viele Jahre hindurch ist Warski ein Gegenstand von Angriffen durch einst nahe Kampfgenossen gewesen. Er hat sehr darunter gelitten. Aber das alles ist nichts im Vergleich mit dem tragischen Epilog seines Lebens, der Auflösung der KPP und der schrecklichen, damit verbundenen Konsequenzen.«⁷ Über das Lebensende von Maria Koszutska (Wera-Kostrzewa), der neben Luxemburg bekanntesten Frauenpersönlichkeit in der polnischen Arbeiterbewegung, wurde 1961 bereits weniger verschnörkelt informiert: »Ähnlich wie eine Reihe anderer Funktionäre der KPP ereilte Kostrzewa ein tragisches Schicksal. Nach offiziellen Angaben endete ihr Leben im Jahre 1939.«⁸ Bei Henryk Walecki, mit dem

7 Adolf Warski: Wybór pism i przemówień. [Ausgewählte Schriften und Reden]. Band 1. Warschau 1958. S. LXIV.

8 Maria Koszutska (Wera-Kostrzewa): Pisma i przemówienia. [Schriften und

sich Rosa Luxemburg nach der Revolution 1905-07 oftmals heftig in Sachen polnischer Unabhängigkeit stritt und mit dem sie 1906 in Warschau übrigens für kurze Zeit im selben Gefängnis einsaß, konnte 1967 zwar immer noch kryptisch, aber bereits so formuliert werden: »Das Schicksal Waleckis ähnelte dem anderer polnischer und sowjetischer Funktionäre. Am 22. Juni 1937 festgenommen, fiel er provokatorischen Anschuldigungen zum Opfer.«⁹ Schließlich fand sich 1970 bei Henryk Lauer-Brand, einem der bekanntesten Publizisten aus den Reihen der KPP, die dann allgemein bis Mitte der 1980er Jahre gängige Formulierung in Publikationen staatlicher Verlage: »Im Zusammenhang mit zahlreichen Verhaftungen polnischer Kommunisten in der UdSSR in der Periode des Personenkultes bekam Lauer viele Schwierigkeiten bei der Arbeit. Am 22. Mai 1937 wurde er grundlos verhaftet. Wahrscheinlich starb er im Januar 1939. 1955 wurde er postum rehabilitiert.«¹⁰ Um die hier aufgezeigte Linie ihrerseits ins Verhältnis zu setzen, sei darauf verwiesen, dass die erwähnte sechsbändige Briefausgabe Rosa Luxemburgs in der DDR nur erscheinen konnte mit einem von vornherein zurechtgestutzten Apparat: »Zu allen Personen gibt es im Register biographische Angaben für die Zeit bis zur Ermordung Rosa Luxemburgs im Januar 1919.«¹¹ Ein Kompromiss also, dessen Brisanz in der DDR nicht allen gleich ins Auge fiel.

Allerdings machte Tych im Jahre 1992 gewissermaßen die Rechnung ohne den Wirt. Das Wegfallen jeglicher Ansinnen staatlicherseits an die Redaktionsarbeit ging einher mit der baldigen Einstellung der staatlichen, nunmehr öffentlichen Förderung überhaupt. Ohne die Unterstützung aus Steuermitteln aber war das aufwendige Vorhaben nur noch schwer oder überhaupt nicht mehr durchzuführen, wie sich bald zeigen sollte. Zwar konnte in den Jahren der ersten SLD-Regierung von 1993 bis 1997 die Forschungsarbeit am Folgeband unter allerdings

Reden]. Band 1. Warschau 1961. S. 101.

9 Henryk Warski: *Wybór pism.* [Ausgewählte Schriften]. 1905-1937. Band 1. Warschau 1967. S. 61.

10 Henryk-Lauer Brand: *Pisma i przymówienia.* [Schriften und Reden]. Warschau 1970. S. 22.

11 Rosa Luxemburg: *Gesammelte Briefe.* Band 1. Berlin 1982. S. 54*.

eingegrenzten personellen und finanziellen Möglichkeiten fortgesetzt werden, so dass in dieser Zeit immerhin die Druckfahnen für die Anfangsbuchstaben L und M fertig gestellt werden konnten, doch zu einer Drucklegung dieses Bandes kam es nicht mehr. Wenn man es recht besehen, hat sich die Wartezeit bis zur Drucklegung für den nun fertigen nächsten Band unter den ganz und gar freiheitlichen Bedingungen erheblich verlängert, macht derzeit schon 15 Jahre aus, womit die insgesamt 9 Jahre der ersten beiden Bände längst relativiert worden wären. Allerdings findet sich jetzt das treffliche Argument des mangelnden oder ausbleibenden Publikumsinteresses. Doch selbst eine kleine, auf möglicherweise wenige Interessenten gemünzte Ausgabe in Höhe der Auflage des ersten Bandes ist in weite Ferne gerückt.

Feliks Tych, der für diesen Band die Stichworte zu Rosa Luxemburg und Julian Marchlewski geschrieben hat, wurde 1996 zum Direktor des namhaften staatlichen Jüdischen Historischen Instituts in Warschau bestellt und blieb bis 2006 auf diesem Posten. Er fiel damit jedoch als wichtiger Antrieb des Biographie-Projektes aus. Alle anderen mit diesem Vorhaben betreuten Personen strandeten in der Zwischenzeit in anderen Aufgabenfeldern, Institutionen oder befinden sich bereits im Ruhestand, so dass Anfang des neuen Jahrhunderts niemand mehr sagen konnte, ob es überhaupt jemals zu einer Fortsetzung kommen werde. Hoffnungen, unter der neuerlichen SLD-Regierung von 2001 bis 2005 Steuermittel aus den Fonds für Kultur oder Wissenschaft freizubekommen, erwiesen sich als vergebliche.

Und der weitere Lauf der politischen Entwicklung fixierte diesen Stand. Diejenigen, die sich im Augenblick in Polen für die immerhin faszinierende und zugleich in großem Maße tragische Geschichte der Arbeiterbewegung in dem Land interessieren, kommen nicht an die notwendige staatliche, öffentliche Förderung heran, und andererseits ist das mit solchen Mitteln gelenkte und unterstützte Interesse an geschichtlichen Fragen längst einen ganz anderen, entweder betont nationalen oder auf die Widerstandsgeschichte gegen die Volksrepublik fokussierten Weg gegangen. Das Vorhaben dieses umfangreichen und allen Teilen der polnischen Arbeiterbewegung gleichermaßen gerecht werdenden biographischen Wörterbuchs wurde kurzerhand den ideo-

logischen Zielen der Volksrepublik zugerechnet und damit womöglich ganz beiseite gelegt.

Keine Frage, dass auch die Rezeption von Rosa Luxemburg diesem Umgang mit der Geschichte der Arbeiterbewegung zum Opfer fiel. Fast niemand in Polen, vor allem niemand unter den jüngeren Menschen, würde Rosa Luxemburg noch irgendwie mit jenen Jahren in Zusammenhang bringen können, auf deren Mythos das heutige Polen sich so ausgiebig stützt. Fast scheint es, als ob die legendäre »Solidarność«, dieser originäre Arbeiterprotest, das in der polnischen Öffentlichkeit im Augenblick ohnehin geringer werdende Interesse am Arbeiterkampf vollständig absorbiert. »Solidarność« symbolisiert im öffentlichen Meinungsbild den krönenden Abschluss und die endgültige Erfüllung der langen und schwierigen Geschichte der Arbeiterkämpfe in Polen. In dieser Tradition stehen dann die Arbeiterproteste in Poznań im Juni 1956, die Proteste der Werftarbeiter an der polnischen Ostseeküste im Dezember 1970, die Streiks in Radom und Warschau im Juni 1976, die Gründung der Arbeiterselbstverteidigung KOR. Der hier aufgebaute Ethos vermag noch einiges aus der PPS-Tradition aufzunehmen, der in die Kommunistische Partei mündenden Linie steht er indes ablehnend und völlig verständnislos gegenüber.

III

Nach den Oktoberereignissen 1956, als eine Intervention der in Polen stationierten sowjetischen Streitkräfte drohte, weil der Kreml an der Weichsel eine Wiederholung der Budapester Ereignisse fürchtete, und Władysław Gomułka die Führung der Partei übernahm und für kurze Zeit zu einer Art Volkstribun wurde, reifte die Idee, Rosa Luxemburgs Gefängnismanuskript über die russische Revolution aus dem Jahre 1918 in einem staatlichen Verlag zu veröffentlichen. Eine Pionierarbeit, denn damit wäre die bis dahin im sowjetischen Einflussbereich höchst umstrittene, ja eigentlich geächtete Schrift im selbigen erstmals offiziell veröffentlicht worden. Initiator dieses Verlagsprojekts war der aus der PPS stammende marxistische Soziologe Julian Hochfeld, der

auch für das Vorwort zeichnete. Und bei diesem blieb es auch. Es ist anzunehmen, dass die geplante polnische Ausgabe an dem im Moskauer Partei-Archiv liegenden Originalmanuskript scheiterte. Eine einfache Übersetzung der von Paul Levi besorgten Ausgabe oder anderer mittlerweile erschienener Ausgaben kam aus Gründen eben dieses Originalmanuskripts nicht in Frage, auch wenn Julian Hochfeld und der Verlag es ursprünglich für einen gangbaren Weg angesehen haben mochten. Für eine Übersetzung der Luxemburg-Arbeit nach dem in Moskau liegenden handschriftlichen Original aber waren die politischen Bedingungen noch nicht reif genug. So ist dieses Vorhaben und sein schnelles Scheitern zumindest ein interessantes Dokument für die Ideologiegeschichte im sowjetischen Einflussbereich, da der im Manuskript verhandelte Gegenstand auch nach dem 20. Parteitag der KPdSU und den Ereignissen in Ungarn und Polen als ein nahezu ausschließlich in die Interessensphäre Moskaus fallender betrachtet und nicht freigegeben wurde.

Neben den ideologischen Gründen, denn der unter Stalin kanonisierte Marxismus-Leninismus wurde nicht angetastet, so dass die hinterlistige, weil ein System von schweren ideologischen Fehlern unterstellende »Luxemburgismus«-Konstruktion zunächst auch weiterhin wirksam blieb, kamen Fragen des bilateralen Verhältnisses zwischen der Volksrepublik Polen und der Sowjetunion ins Spiel. Die jeweiligen Beziehungen der Länder des sowjetischen Einflussbereichs zur Sowjetunion wurden in Moskau, freilich unterschiedlich gestuft, mit Argusaugen bewacht. Polen war hier aus Moskauer Sicht immer ein sehr sensibler Fall.¹²

12 Aufschlussreich ist in dieser Hinsicht, was Annelies Laschitza rückblickend über die erste offizielle Publikation des Manuskripts zur russischen Revolution in der DDR und damit innerhalb des sowjetischen Einflussbereichs geschrieben hat: »Die Veröffentlichung dieses Manuskripts zum ersten Mal nach der Kopie des handschriftlichen Originals in Band 4 der ›Gesammelten Werke‹ Rosa Luxemburgs im Jahre 1974 gehört zu den aufregendsten Erlebnissen meines Lebens. Es bedurfte nämlich für den von mir geleiteten Sektor im ehemaligen IML, insbesondere für das Redaktionskollektiv unter Leitung von Günter Radczun, eines engagierten persönlichen Einsatzes, um die Publika-

Von dem Vorhaben aus dem Jahre 1957, Rosa Luxemburgs Manuskript zu veröffentlichen, blieb letztlich nur das Vorwort von Julian Hochfeld. Es wurde in der legendären Studenten-Zeitschrift »Po prostu« ungekürzt veröffentlicht und jedermann konnte lesen, dass eigentlich noch das Manuskript folgen müsste.¹³ Doch vergeblich, denn in Polen wurde auch in den folgenden Jahrzehnten keine Ausgabe aufgelegt, die nach dem handschriftlichen Original übersetzt und herausgegeben worden wäre. 1961 entstand im Exil-Verlag »Kultura« in Paris eine Ausgabe auf Basis der im Westen kursierenden Ausgaben.¹⁴

In seinem Vorwort mahnte Julian Hochfeld polemisch an, in ihrem Heimatland endlich die Werke Rosa Luxemburgs herauszugeben, finde der revolutionäre Charakter Rosa Luxemburgs sich doch vor allem in

tion durchzusetzen. Denn noch immer gab es außerhalb unseres Kollektivs große Furcht vor einer Wiederbelebung des ›Luxemburgismus‹, Angst vor Missverständnissen über die Absicht der Veröffentlichung in der KPdSU und vor Erschütterungen des Verhältnisses zu Lenin und zur Sowjetunion.« Annelies Laschitzka: Bemerkungen zum Probestück für eine textkritische Ausgabe der Breslauer Gefängnismanuskripte von Rosa Luxemburg. In: Rosa Luxemburg. Breslauer Gefängnismanuskripte zur Russischen Revolution. Textkritische Ausgabe. Leipzig 2007. Anhang. S. 1.

13 »Po prostu«. Warschau (1957)4. S. 1-2. Die Zeitschrift »Po prostu« [Geredeheraus] wurde 1947 als Zweiwochenschrift gegründet, ab 1949 Wochenzeitung. Ab 1955 war sie die Wochenzeitung für »Studenten und die junge Intelligenz«. 1957 wurde sie eingestellt. Das Vorwort von Julian Hochfeld war also einer der letzten Beiträge dieser auf durchgreifende Entstalinisierung orientierenden Zeitung. Der Beitrag wurde erst 1982 wieder veröffentlicht in dem in Warschau erschienenen Buch »Marksizm, Socjologia, Socjalizm« [Marxismus, Soziologie, Sozialismus], mit dem der Herausgeber Jerzy J. Wiatr Arbeiten aus unterschiedlichen Schaffensperioden Julian Hochfelds versammelte.

14 Enthalten in A. Ciołkosz: Róża Luksemburg a rewolucja rosyjska [Rosa Luxemburg und die russische Revolution]. Paris 1961. Damit war der Weg frei zu einer blühenden »Untergrund«-Rezeption in Polen, die insbesondere in den 1970er Jahren wirkte. Dabei entstanden in Polen weitere Übersetzungen und versteckte Ausgaben, doch auch dieser nicht zu unterschätzende Reiz der verbotenen Frucht erwies sich für die Luxemburg-Rezeption nach der »Solidarność«-Welle nicht als Rettungsanker.

ihrem Denken, weniger in der Tatsache, dass sie im Kampf gefallen sei.¹⁵ Deshalb greife er einer noch zu erwartenden Gesamtausgabe ihrer Werke in Polen vor und stelle dem Publikum eine Schrift vor, die vor 1956 in der Volksrepublik Polen nicht hätte erscheinen können. Ihre Aktualität beweise sich daran, dass die kleine Schrift unmittelbar einzugreifen scheine in die laufenden Diskussionen um die Ursachen für die Fehlentwicklungen beim Aufbau des Sozialismus. Rosa Luxemburg stelle in ihrem Manuskript die Fragen nach Machtmechanismen und politischer Führung als ein lebendiges Problem der sozialistischen Revolution heraus.

Hochfeld weist auf zwei Gedanken hin, die seiner Meinung nach von besonderem Interesse seien. Erstens habe Rosa Luxemburg die unweigerliche Degeneration der sozialistischen Revolution skizziert, wenn in ihrem Verlauf und auf längere Zeit Freiheitsrechte und demokratische Garantien ernsthaft eingeschränkt werden würden. Zweitens aber unterstreiche die Logik ihres Denkens bereits, wie schädlich es gewesen sei, der internationalen Arbeiterbewegung die Erfahrungen der ersten

15 In Polen wurde 1959 eine zweibändige Ausgabe mit Schriften Rosa Luxemburgs herausgegeben. Sie blieb bis heute die umfangreichste Ausgabe mit ihren Arbeiten in Polen (Róża Luksemburg: Wybór pism [Schriftenauswahl]. 2 Bände. Warschau 1959). Aufgenommen wurden ein Teil ihrer polnischsprachigen Arbeiten und in Übersetzung wichtige deutschsprachige Arbeiten, darunter vollständig »Massenstreik, Partei und Gewerkschaften« und »Die Krise der Sozialdemokratie«. Von ihrer wohl wichtigsten polnischen Arbeit »Kwestia narodowościowa a autonomia« [Die Nationalitätenfrage und die Autonomie], die sie 1908/09 geschrieben hatte, wurde nur das erste Kapitel aufgenommen. Auch ihre erste eigenständige größere Arbeit aus dem Jahre 1895 »Niepodległa Polska a sprawa robotnicza« [Das unabhängige Polen und die Arbeitersache] fehlte. Luxemburgs ökonomischen Arbeiten wurden in Übersetzungen gesondert herausgegeben: 1957 »Die industrielle Revolution Polens«, 1959 »Einführung in die Nationalökonomie«, 1963 »Die Akkumulation des Kapitals«.

Ein Überblick über Veröffentlichungen Rosa Luxemburgs in Polen bis 1990 findet sich in: Ines Mietkowska-Kaiser / Gerd Kaiser: Rosa Luxemburgs geistiges Erbe in Polen. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung. Berlin (1991)4. S. 458-462.

siegreichen proletarischen Revolution, die unter den spezifischen Bedingungen eines zurückgebliebenen Landes und in einer weitgehend isolierten Lage sich vollzog, als verbindliches Muster vorzugeben.

Insbesondere der von Hochfeld angesprochene zweite Aspekt verweist direkt auf die großen Hoffnungen, die er und andere in Polen nach 1956 auf einen eigenständigen Entwicklungsweg hegten. Mit Gomulka übernahm immerhin jener Mann das Ruder, der 1948 wegen »nationalistischer Entartungen« und »Rechtsabweichungen« geschasst, später ins Gefängnis bzw. in den Hausarrest gesteckt wurde, also für lange Zeit aus dem öffentlichen Leben verbannt blieb. Dessen Rückkehr an die Machthebel verbanden viele Intellektuelle in Polen mit der Hoffnung, einen eigenständigen Weg zum Sozialismus zu suchen und finden zu können. Wie müßig diese Hoffnung aus verschiedenen Gründen gewesen war, soll hier nicht untersucht werden. Jedenfalls ist bereits die Tatsache, dass Rosa Luxemburgs Revolutionsschrift letztlich nicht gedruckt werden konnte, ein Indikator dafür, wie schnell die Vorschusslorbeeren auf eine radikale und durchgreifende Liberalisierung des öffentlichen und geistigen Lebens im Lande verwelkten. Den bitteren Geschmack bekamen viele allerdings erst in den Jahren 1965 bis 1968 zu spüren, als mit Karol Modzelewski, Jacek Kuroń und Adam Michnik die insgesamt am längsten inhaftierten politischen Gefangenen der Volksrepublik ihre Laufbahn durch die Haftanstalten begannen, als das Land schließlich für mehrere Wochen in einer schlimmen antizionistischen Kampagne versank. Schließlich sah Gomulka sich im Dezember 1970 gar gezwungen, auf streikende und demonstrierende Arbeiter schießen zu lassen.

Hochfeld hatte in seinem Vorwort indes eine andere entschiedene Position bezogen. Nach der Erscheinen des Manuskriptes durch Paul Levi wurde von bereits kommunistischer Seite schnell betont, Rosa Luxemburg selbst habe von einer Veröffentlichung des unvollendeten Manuskriptes abgesehen und sie habe zugleich die meisten ihrer fehlerhaften Positionen in der Zeit der Novemberrevolution korrigiert. Kronzeugen dafür waren Rosa Luxemburgs alter Kampfgefährte Adolf Warski, ihre Freundin Clara Zetkin und schließlich Lenin. Wichtigstes Indiz indes die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands,

die wesentlich durch Luxemburgs Tatkraft und Entschlossenheit zustande gekommen sei. Die Gründung der KPD sei die Krönung ihres Lebenswerkes gewesen und somit habe sie – einzelne Fehler gar nicht in Abrede gestellt – fest auf dem Boden der kommunistischen Bewegung gestanden.¹⁶

Hochfeld indes trennt 1956/57 zwischen der Tatsache, dass Luxemburg den Druck nicht wollte, und dem nach ihrem Tod von anderen behaupteten Fakt, sie habe sich noch korrigiert. Denn aus dem ersteren lasse sich nicht auf das zweite schließen. Beweise dafür, so Hochfeld fehlten, denn viel eher darf angenommen werden, dass Rosa Luxemburg ihrer Überzeugung bezüglich des notwendigen Freiheitscharakters der Arbeiterbewegung treu geblieben war. Dabei ging es um die Überzeugung, die drei bürgerlichen Grundfreiheiten – auf die Meinung, die Versammlung und den Zusammenschluss – auf dem Weg zu einer neuen Gesellschaft beizubehalten, sie nicht außer Kraft zu setzen mit dem Versprechen etwa, sie nach Erfolg der Revolution wieder zu ihren Rechten kommen zu lassen. Denn diese drei Grundfreiheiten hinderten die Revolutionäre keinesfalls, die Besitzverhältnisse umzugestalten, die heilig gewordenen, die erworbenen Besitzrechte anzutasten. Und Julian Hochfeld hat sehr recht mit seiner Meinung, denn es finden sich keine Schriften oder Dokumente, in denen Rosa Luxemburg nach Verlassen des Breslauer Gefängnisses von dieser Überzeugung abgewichen wäre. Und schließlich sei hier angefügt, dass die protestierenden und um ihre Rechte kämpfenden Arbeiter Polens 1980/81 entschieden diese Freihei-

16 In seinem Vorwort für den mit einiger Spannung erwarteten Band 4 der Werkausgabe schrieb Günter Radczun in entschiedener Ablehnung der vergangenen »Luxemburgismus«-Diskussion noch immer vorsichtig und in dieser Logik: »Der vorliegende Band, der die Arbeiten Rosa Luxemburgs enthält, die von September 1914 bis Januar 1919 erschienen, dokumentiert die Krönung ihres Lebenswerkes: die Gründung der Kommunistischen Partei« (Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke. Band 4. S. 1*). Doch der Leser darf rätseln, denn in dieser Zeitspanne ist das Manuskript über die russische Revolution zwar geschrieben worden, nicht jedoch erschienen. Gehört es nun mit zur Krönung ihres Lebenswerkes oder doch nur die erschienenen Arbeiten?

ten als verbriefte Rechte einforderten – die Freiheit der Meinung, der Versammlung und des Zusammenschlusses.

IV

Nachdem der europäische Staatssozialismus sowjetischer Prägung vollständig gescheitert war, schrieb der polnische Ideenhistoriker Andrzej Walicki ein Werk über die Geschichte der kommunistischen Utopie, in dem er sich an der Rekonstruktion der Freiheitskonzeption von Marx und Engels versuchte.¹⁷ Der Autor zählte sich bereits seit Jahren dem liberalen, freiheitlichen Geist verpflichtet, auch in jener Zeit, als ihm in Polen die Herausgabe wichtiger Arbeiten zur Geschichte des polnischen Denkens im 19. und 20. Jahrhundert gelang. Zugleich galt er in Polen und auch international seit den 1960er Jahren als einer der besten Kenner der russischen Denkgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert. Aus seiner kritisch-distanzierten Haltung dem Marxismus gegenüber machte er nie einen Hehl, allerdings bemühte er sich sehr, im Rahmen seiner wissenschaftlichen Tätigkeit in Polen tätig bleiben zu können. Erst die Ausrufung des Kriegsrechts im Dezember 1981 veranlasste ihn, ins Exil nach Australien zu gehen. Später folgten die USA. In beiden Ländern war er vor allem als Kenner der russischen Denkgeschichte gefragt. In der Zeit des freiwilligen Exils führte er einen intensiven Briefwechsel mit verschiedenen Persönlichkeiten aus den unterschiedlichsten politischen und gesellschaftlichen Lagern Polens. Unter ihnen war übrigens auch Adam Schaff, ein ausgewiesener Marxist, der sich in den 1970er Jahren den Positionen des »Eurokommunismus« angenähert hatte. In der Kritik an bestimmten Erscheinungsformen der »Solidarność«-Rebellion trafen sich die beiden so unterschiedlichen Denker.

17 Andrzej Walicki: *Marxism and the Leap to the Kingdom of Freedom. The Rise and Fall of the Communist Utopie*. Stanford 1995. Ein Jahr später wurde in Polen eine polnische Ausgabe in der Übersetzung des Autors herausgegeben: *Marksizm i skok do królestwa wolności. Dzieje komunistycznej utopii* [Marxismus und der Sprung ins Reich der Freiheit. Die Geschichte der kommunistischen Utopie]. Warschau 1996.

In seinem dem Marxismus gewidmeten Buch gibt es einen längeren Abschnitt zu Rosa Luxemburg, in dem sie zusammen neben Karl Kautsky und Georgi Plechanow für die Varianten eines auf die Annahme einer historischen Notwendigkeit sich stützenden Marxismus steht. Für Luxemburg wählte er die Überschrift »Revolutionäre Liebe des Schicksals«. Die einzelnen Abschnitte bezeichnete er mit »Freiheit in der Geschichte«, »Freiheit in der Arbeiterbewegung« und »Nationale Freiheit«. Die Reihenfolge ist gewissermaßen eine Stufenleiter, denn – so Walicki – für Rosa Luxemburg habe die nationale Freiheit, wie sie in ihrer Zeit in der populären Losung vom Selbstbestimmungsrecht der Nationen zum Ausdruck gebracht wurde, keinen weiteren Sinn, wenn sie nicht unter den Bedingungen geschichtlicher Freiheit, also einer weit gefassten gesellschaftlichen Freiheit umgesetzt werden kann. Deshalb sei das Potential der um Freiheit kämpfenden Arbeiterbewegung überall in erster Linie auf diese Aufgabenebene gerichtet, werde aber der Kampf um nationale Freiheit an die erste Stelle gerückt, gerade diese entscheidende und wichtige Ebene aus dem Blick. Auf diese Überzeugung habe sie ihre scharfe, lebenslange Kritik am Unabhängigkeitskurs der PPS gestützt.

Von zentraler Bedeutung – so Walicki – sei also die Frage, worauf sich das Freiheitspotential der Arbeiterbewegung tatsächlich richte. Im Zentrum ihres Wirkens als Theoretikerin der Arbeiterbewegung stehe neben der Revisionismus-Debatte, die innerhalb der SPD eine große Rolle gespielt habe, die Lenin-Kritik, deren Wirkung zunächst vor allem innerhalb der sozialdemokratischen Bewegung im russischen Reich spürbar war, mit dem Gefängnismanuskript zur russischen Revolution und in der angespannten Situation nach dem Ersten Weltkrieg aber plötzlich internationales Gewicht bekommen habe. Doch stellt Walicki einen anderen Aspekt in den Mittelpunkt seiner Betrachtungen über die Freiheit der Arbeiterbewegung im Verständnis von Rosa Luxemburg, nämlich ihre aus der Erfahrung und der Analyse der ersten russischen Revolution von 1905 bis 1907 gewonnenen Einsichten in das Wesen moderner revolutionärer Massenbewegungen, die ohne die Barrikadenkämpfe des 19. Jahrhunderts auskämen. Gegenüber den wirklichen Massenbewegungen etwa in den polnischen Industriestand-

orten Łódź und Warschau hätten die Arbeiterparteien – also auch die Partei Rosa Luxemburgs – eine eher geringere Rolle gespielt. Rosa Luxemburg sei mit der tiefen Überzeugung nach Deutschland zurückgekehrt, dass selbst die am besten organisierte Arbeiterpartei, für die sie ja selbstverständlich die SPD hielt, derartige Massenproteste gar nicht leiten oder etwa ausrufen könnten. Die modernen sozialen Revolution würden allen vorher ausgeklügelten und kalkulierten Bestrebungen von Parteifunktionären zum Trotz eine Kraft entfalten, nach denen die Parteien bei Strafe ihres politischen Untergangs sich zu richten hätten.

Keine Frage, dass Andrzej Walicki hier mit feiner Ironie für den aufmerksamen Leser ein eigentlich fesselndes Thema festhält: Viele Jahrzehnte später stand Rosa Luxemburg in der Auffassung der Akteure des Massenaufstandes von »Solidarność« auf der Seite der »ausgeklügelten und kalkulierten Bestrebungen von Parteifunktionären«. Niemand in Polen wollte sie noch befragen, etwa danach, welches Kreuz es mit dem Freiheitswillen, den Freiheitsbestrebungen einer Arbeiterbewegung vielleicht auf sich haben könnte. Anders als in der DDR, in der Rosa Luxemburg bei vielen Oppositionellen zu hoher Wertschätzung gelangte, geriet sie in ihrem Heimatland im Prozess umfassender Demokratisierung der Verhältnisse auf die Seite derjenigen, die an den Rand des künftigen Geschehens gedrängt werden sollen. Das Buch Walickis, der ja den Marxismus für eine gescheiterte Utopie hält, erhebt in Sachen Rosa Luxemburg aber zumindest den nachdenklich machenden Zeigefinger: Sie habe einer Bewegung angehört, die als gescheitert gelten könne, doch sie zähle dort zu den faszinierendsten Persönlichkeiten. Ein Kreuz über sie macht Walicki also nicht.

In seiner kürzlich veröffentlichten Autobiographie kommt Walicki nur noch am Rande auf Rosa Luxemburg zu sprechen, wobei er an mehreren Stellen erfreut oder überrascht feststellt, wie rege das Interesse an der Marxistin im westlichen Ausland doch insgesamt sei. Aber er kam noch einmal auf sein Marxismus-Buch zu sprechen.¹⁸ Dabei betonte

18 Andrzej Walicki: *Idee i ludzie. Próba autobiografii* [Ideen und Menschen. Versuch einer Autobiographie]. Warschau 2010. Die Ausführungen zu dem Marxismus-Buch befinden sich auf den Seiten 344-360.

er, Polen sei nicht nur das Land der »Solidarność«-Massenbewegung gewesen, sondern das Land sei insgesamt seit 1956 ein ganz wichtiges Element im Prozess der Aufhebung des Totalitarismus gewesen. Dieses entscheidende Jahr habe in Polen den gewaltsamen Tod der kommunistischen Mythologie und eine lawinenartige Abkehr von totalitären Herrschaftspraktiken gebracht. Während in der Sowjetunion durch Nikita Chruschtschow die beschleunigte Verwirklichung einer kommunistischen Perspektive verkündet wurde, habe Gomułka den letztendlich unumkehrbaren Abschied von einer solchen Gesellschaftsvision eingeleitet, die ideologisch-teleologische Legitimierung des Systems durch eine nationale, im großen Maße aus der geopolitischen Situation hergeleitete Legitimierung ersetzt. Walicki bezeichnet in diesem Zusammenhang den »Solidarność«-Protest als die zweite, die endgültige und sich bereits außerhalb des Systems stellende Phase der Befreiung vom Stalinschen Totalitarismus in Polen. Aber bezeichnend ist das insgesamt milde Licht, welches er auf Gomułka wirft.

Dabei fällt auf, dass Walicki in der Beschreibung des mit Gomułkas zweiten Amtsantritt in Gang gesetzten Prozesses, in dem die führende Partei schnell aufhörte, sich als eine Partei neuen Typus zu betrachten, die dabei eingesetzte nationale Komponente so entscheidend heraushebt. Das aus der geopolitischen Situation sich ergebende nationale Interesse wurde sehr viel bedeutsamer als in vergleichbaren Ländern. Das betraf beide Seiten des sich nun kräftig ausbildenden Kampfes zwischen der Staatsmacht, die ihre Legitimität immer mit dem Interesse der breiten und arbeitenden Massen begründete, und der demokratische Opposition, die letztlich darauf – und erfolgreich – orientierte, die Arbeitermassen auf ihre Seite zu ziehen. In diesem Streit war Rosa Luxemburgs Werk immer weniger zu gebrauchen, was die Rezeption zweifellos beeinflussen musste.

Wie gesehen konnte sich Julian Hochfeld mit seinem auf die demokratische Substanz und gegen den Mythos von einer Partei neuen Typus ausgerichteten Rezeptionsvorschlag nicht durchsetzen. Im Grunde wurde die demokratische Substanz erst wieder auf die Agenda gehoben, als die landesweiten Massenproteste 1980/81 das politische und gesellschaftliche System und damit den Sozialismus insgesamt in Frage

zu stellen begannen. Doch dazu brauchte man – anders als etwa in der DDR der 1980er Jahre – keine Rosa Luxemburg mehr. Was in den Jahren nach 1956 allmählich wuchs, war die misstrauische, skeptische Sicht auf eine Denkerin, die in der strikten und nahezu nihilistischen Beantwortung der nationalen Frage überhaupt nicht in den Versuch passte, über ein breites, vor allem national ausgerichtetes Bündnis gesellschaftlicher Kräfte unter wie auch immer definierter oder versuchter Führung der Partei die Grundfesten des Systems zu festigen, später zu retten. So gesehen stand Rosa Luxemburg trotz der so wertvollen und konsequenten Anstrengungen von Feliks Tych und anderer bereits lange vor dem August 1980 auf einem womöglich verlorenen Posten.

Als sich im Dezember 1989 im Sejm in Warschau der Arbeiterführer Lech Wałęsa und der letzte PVAP-Chef Mieczysław F. Rakowski sich trafen, wurde Rakowski durch den künftigen Staatspräsident gefragt, wie er denn die politische Zukunft seiner im Rückzug sich befindlichen Formation überhaupt sehe. Rakowski antwortete mit dem Hinweis, man werde zuerst und gründlich von allen Wurzeln der Dritten Internationale sich trennen.¹⁹ Wie viel Erklärung braucht es aber heute, zu zeigen, dass Rosa Luxemburg zu den ersten unter den revolutionären Linken gehörte, die das mit der Dritten Internationale verknüpfte Verhältnis antizipiert hatten.

19 Mieczysław F. Rakowski: *Dzienniki polityczne* [Politische Tagebücher]. Bd. 9. 1987-1990. Warschau 2005. S. 599.

WOLFGANG GEIER

Arme Rosa – biografische Notizen

»Arme Roszalia«, soll der Onkel Dr. phil. et. theol. Bernhard Löwenstein (Issachar Bär ben Issak Oser, ?-1889), über das junge Mädchen gesagt haben, »so klug, so lieb und so ... verwachsen«, wie Verwandte berichten.

Das biografisch-familiäre Dilemma Rosa Luxemburgs war jedoch nicht ihre körperliche Gestalt, sondern ihre jüdische Herkunft. Dieser Onkel mütterlicherseits war Rabbiner in Lemberg, sein Sohn, der Vetter Rosas, Nathan Löwenstein von Opoka (1859-1929), Vertreter der jüdischen Assimilationspartei in Galizien, Redakteur der national-polnischen Wochenzeitung *Das Vaterland (Ojczyzna)* und wurde 1907 Mitglied des österreichischen Reichsrates.

Einer der Vorfahren war der berühmte Rabbiner und Talmudist Jakob Josua ben Zebi Hirsch Falk (1680-1756). Der israelische Forscher Abraham Bick hat diese rabbinische Familientradition bis ins 13. Jahrhundert nachgewiesen; leider liegt diese Studie (Jerusalem 1972) nur in Hebräisch vor.

Die Vorfahren könnten während der Judenpogrome und -massaker vom Ende des 11. bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts – vom Ersten Kreuzzug bis zur europäischen Pestepidemie – in westpolnische Gebiete unter den Schutz des Großfürsten Boleslav (der »Weise«) geflohen sein. Er gewährte mit dem Dekret von Kalisz 1264 den Juden aus den mitteleuropäisch/-deutschen Gebieten Zuflucht und Schutz. Möglicherweise stammen sie aus dem Rheinland oder dem Lützelburgischen, wie das Luxemburgische damals noch genannt wurde. Das regionale Idiom

wurde mit dem moselfränkischen, alemannischen und anderen Dialekten zu einer der deutschsprachigen Quellen des Jiddischen, das im polnischen Königreich seit dem 14. Jahrhundert als *lingua franca* entstand. Die Vorfahren können in diesen Zeiten hier sesshaft geworden sein, lebten unter dem *ius de non tolerandis iudaeis* der Piasten und überlebten unter dem *ius de non tolerandis iudaeis* der Jagiellonen die Chmelnickij-Massaker um Mitte des 17. Jahrhunderts. Sie wurden später Anhänger der ostjüdischen Aufklärung, der Haskala.

Für Rosa Luxemburg waren diese familiären kulturellen Wurzeln ein Dilemma, weil sie sich ihnen zunehmend entfremdete. Die Familie nahm in Zamosz und später in Warschau kaum am jüdischen Gemeindeleben teil. Es wurde vorzugsweise Polnisch gesprochen, wohl auch Russisch und Deutsch. Darüber, ob die Tochter Jiddisch sprach, gibt es widersprüchliche Aussagen ihrer Freunde wie John Mill oder Biographen wie Peter Nettl. Manche, die sie zu Lebzeiten kannten, berichten, dass sie gelegentlich Aufzeichnungen in Jiddisch machte, entsprechende Redewendungen benutzte, jüdische Witze mochte und erzählte, ihr jedoch ein jüdisches kulturelles, soziales und religiöses Milieu zuwider war.

Gegen antijüdische Vorurteile deutscher Genossen gebrauchte sie eine damals bekannte polnische Redewendung: »Wenn sie (die Leute) in Not sind, dann hilf Jude, und wenn die Not vorbei ist, dann raus mit dir, Jude!« (Jak bieda to do Zyda, po biedzie precz Zydzie!).

Ihr eigentliches Problem bestand jedoch darin, dass sie sowohl die ostjüdischen religiösen als auch die gesamtjüdisch/europäischen sozialen, politischen und kulturellen Bestrebungen und Bewegungen ihrer Zeit entschieden ablehnte.

Im Jahre 1883 hatte Leon Pinsker die Programmschrift *Autoemancipation* veröffentlicht, in der er die soziale und kulturelle Selbstbefreiung und Selbstbestimmung der ostjüdischen Bevölkerungen begründete. Theodor Herzl veröffentlichte 1896 in Wien *Der Judenstaat*, gründete die zionistische Bewegung für ein *Jüdisches Nationalheim in Palästina* und die Zionistenkongresse Basel 1897, 1898, 1903.

Als sozialistische Internationalistin verwarf sie dies alles ebenso wie die Bildung des Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbundes in Litauen, Po-

len und Russland, kurz »Bund« genannt und wirkte vom Ende des 19. bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts gegen die »Bundisten«, nach ihrer Meinung hoffnungslose Illusionisten und Separatisten, im Grunde antiproletarisch/-sozialistische Reaktionäre.

Ihren Freundinnen Mathilde Wurm und Luise Kautsky erklärte sie ihr Unverständnis für die damaligen ostjüdischen Bestrebungen damit, dass sie »keinen Sonderwinkel im Herzen für das Ghetto« habe. Erst im Jahre 1916, als sie in der Haft ein Werk Korolenkos übersetzte und dem einen Essay über russische Literatur anfügte kam sie im Zusammenhang mit Korolenkos Erzählung *Florus der Römer, König Agrippa und Menachem, der Sohn Jehudas*, in der Josephus Flavius *Der Jüdische Krieg* erwähnt wird, noch einmal auf den Gott der Juden und den Messias zurück.

Sie hatte sich ihrer jüdischen Herkunft einerseits völlig entfremdet; andererseits hat sie sich während ihrer gesamten literarischen und publizistischen Tätigkeit immer wieder mit der »Judenfrage« politisch beschäftigt. Ein historisches Verständnis besonders für die Geschichte des aschkenasischen »Ost«- wie für die des sephardischen »Süd«- und des europäischen Judentums überhaupt fehlte ihr indes, wie ihre Äußerungen etwa zum Dreyfus-Prozeß in Frankreich und zu anderen Ereignissen zeigen.

Insofern irrte Arnold Zweig in seiner *Grabrede auf Spartacus*¹, wo er betonte: »Jüdinnen ... haben die Ideen der Revolution gelebt ... am hervorragendsten verkörpert von einer Frau wie Rosa Luxemburg, geleitet von der uralten messianischen Tradition ihres Selbstverständnisses als des , Volkes ›Gottes‹«.

Auf Rosa Luxemburg traf dies ebenso wenig wie auf Leo Trotzki zu, den Zweig hier gleichermaßen neben sie stellt. Sie war nichts weniger als eine Vorkämpferin jüdischer Selbstbefreiung, der Bildung einer jüdischen Nation und ihres Staates, sondern die rigorose Vertreterin eines proletarisch-sozialistischen Internationalismus. Mit ihrer kompromisslosen Haltung stand sie allerdings allein, keiner ihrer ideologischen

1 »Weltbühne« Nr. 4 vom 23.1.1919. S. 75-78.

und politischen Zeitgenossen lehnte wie sie den ostjüdischen Autonomismus ebenso radikal ab wie den polnischen Nationalismus.

Die (Wieder-)Herstellung des polnischen Staates als »Staat der Szlachta« hielt sie für unsinnig. Nur die polnische Bourgeoisie, die Szlachta und eine »Handvoll kleinbürgerlicher polnischer Intellektueller« hätten diese Republik gewollt.

Als mit dem Zerfall des Zarenreiches und der Doppelmonarchie die Völker zwischen Ostsee und Adria nationale Identität und staatliche Souveränität einforderten, bezeichnete sie dies als eine »Walpurgisnacht auf dem nationalistischen Blocksberg«. Es ist bemerkenswert, dass sie hierzu jenes Verdikt von den »kleinen geschichtslosen Völkern, die noch nie selbständige Staatswesen bildeten« aufgriff, das von Kant stammend, von Hegel, Marx, Engels, Bismarck in verschiedenen Fassungen benutzt und in den 1990er Jahren von deutschen Politikern und Publizisten wieder verwendet wurde.

Ihr Wirken im Spartakus-Bund war, wie dessen Bezeichnung selbst eigenartig: Alle Beteiligten mussten wissen, dass der namensgebende Sklavenaufstand blutig niedergeschlagen und die Gefangenen entlang der Via Appia gekreuzigt wurden.

Die Frau Rosa Luxemburg wurde bereits während ihrer Studienzeit in Zürich von manchen Männern umschwärmt, mindestens bewundert. Ihr Studium in Zürich sowie ihre Promotion waren für damalige akademische Verhältnisse mindestens ungewöhnlich. Die vom Onkel Bernhard bedauerte körperliche Verfassung wurde durch ihre intellektuelle Ausstrahlung, ihr philosophisches Wissen und politisches Urteil nicht einfach kompensiert, sondern überragt. So bewegte sie sich zwischen solchen »jungen Kerlen« wie Kostja Zetkin und Paul Levi oder »reifen Männern« wie Gustav Lübeck, mit dem sie eine Zweckehe einging, und Leo Jogiches, mit dem sie eine Liebesbeziehung verband.

Die polnisch jüdisch-amerikanische Autorin Elzbieta Ettinger hat wahrscheinlich alle Männer um Luxemburg ermittelt und beschrieben.

Viele ihrer bekannten und berühmten Zeitgenossen haben sie hoch geschätzt, andere wie Lenin oder Manuilski haben sie heftig beschimpft,

einige wie Victor Adler empfanden sie als ein »giftiges Luder«, manche haben sie so gehasst, dass sie bereit waren, diese Frau zu ermorden.

Sie war auf eine höchst empfindsame Art naturverbunden, menschenfreundlich und tierlieb, wie aus ihrem Briefwechsel mit Mathilde Wurm und Luise Kautsky hervorgeht oder wie diese in Erinnerungen berichten.

In einem Artikel in der *Leipziger Volkszeitung* vom 4. Mai 1899 »Nur ein Menschenleben?« wirbt sie um Verständnis für einen Vater, der aus Not seine beiden Töchter und sich selbst umgebracht hat und verurteilt diesen »Frevler gegen die Natur: Kindermord und Selbstmord«.

In der Geschichtsschreibung wird die Frage: Was wäre wenn? als unwissenschaftlich zurückgewiesen. Dennoch kann man sie hier einmal versuchen:

Wenn Luxemburg nicht im Januar 1919 ermordet worden wäre, in Sowjetrussland beziehungsweise in der Sowjetunion Zuflucht gesucht und gefunden hätte, wie wäre es ihr im Verhältnis zu Lenin und Trotzki, später zu Stalin, Sinowjew und Kamenjew, zu Lunatscharski und Bucharin ergangen? Hätten ihre jüdische Herkunft wie die Trotzki, Kamenjews, Sinowjews und anderer früherer Mensche- und späterer Bolschewiki eine Rolle gespielt?

Hätte man sie wie Trotzki wegen »Abwechlertum« oder mit schlimmeren Beschuldigungen ausgewiesen, hätte sie die Stalinsche »bolschaja tschistka« der 1930er Jahre und die hingerichteten eben Genannten überlebt? In keinem der Moskauer Prozesse von 1936 bis 1938 saß eine Frau auf der Anklagebank; Frauen wurden ohne Prozess umgebracht oder verschwanden in den Lagern.

Im Jahre 1945 wäre sie eine Mittsiebzigerin gewesen. Wie hätte sie die Shoa, den nationalsozialistischen Mord an sechs Millionen europäischer Juden physisch und psychisch überstanden?

Diese Fragen kann man nicht beantworten. Vielleicht aber hätte sie unter dem Eindruck der furchtbaren Massaker schon zwischen den Weltkriegen und dann während des Zweiten Weltkrieges wieder zu jenem Glauben zurückgefunden, dem sie sich entfremdet hatte, so wie dies in jenem bereits erwähnten Gefängnisbrief aus dem Jahre 1916 anklingt, als sie den weisen Menachem während der römischen Herr-

schaft über Judäa beten lässt: »O, Adonai, Adonai! Lass uns nie, solange wir leben, dem heiligen Gebote untreu werden ... Auch ich glaube, o Adonai, dass dein Reich auf Erden kommen wird ... die Völker werden zum Fest der Verbrüderung zusammenströmen und nie mehr wird Menschenblut von Menschenhand vergossen werden«. Arme Rosa ...

Literatur

Abraham Bick (Hrsg.): Mejrosch tsurim; metaknej chewa al tohorat hakodesch, schalschelet hajuchasin schel awot hasocjakizm. Jerusalem 1972.

Paul Frölich: Rosa Luxemburg. Gedanke und Tat. Hamburg 1949.

Roland Holst / Henriette van der Schalk: Rosa Luxemburg. Ihr Leben und Wirken. Zürich 1937.

Louise Kautsky: Rosa Luxemburg. Ein Gedenkbuch. Berlin 1929.

Wladimir Medem: Fun mein leben. 2 Bde. Jidd. New York 1923.

John Mill [d.i. Josif Mil]: Pioneren und bojern. Bd. 1. Jidd. New York 1946.

Peter Nettel: Rosa Luxemburg. Köln 1967.

Autorenverzeichnis

Michael Brie – Jg. 1954, Prof. Dr., Direktor des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Publikationen: Wer ist Eigentümer im Sozialismus? (1989); Zur Programmatik des Demokratischen Sozialismus (1996), Leben statt gelebt zu werden. Selbstbestimmung und soziale Sicherheit. Zukunftsbericht der Rosa-Luxemburg-Stiftung (2003); Die LINKE. Wohin verändert sie die Republik? (2007). Darüber hinaus Publikationen zur Sozialismustheorie, zur Transformation in der DDR und Russland, zur Entwicklung linker Parteien, sozialphilosophischen Fragen der Gegenwart mit den Schwerpunkten auf Eigentums- und Fortschrittsfragen sowie aktuelle Kapitalismusanalyse.

Wolfgang Geier – Jg. 1937, Prof. Dr., studierte Philosophie, Soziologie und Kulturgeschichte an den Universitäten Jena und Leipzig, wo er sich habilitierte. Bis 1980 in der kultursoziologischen Forschung tätig zwischen 1981 und 2000 Hochschullehrer an der Universität Leipzig. Seit 2000 Gastprofessor an der Alpen-Adria-Universität in Klagenfurt beschäftigt.

Frigga Haug – Jg. 1937, Prof. Dr. Bis 2001 Professorin für Soziologie an der Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik. Gastprofessuren in Kopenhagen, Innsbruck, Klagenfurt, Sydney, Toronto, Durham (USA). Vorsitzende an der InkriT (Berliner Institut für kritische Theorie).

Über 15 Jahre Leiterin des Projektes »Automation und Qualifikation«. 9 Veröffentlichungen zur Automationsforschung. Entwicklung von Erinnerungsarbeit als kritische Überschreitung von Selbsterfahrungsgruppen und zahlreiche Veröffentlichungen zu diesem Thema. Mitherausgeberin der Zeitschrift »Das Argument«. Redakteurin und

seit 2006 Mitherausgeberin des Historisch-kritischen Wörterbuchs des Marxismus. Mitglied bei einer Reihe von Initiativen und Zeitschriften, u. a. Sozialistischer Frauenbund Westberlin und Europäisches Forum linker Feministinnen.

Jürgen Hofmann – Jg. 1943, Prof. Dr., Abitur an ABF Halle; 1966-1970 Studium der Geschichte an der Karl-Marx-Universität Leipzig; danach wissenschaftlicher Assistent bzw. Dozent an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften in Berlin; Promotionen 1976 (Dr. phil.) und 1983 (Dr. sc.); 1989 Berufung zum ordentlichen Professor; seit 1990 wechselnde Projekte; Mitglied des Kuratoriums der ITH (Wien/Linz); Forschungen und Publikationen zur Geschichte Preußens, zur DDR- und SED-Geschichte sowie zur ostdeutschen Identität.

Holger Politt, Jg. 1958, Dr. geboren in Greifswald. 1980 bis 1985 Studium der Philosophie an der Karl-Marx-Universität Leipzig; danach Forschungsstudent auf dem Gebiet der Philosophie. 1988 bis 1993 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Martin-Luther Universität Halle-Wittenberg; 1993 Promotion mit einem Thema zur Denkgeschichte Polens (Anfang 20. Jahrhundert). Von 2002 bis 2009 Leiter des Büros Warschau der Rosa Luxemburg Stiftung. Seit 2010 Arbeitsschwerpunkt: Die polnischen Schriften Rosa Luxemburgs. Regelmäßig Beiträge zur Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen, zu Polen und zur polnischen Denkgeschichte. Von 2000 bis 2010 Vorstandsmitglied der Rosa Luxemburg Stiftung Sachsen.

Elke Reuter – Jg. 1949, Dr. sc., studierte an der Humboldt-Universität zu Berlin, Promotion 1976, bis 1990 Tätigkeit als wissenschaftl. Mitarbeiterin an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften, danach Arbeit in Bildungsvereinen. Forschungsschwerpunkte waren bisher vor allem Geschichte des deutschen Faschismus und des antifaschistischen Widerstandes. Publikationen: Das kurze Leben der VVN von 1947 bis 1953 (1997); Luxemburg oder Stalin. Schaltjahr 1928 – die KPD am Scheideweg (2003); Der Deutsche Kommunismus. Bd. 2: Gegen Fa-

schismus und Krieg (1933 bis 1939) (Berlin 2005); Der Deutsche Kommunismus. Bd. 3: Im Krieg (1939 –1945), Mitarb. (Berlin 2009).

Edelbert Richter – Jg. 1943, Dr., wohnhaft in Weimar, vor der Wende Dozent an der Predigerschule in Erfurt. 1977 bis 1989 Engagement in regimekritischen Gruppen und in der Friedens- und Ökologiebewegung, August 1989 Mitbegründer des »Demokratischen Aufbruch«, Januar 1990 Übertritt in die SPD, Mitglied der letzten Volkskammer der DDR, 1991 bis 94 Abgeordneter im Europäischen Parlament, 1994 bis 2002 Mitglied des Deutschen Bundestages, 1991 – 2005 Mitglied der Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD, 2007 Eintritt in Die Linke, Mitglied der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler, seit 2004 Lehrbeauftragter für Philosophie.

Zahlreiche Veröffentlichungen, zuletzt: »Die Linke im Epochenumbruch«, Hamburg 2009

ROSA-LUXEMBURG-FORSCHUNGSBERICHTE

Heft 1: Leipziger Reden und Schriften Rosa Luxemburgs. 2. korrigierte Auflage. Leipzig: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. 2007. 53 S. ISBN 978-3-89819-272-9.

Heft 2: Rosa Luxemburg Breslauer Gefängnismanuskripte zur Russischen Revolution. Textkritische Ausgabe. (Manuskriptdruck). 2. unveränderte Auflage. Leipzig: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. 2007. 123 S. ISBN 978-3-89819-273-6.

Heft 3: Erhard Hexelschneider: Rosa Luxemburg und die Künste. 2. unveränderte Auflage. Leipzig: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. 2007. 230 S. ISBN 978-3-89819-170-8.

Heft 4: Erhard Hexelschneider: Rosa Luxemburg und Leipzig. Leipzig: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. 2007. 131 S. ISBN 978-3-89819-269-9.

Heft 5: Annelies Laschitzka: Die Welt ist so schön bei allem Graus. Rosa Luxemburg im internationalen Diskurs. 2. unveränderte Auflage. Leipzig: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. 2007. 109 S. ISBN 978-3-89819-274-3.

Heft 6: Ottokar Luban: Rosa Luxemburgs Demokratiekonzept. Ihre Kritik an Lenin und ihr politisches Wirken 1913–1919. Leipzig: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. 2008. 316 S. ISBN 978-3-89819-301-6.

Heft 7: Annelies Laschitza / Klaus Gietinger (Hrsg.): **Rosa Luxemburgs Tod. Dokumente und Kommentare.** Leipzig: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. 2010. 204 S. ISBN 978-3-89819-333-7.

Heft 8: Klaus Kinner (Hrsg.): **Neue Texte von Rosa Luxemburg.** Leipzig: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. 2011. 100 S. ISBN 978-3-89819-356-6.